

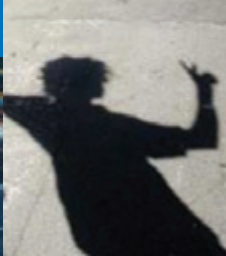


**Dario Azzellini**



**Italien  
Geschichte  
Perspektiven**

**Genua**



**Associazione A**

*Dario Azzellini (Hg.)*

# ***Genua***

*Italien Geschichte Perspektiven*

***Assoziation A***

Grüße und Dank an Berenice Hernández, Assoziation A, Luca Casarini, Ulia Conti, Walter De Cesaris, Marco Guarella, Federico Martelloni, Francesco Raparelli, Franz Purpura, Francesco Ruocco, Marco Trotta, Paolo di Francesco, Fausto Bertinotti, Piero Bernocchi, Alessandra, Marisa und Michele Azzellini, Für eine linke Strömung (FeS), Arranca, Kanak Attak, TPO Bologna, Radio K Centrale, Isidoro Bustos, Stefania Maffei, Klaus Viehmann, Gianmarco de Pieri, Marco Trotta, Chiara Cassurino, Sandro Mezzadra, Oliver Ressler und das Casolare in Kreuzberg.

© Printausgabe 2002 | PDF 2017

Assoziation A | Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
Tel.: 030-69582971 | Fax: 030-69582973 | berlin@assoziation-a.de

Assoziation A | Bodenstedtstr. 16 | 22765 Hamburg  
Tel.: 040-22865733 | hamburg@assoziation-a.de

Umschlaggestaltung und Satz: kv

## Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>Dario Azzellini: Die Bewegung der Bewegungen – Genua 2001 und 2002</b>	<b>9</b>
<b>Dario Azzellini: Bomben für das System – Die »Strategie der Spannung«</b>	<b>37</b>
<b>Dario Azzellini: Von der ausgebliebenen Revolution ...</b>	<b>53</b>
<b>Dario Azzellini: Von der Piazza Statuto zur großen Depression</b>	<b>63</b>
<b>Francesco Raparelli: Von der Niederlage 1977 zur »Bewegung ...</b>	<b>77</b>
<b>Dario Azzellini: Interview mit Tute Bianche</b>	<b>89</b>
<b>Marco Guarella: Forza Italia? Forza Mafia!</b>	<b>101</b>
<b>Marco Guarella : Die Lega Nord</b>	<b>111</b>
<b>»La Strada« und Francesco Raparelli: Von der MSI zu AN – Der Weg der Mussolini-Erben ...</b>	<b>123</b>
<b>Stefania Maffei: Interview mit Roberto Bui</b>	<b>133</b>
<b>Dario Azzellini : Wir bestehen darauf ... – Interview mit Piero Bernocchi</b>	<b>145</b>
<b>Dario Azzellini: Vom zivilen zum sozialen Ungehorsam – Stimmen der »Disobbedienti«</b>	<b>155</b>
<b>Dario Azzellini: Genua war eine bedeutende Etappe ... Interview mit Fausto Bertinotti</b>	<b>167</b>
<b>Anhang: Das neue Ausländerrecht unter Berlusconi</b>	<b>175</b>
<b>Die AutorInnen</b>	<b>180</b>

## Einleitung

In den siebziger Jahren galt Italien als das europäische Land mit dem »höchsten Entwicklungsstand der Klassenauseinandersetzungen« und die dortigen Geschehnisse wurden in Deutschland mit großem Interesse verfolgt. Nach der Niederlage der außerparlamentarischen Linken Ende der Siebziger, die durch die Inhaftierung von 10.000 Linken und dem Abdrängen ebenso vieler ins Exil oder die Klandestinität noch die »düsteren« achtziger Jahre prägte, ist Italien heute wieder zum Land mit den stärksten linken Bewegungen geworden und einer Konfliktkultur, die es als »europäisches Südamerika« erscheinen lässt. Auch die weltweite Rezeption von Toni Negris und Michael Hardts »Empire« ließ das Interesse an der inneritalienischen Debatte und postoperaistischer Theorieproduktion wachsen.

Besonders durch den G8 im Juli 2001 rückte Italien wieder ins Bewusstsein. Nicht nur, weil die hässliche Fratze des Berlusconi-Regimes deutlich sichtbar wurde, sondern weil auch die Stärke der sozialen Bewegungen nicht zu übersehen war.

Genua repräsentierte durch Beteiligung, Form und Struktur das Bild einer neuen Bewegung, die aus dem Schatten der Bewegungen des 20. Jahrhundert heraustritt, die neue Binnenverhältnisse aufbaut, die intensiv mit der Gesellschaft kommuniziert und zu Parteien und Gewerkschaften – von denen manche Teil der Bewegung sind – in ein anderes Verhältnis tritt. Das macht die italienische Bewegung zu wohl der interessantesten und vielversprechendsten Europas. Neidvolle Blicke richteten sich auf die Mobilisierungsfähigkeit der italienischen Linken und die kämpferische Stimmung auf Demonstrationen. Doch wenig Unmittelbares dringt aus der italienischen Bewegung bis nach Deutschland. Dieses Buch will diese Lücke füllen.

Dies umso mehr angesichts der Desinformation von der bürgerlichen Presse in betrieben wird. Als Beispiel sei der G8 in Genua herausgegriffen – über den sehr ausführlich berichtet wurde. Im Vorfeld hetzten auch jene Medien, die sich wie die Frankfurter Rundschau als »kritisch und liberal« sehen, gegen

die DemonstrantInnen. Die Artikel in den ersten Tagen nach dem G8 schließlich waren Paradebeispiele für Hofberichterstattung. Die Wochenendausgabe der Süddeutschen Zeitung berichtete von der »Gewalt in Weiß« und fabulierte: »Die ›Tute Bianche‹ liefern der Polizei in Genua erbitterte Straßenschlachten«. Schon die Zahlenangaben zur Großdemonstration vom Samstag schwankten zwischen 60.000 in der Berliner Morgenpost und 150.000 in der Frankfurter Rundschau. Die meisten Medien berichteten von 100.000 Teilnehmern. In Italien titelte selbst der rechte Corriere della sera »Fast 300.000 Demonstranten«. Meldungen über das brutale Vorgehen der Polizei kamen erst mit viel Verspätung. Nach der Erschießung Carlo Giulianis sprachen alle TV-Nachrichten bis tief in die Nacht von »ungeklärter Todesursache«, da waren im Internet schon Fotos veröffentlicht. Und über die politischen Hintergründe der Mobilisierungen und die Dynamik der italienischen Bewegung war so gut wie gar nichts zu erfahren.

Die Geschehnisse in Italien darzustellen ist aber nicht nur aus historischer Sicht oder wegen der Chronistenpflicht wichtig, sondern im Hinblick auf eine Neubestimmung linker Politik auch in Deutschland und die Europäisierung der Auseinandersetzungen.

Da auch in einem umfangreicheren Buch als diesem kaum die Diskussionen und Positionen aller Komponenten der »Bewegung der Bewegungen« behandelt werden könnten, geht es hier im aktuellen Teil hauptsächlich um die Tute Bianche / Ungehorsamen, Cobas und Rifondazione Comunista. Dabei wird der Bewegung der Tute Bianche / Ungehorsamen besonderer Raum eingeräumt, da sie einen der innovativsten Versuche linker Politik in Europa darstellen.

Eine große Bedeutung hat der historische Teil des Buches, da sich ohne die Kenntnis der Geschichte der linken Bewegungen, der rechten Parteien oder etwa der »Strategie der Spannung«, viele aktuelle Entwicklungen und Diskurse kaum nachvollziehen lassen.

*Dario Azzellini*

**Dario Azzellini**

## **Die Bewegung der Bewegungen**

### **Genua 2001 und 2002**

Die Proteste gegen den G8 in Genua vom 19. bis 21. Juli 2001 stellten einen Höhepunkt der sogenannten »Antiglobalisierungsbewegung«, der »Bewegung der Bewegungen«, wie sie in Italien genannt wird, dar. Nach monatelanger Mobilisierung in Italien und ganz Europa strömten weitaus mehr Menschen als die Organisatoren erwartet hatten in die ligurische Hafenstadt. Schon am Donnerstag, dem Tag der MigrantInnen, bewegte sich eine Demonstration von 60.000 Menschen durch die weitgehende leere Stadt. Die wenigen verbliebenen EinwohnerInnen, die nicht in den Urlaub gefahren waren und sich auch nicht von der Medienhysterie aus der Stadt treiben ließen, hatten Unterwäsche aus ihren Fenstern gehängt. Eine Reaktion auf eine »Empfehlung« der Berlusconi-Regierung, die Genueser Bevölkerung möge ihre Wäsche angesichts des hohen G8-Besuchs nicht zum Trocknen heraushängen. Eine solche Anweisung war bereits unter Mussolini an die Bevölkerung von Rom ergangen.

Bereits am ersten der drei Aktionstage drohte die Stadt aus allen Nähten zu platzen. Zehntausende waren in zu Zeltplätzen umfunktionierten Parks untergebracht, während über 10.000 Tute Bianche und Angehörige anderer Gruppen und Netzwerke (die später gemeinsam die »Ungehorsamen« bildeten) im Leichtathletikstadion »Carlini« campierten.

Die breite Mobilisierung gelang vor allem durch das Zusammenkommen eines breiten Spektrums innerhalb des Genova Social Forum (GSF), das die Proteste organisierte. Es reichte von katholischen Basisorganisationen und linken Nachbarschaftsvereinen über Eine-Welt-Initiativen, NGO's, Rifondazione Comunista, die Cobas und die Metallarbeitergewerkschaft FIOM

bis zu den Tute Bianche und Soziale Zentren. Das Bündnis kam zu Stande, da einerseits auf die Propagierung offensiver Gewalt verzichtet wurde und andererseits der Selbstschutz – bis hin zu Barrikaden – und das defensiv-offensive Vorgehen der Tute Bianche von allen akzeptiert wurde. Die Schüsse auf Demonstranten bei den Protesten in Göteborg wurden in Italien, wie im Rest Europas, kaum wahrgenommen und als Einzelfall abgetan.

Die Proteste gegen den G8 fielen in eine Phase politischer Konjunktur für die außerparlamentarische Linke. Die Berlusconi-Regierung war gerade an die Macht gekommen, die Democratici di Sinistra (DS), die ehemalige PCI, und das Ulivobündnis hatten mit ihrer neoliberalen Linie während ihrer Regierungszeit und ihrer äußerst schwachen und unentschlossenen Opposition gegen die regierende Rechte enttäuscht. Ihre Basis war auf der Suche nach Ausdrucksmöglichkeiten für ihren Dissens und fand ihn in der breiten Mobilisierung nach Genua. Es wurden so breite Kreise erfasst, dass sich z.B. sogar eine große Gruppe namhafter italienischer Regisseure bildete, die die Proteste gegen den G8 filmisch dokumentierte.

Bereits an der Demonstration der MigrantInnen, die gleiche Rechte für alle und offene Grenzen forderte, beteiligten sich viele. Der Zug wurde von MigrantInnen angeführt, die auch das Leittransparent trugen. An der Demo beteiligten sich von senegalesischen Trommelgruppen über nigerianischen Oppositionellen und kurdischen PKK-Sympathisanten auch Roma-Initiativen und zahlreiche türkische kommunistische Parteien bis zu Exilierten und Kriegsflüchtlingen. MigrantInnen waren stark vertreten, wenn auch die meisten DemonstrantInnen ItalienerInnen waren. Das lag vor allem daran, dass viele in Genua lebende MigrantInnen aufgrund der verstärkten Kontrollen wegen des G8 die Stadt verlassen hatten und andere aus den gleichen Gründen nicht anreisten. Die Demonstration war dennoch sehr bunt, lokale und auswärtige antirassistische Gruppen oder Fabrikdelegationen, GewerkschafterInnen und kirchlichen Initiativen liefen in einem Fahnen-, Transparente- und Schildermeer mit. Die Demonstration war geprägt von guter Laune, es wurde stundenlang getanzt, und sie strahlte Kraft und Entschlossenheit aus. Immer wieder wurde von Tausenden die Partisanenhymne

»Bella Ciao« gesungen. Auch von den Fenstern und Balkonen kamen einige positive Reaktionen.

Dennoch war eine gewisse Anspannung in der Stadt zu verspüren. Berlusconis TV-Sender und die bürgerliche Presse warnten seit Wochen vor »gewalttätigen Angriffen« auf den G8 und die Stadt. Deutsche Demonstranten wurden von Politik und Medien zu gnadenlosen Gewalttätern hochstilisiert. Der »Black Block« sei im Anmarsch. An den italienischen Grenzen wurden Fahrzeuge aussortiert und den Insassen die Einreise verweigert. An den Zufahrtsstraßen nach Genua wurden Vorkontrollen aufgebaut und in der Stadt wurden sogar offiziell akkreditierte JournalistInnen von Polizei oder Carabinieri ohne Begründung zur Überprüfung in Kasernen verschleppt und hier kam es schon zu den ersten Übergriffen auf DemonstrantInnen und JournalistInnen.

Für Freitag war vorgesehen, dass die verschiedenen Teile der Protestbewegung an unterschiedlichen Orten mit unterschiedlichen Konzepten protestieren. Entsprechend reichte die Spanne von einem »interkonnektionellem Beten gegen den G8« (mit eher geringer Beteiligung im Vergleich zu den anderen Blöcken) weit ab der Roten Zone bis zu einer Anarchistendemo samt »Schwarzen Block«, also Hunderten oder Tausenden, die sich auf der Suche nach Angriffszielen quer durch die Stadt bewegten. Außerdem gab es einen Pink-Silver Block mit phantasievollen Klamotten, Püscheln und Sambamusik, einen Treffpunkt für Attac und nahestehende NGO's und TrotzkiistInnen sowie den Treffpunkt der Cobas. Diese drei Demonstrationen versuchten ebenso wie die Tute Bianche zur Roten Zone zu gelangen. Das Lilliput-Netzwerk der gewaltfreien katholischen Basisorganisationen machte eine Sitzblockade.

## **Tränengas und offensiver Selbstschutz**

Die Angriffe der Polizei, die bereits am Morgen begannen, trafen die ganze Bewegung. TeilnehmerInnen der Sitzblockade des Lilliput-Netzwerkes, die mit erhobenen Händen auf dem Boden saßen, wurden mit Tränengas beschossen und brutal zusammen geschlagen. Die härtesten Angriffe bekam der von den Tute Bianche initiierte Demonstrationzug des »zivilen Ungehorsam«



aus dem Stadion Carlini zu spüren. Neben brutalen Prügelorgien und Hunderten Gasgranaten kam es mehrmals zum Einsatz von Schusswaffen. 18 Patronenhülsen wurden von den Tute Bianche am Rande ihrer Demonstration eingesammelt. Die Carabinieri gaben zu, außerhalb der Piazza Alimonda, wo Carlo Giuliani erschossen wurde, 15 Schüsse abgegeben zu haben.<sup>1</sup>

An der Demo aus dem Stadion Carlini beteiligten sich etwa 15.000 Menschen. Eine Größenordnung, die den Rahmen aller bisherigen Tute Bianche Aktionen sprengte und mit der sie selbst nicht gerechnet hatten. Die Militanz konzentrierte sich auf das Durchbrechen der Polizeiketten und die Überwindung der Stahlwände auf dem Weg in die Rote Zone. Um der Öffentlichkeit das politisch gezielte offensive Vorgehen zu vermitteln sollte kein Sachschaden in der Stadt angerichtet werden. Die Ausrüstungsgegenstände, die sie dabei hatten – Helme, Schutzpolster aus Schaumstoff und Plastik, Plexiglasschilde und sogar die Flexen, die sie mitsamt Stromgeneratoren mitschleppten, um den Zaun aufzuschneiden – sind nach italienischem Gesetze weder explizit legal noch illegal. »Es ist im wesentlichen eine politische Frage, was durchsetzbar ist«, so Federico Martelloni von den Tute Bianche aus Bologna. Gerade deshalb sollte ein Exempel am radikalsten Teil des GSF-Bündnisses, der mit den größten Zulauf verzeichnete, statuiert werden. Es war auch kein Zufall, dass Carlo Giuliani am Rande dieser Demonstration erschossen wurde, in dem Moment, als ihre Spitze das Innenstadtgebiet erreichte und von einem massiven Polizeiaufgebot zurückgeschlagen wurde.

Noch auf der genehmigten Route nutzte die Polizei eine flaschenhalsartige Verengung der Straße, um die Demonstration, die dort weder vor noch zurück konnte, nahezu vier Stunden lang mit Tränengas zu beschießen und mit Knüppelattacken zu traktieren. Dass es hier zu keiner größeren Panik kam, ist nur der relativ diszipliniert organisierten Demo zu verdanken. Ein siebenköpfiges Gremium, das vom Plenum des Stadion Carlini ernannt worden war, entschied über das gemeinsame Vorgehen. Die Phasen des Aktionskonzepts waren im Vorfeld grundsätz-

lich fest gelegt worden, das Gremium entschied in Absprache mit der Demospitze über die Zeitpunkte von Rückzug, Ruhepausen, Vorrücken usw. Die Entscheidungen wurden bis zum Ende der Aktion in mehreren Sprachen über den (zu leisen) Lautsprecherwagen an die gesamte Demonstration vermittelt und zusätzlich wurden Informationen über Funk ausgetauscht. Spezielle Gruppen löschten die Gasgranaten in mit Wasser gefüllten Mülleimern, andere fuhren Wasserflaschen mit Einkaufswagen durch die Demo und spülten Augen, am Lautsprecherwagen wurden Hunderte Wasserflaschen verteilt. So gelang es, den Zug zusammen zu halten. Die Geschlossenheit des Demonstrationzugs und die Klarheit, dass man zusammen blieb und gemeinsam zurückkehren würde, gab den TeilnehmerInnen ein sicheres Gefühl.

Im vorderen Teil der Demo konnte das Konzept des zivilen Ungehorsam nicht mehr aufrecht erhalten werden. »Wir haben uns solange daran gehalten wie wir konnten«, so Tute Bianche Sprecher Luca Casarini, »Aber als der Tanz mit den Panzerwagen anfang, als man die ersten Schüsse hörte, haben wir reagiert, uns hinter Müllcontainern verschanzt und Steine geworfen.« Angesichts der Eskalation von Seiten der Polizei stehen die Tute Bianche zu ihrer Ausdehnung des Selbstschutzes. Luca Casarini: »Wir wurden aus heiterem Himmel angegriffen, obwohl sich unser Block völlig friedlich verhalten hat. Wir wurden mit Tränengas beschossen, dann sind Panzerwagen reingefahren, ohne uns Fluchtwege zu lassen. Am Freitag Nachmittag brach die Hölle los und die Leute haben Angst gehabt zu sterben. In dieser Situation haben wir uns das Recht herausgenommen, Barrikaden zu bauen.«

Am Rande der Demonstrationsspitze wurde gegen 17:30 Uhr Carlo Giuliani erschossen. Die Demonstrationsleitung beschloss angesichts der Eskalation und extremen Belastung den geschlossenen Rückzug ins Stadion, was trotz ständiger weiterer Angriffe der Carabinieri und der Polizei schließlich gelang.

Im Stadion wurden eine Vollversammlung einberufen. Das Mikrofon wurde für alle geöffnet und in einer Stimmung allgemeiner Betroffenheit und Fassungslosigkeit kam eine sehr emotionsbeladene Debatte zu Stande, die trotz tiefsitzender Wut

1 Il manifesto 3.2.2002

und Trauer zu dem Schluss gelangte, nicht in die Falle der Eskalationsspirale zu tappen. Unter dem Schock der Ereignisse, angesichts der Räumungsdrohungen für alle Camps und der Ungewissheit des nächsten Tages verbrachten alle eine unruhige Nacht.

Wider aller Erwartungen ließen sich die TeilnehmerInnen der für Samstag geplanten Großdemonstration gegen den G8 nicht von der Polizeigewalt abschrecken. Die DS blies zwar nach dem Tod von Carlo Giuliani ihre gerade erst beschlossene Mobilisierung nach Genua wieder ab, aber ihre Basis reagierte genau entgegengesetzt und strömte nach Genua. In Sonderzügen, Bussen und eigenen Fahrzeugen sowie spontaner Mitfahrbörsen bewegten sich Hunderttausende nach Genua. Man kann davon ausgehen, dass es die Anwesenheit der Hunderttausenden war, die die Demonstration vor dem »geplanten Massaker« (so die italienische Linke) rettete.

Bereits gegen sieben Uhr morgens begann sich die schließlich etwa 300.000 Menschen zählende Demonstration in den Straßen Genuas aufzustellen. Es sollte noch Stunden dauern, bis sie sich am späten Mittag in Bewegung setzte. Nur mit Mühe schlängelte sie sich durch die engen Straßen Genuas und stockte immer wieder. Die Demonstration mit der sich Hunderttausende den Einschüchterungsversuchen der italienischen Rechtsregierung entgegenstellten, wurde wiederholt mit Tränengas beschossen. Die Polizei setzte ihre brutalen Angriffe vom Vortag fort, während Rauchsäulen von der Genueser Strandpromenade mit ihren Banken und Nobelgeschäften aufstieg. Ein guter Teil der noch in der Stadt verbliebenen Genueser Bevölkerung unterstützte nun die DemonstrantInnen. Wie am Freitag behandelten unzählige Notärzte Verletzte und warnten vor Krankenhausbesuchen, da dort die Polizei kontrollierte. Aus den Fenstern und von den Balkonen wurde in der großen Hitze aus Schläuchen Wasser auf die dankbaren G8-GegnerInnen gespritzt, Trinkwasser und Zitronen zum Augenausspülen, Obst und Getränke verteilt. AnwohnerInnen erklärten Fluchtwege und Hunderte, wenn nicht gar Tausende, wurden von ihnen versteckt.

Diese Erfahrungen, die beeindruckende Massenmobilisierung und der Organisationsgrad führten dazu, dass die Protes-

te – trotz der schrecklichen Ereignisse – von den meisten Teilnehmenden positiv bewertet wurden. Besonders für Angereiste aus dem Ausland waren die Tage von Genua beeindruckend. Es wäre allerdings falsch, nur diese Wahrnehmung gelten zu lassen, denn viele, die schwer misshandelt und/oder inhaftiert wurden, wurden stark traumatisiert.

### »1,2,3 – viva Pinochet ...«

In der Nacht auf Sonntag folgte ein weiterer Akt brutaler repressiver Gewalt. Um 23.56 Uhr stürmen Sondereinheiten der italienischen Polizei die Schule A. Diaz, in der G8-GegnerInnen und Journalisten übernachteten. Von 93 in dem Gebäude anwesenden Personen mussten über 60 blutüberströmt auf Krankentragen heraus getragen werden: Sie waren so schwer geschlagen worden, dass sie nicht mehr laufen konnten. Einige waren ins Koma geprügelt worden, mehrere Personen wurden lebensgefährlich verletzt.<sup>2</sup> Nach Angaben einer Angestellten des Genueser Krankenhauses San Martino waren die Verletzten in einem schrecklichen Zustand: mehrfache und komplizierte Frakturen, eingeschlagene Schädel und ausgeschlagene Zähne. Viele befanden sich in einem Schockzustand, waren kreidebleich, kaum ansprechbar und hatten Angst, überhaupt berührt zu werden. Ein Deutscher erlitt schwere Kopfverletzungen und musste notoperiert werden, ein anderer hatte einen zweifachen Kieferbruch und einem Briten wurden die Rippen gebrochen und sie durchstießen einen Lungenflügel. Informationen über den Zustand der Verletzten – die gleich verhaftet wurden – waren selbst Verwandten auch Tage nach dem Überfall nicht zugänglich, oft war nicht einmal ihr Aufenthaltsort – Hospital oder Gefängnis und welches – zu erfahren. Ebenso wenig wurden Anwälte oder nicht zur Polizei gehörende Mediziner zu den Gefangenen vorge lassen. Der Staatsanwaltschaft wurden die Festnahmen erst um 18:30 am Sonntag mitgeteilt, über 18 Stunden nach dem Überfall.

Laut offizieller Einsatzbegründung war in der Schule der »harte Kern des Schwarzen Blocks, der die Ausschreitungen

2 La Repubblica 24.7.2001



provoziert hat«. Ein Durchsuchungsbefehl lag nicht vor, aber die Polizei beruft sich auf Art. 41 wonach ein Ort ohne richterliche Anordnung durchsucht werden kann, wenn der Verdacht auf die Präsenz von Waffen gegeben ist. Aus dem Zentrum seien Polizeifahrzeuge mit Steinen beworfen worden und selbst die Erstürmung sei noch eine Schlacht gewesen, bei der die Beamten mit Messern angegriffen worden seien. Am nächsten Tag legen die Beamten die Ausbeute der Durchsuchung der im Umbau befindlichen Schule vor: Zwei Molotowcocktails, zwei leere Flaschen, einige Eisenstangen, eine Packung Tampons, drei Eddings und Schweizer Taschenmesser. Fragen von Journalisten sind nicht zugelassen.

Das Massaker in der Schule A. Diaz verlief unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Abgeordnete und Senatoren wie Ramon Mantovani oder Gigi Malabarba, die hinein wollten, wurden geschlagen und zu Boden geworfen. Auch den Parlamentarierinnen Graziella Mascia, Loredana De Petris und Luisa Morgantini sowie Anwälten und Journalisten aus aller Welt wurde der Zutritt zur Schule verwehrt, während aus dem dunklen Schulgebäude Schreie und Hilferufe nach außen drangen und das Splittern von Scheiben und Schläge zu hören waren. Innenminister Scaloja war auch für die Abgeordneten nicht zu sprechen.

Unter den krankenhaushausreif geschlagenen aus der Schule befinden sich viele Journalisten, vor allem von der unabhängigen Agentur Indymedia. Aber auch andere, wie Lorenzo Guadagnucci, 37 Jahre alt und Wirtschaftsredakteur der konservativen Tageszeitung Il Resto del Carlino. Anschließend dringt die Polizei in die gegenüberliegende Pertini-Schule ein, Sitz des GSF und des Media-Centers. Auch dort werden Journalisten geschlagen, die Einrichtung und Computer zerstört, die Festplatten entwendet und Foto- und Filmmaterial beschlagnahmt. Das GSF geht davon aus, dass die Aktion Beweismaterial zu den Polizeiübergriffen zerstören sollte.

Als am nächsten Tag Zeugen in die Diaz-Schule kommen, bietet sich ihnen ein Bild des Grauens: Alles ist voller Blut, die Wände, die Treppen und die Heizkörper sind voll davon ...

Einen »Schwarzen Block« sah die italienische Polizei nicht nur bei der Erstürmung der Diaz-Schule, ständig und überall

blies sie zur Hexenjagd auf den ominösen »Black Block«. Es reichte schon ein schwarzes T-Shirt um verhaftet, misshandelt und der Beteiligung an den Ausschreitungen angeklagt zu werden. Den meisten der 22 Inhaftierten aus Deutschland – ebenso wie der österreichischen Theatergruppe Volxtheaterkarawane – wurde ihre Vorliebe für schwarze Kleidung und ihre ausländische Herkunft zum Verhängnis. Beides machte sie zu herausragenden »Mitgliedern« des »Black Block«.<sup>3</sup>

Dass DemonstrantInnen aus Deutschland im besonderen Augenmerk der italienischen Behörden standen, ist sicher auch dem Verhalten der Bundesregierung zu verdanken. In der ohnehin herrschenden Hysterie war es die deutsche Regierung, die sich als Scharfmacher betätigte. Schon nach Göteborg hatte sich Schily für eine »europaweite Datei reisender Gewalttäter« stark gemacht. Für Genua wurden in Deutschland über 80 Reiseverbote ausgesprochen. »Es gibt kein Grundrecht auf Reisefreiheit« unterstrich der Berliner Justizsenator Körting seine markige Rechtsauffassung.

Während des G8 betonte Schröder, man müsse »mit aller Härte gegen die Gewalttäter vorgehen«. Und noch zwei Tage nach der Erschießung Giulianis unterstrich er, bei »den Autonomen« versage jede Deeskalationsstrategie, »Wo kämen wir hin, wenn frei gewählte Regierungschefs sich von Gewalttätern vorschreiben lassen, wann, wo und wie sie sich treffen«. Passender Weise war Innenminister Otto Schily der erste internationale Staatsmann, der Italien nach dem G8 besuchte und Innenminister Scaloja die Hand schüttelte. Worte der Kritik waren von ihm nicht zu hören, im Gegenteil, Schilly unterbreitete erneut seinen Vorschlag einer »EU-Krawallpolizei«.

Ein Toter, Hunderte Verletzte und Festgenommene, von denen 49 nach einer Woche immer noch im Knast saßen, lautete die Bilanz. Doch die systematischen Übergriffe und die Aufhebung der Grundrechte beschränkten sich nicht auf die Demonstrationen oder die Stürmung der Schulen Diaz und Pertini. Anwälte hatten tagelang keinen Zugang zu Inhaftierten, ebenso erging es unabhängigen Ärzten. In Polizeifahrzeugen, Kasernen

3 »Morgens Stiefel lecken« in Der Spiegel 27.8.2001

und Gefängnissen wurde systematisch gefoltert.<sup>4</sup> Eine herausragende Rolle spielte die zum Gefängnis umfunktionierte Kaserne Bolzaneto außerhalb von Genua. Dort wurden Inhaftierte tagelang geschlagen und gefoltert. Gefängnisärzte rissen ihnen Piercings aus und Aufseher schlugen die Köpfe der Gefangenen an den Wänden blutig. Die Übergriffe waren so heftig, dass in der italienischen Presse nur noch vom »Lager Bolzaneto« die Rede war.

Auch in anderen Gefängnissen und Kasernen wurden die Inhaftierten geschlagen, Polizisten drückten Zigaretten auf ihnen aus, brachen Gefangenen die Knochen und verweigerten medizinischen Beistand. In mehreren Fällen mussten Gefangene bis zu 26 Stunden lang mit erhobenen Händen und dem Gesicht zur Wand stehen.<sup>5</sup> Eine Frau mit einem gebrochenen Bein wurde mit Schlägen gezwungen weiter so zu stehen. In verschiedenen Zellen wurde Tränengas geschossen, Frauen und Männern wurde mit Vergewaltigung gedroht und sogar Todesdrohungen wurden laut.<sup>6</sup>

Schwere Vorwürfe wegen der Polizeiübergriffe wurden von den Medien, politischen und sozialen Organisationen, vom Journalistenverband, Anwaltsorganisationen und vielen anderen erhoben. Amnesty International zeigte sich in mehreren Berichten sehr besorgt und fordert nach wie vor eine unabhängige Untersuchungskommission für die Tage, in denen die »Demokratie aufgehoben wurde« und während derer die »schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen aller EU-Staaten während der vergangenen Jahre« stattfanden.

Die faschistische Gesinnung vieler Polizisten und Carabinieri ist kein Geheimnis.<sup>7</sup> Ein Einsatzpolizist in einem Interview: »Die grundlegende Kultur in unseren Einheiten ist rechts, eine militärische Kultur. In Bolzaneto gibt es Sympathisanten von

Forza Nuova (faschistische Organisation, Anm.), man sieht sogar einige Hakenkreuze ... In der Einsatzpolizei herrscht eine Kultur der Gewalt, vielen gefällt die Vorstellung zu prügeln. Das Bildungsniveau ist extrem niedrig, auch unter den höheren Beamten, sie sind alle rechts und es sind Stimmen zu vernehmen, die an Verfassungsfeindlichkeit grenzen.«<sup>8</sup>

Entsprechend verhielt sich in Genua ein Großteil der Polizisten – gleich welcher Gattung – offen faschistisch, immer wieder den Arm zum Hitlergruß hebend. An den Wänden der Reviere hingen Mussolinibilder und Fotos der deutschen Wehrmacht.<sup>9</sup> Einige Einheiten sangen: »1,2,3 – viva Pinochet, 4,5,6 – a morte tutti gli ebrei, 7,8,9, – il negretto non commuove.«<sup>10</sup>

Am Samstagabend wurde der Einsatz gefeiert. Aus der Sporthalle »Palasport« des Messegeländes – Sammelplatz der Polizeikräfte – erhoben sich Jubelchöre wie bei einem Fußballspiel. Hunderte, vielleicht Tausende der insgesamt 20.000 eingesetzten Polizisten und Militärs brüllten: »polizia eh eh«, hüpfen durch die Halle und brüllten: »Wer nicht springt ist Kommunist«.<sup>11</sup> 70 der 270 in Genua eingesetzten Polizisten aus Bologna ließen sich als Andenken ein T-Shirt drucken, das einen am Boden liegenden Demonstranten zeigt, auf den ein Polizist in Robocop-Ausrüstung mit einem Knüppel einprügelt. Darunter der Schriftzug: »G8, Genua, Juli 2001. Ich war dabei«.<sup>12</sup>

### »Black Block«

An den militanten Ausschreitungen in Genua, an den Angriffen auf Polizei, Institutionen und Symbolen des Kapitals, beteiligten sich Tausende AktivistInnen aus Italien und anderen Ländern. Ihre Angriffe richteten sich vornehmlich gegen Banken, Versicherungen, Autohändler und staatliche Institutionen. In

4 Vgl. La Repubblica 26.7.2001 und Berichte von amnesty international

5 Vgl. il manifesto 29.7.2001; La Repubblica 26.7.2001 und Berichte von amnesty international

6 Vgl. La Repubblica 26.7.2001; il manifesto 27.7.2002 und Berichte von amnesty international

7 La Repubblica 26.7.2001

8 il manifesto 1.8.2001

9 La Repubblica 26.7.2001 und persönliche Aussagen von Festgenommenen und Inhaftierten

10 »1,2,3 viva Pinochet, 4,5,6 Tod allen Juden, 7,8,9, das Negerlein erzeugt kein Mitleid« Vgl. Il Secolo XIX 26.7.2001; La Repubblica 26.7.2001, il manifesto 26.7.2001

11 Vgl. Il Secolo XIX 27.7.2001

12 La Repubblica 1.8.2001

einigen Situationen, wie etwa bei den wiederholten Angriffen der Polizei auf die Demonstration am Samstag, versuchten sie die Demonstration durch Barrikadenbau zu schützen. Andere zeigten am Freitag auf ihrem Weg durch die Stadt keine große Rücksichtnahme und verwickelten Protestblöcke in Auseinandersetzungen mit der Polizei, die das weder wollten noch darauf vorbereitet waren. Deshalb kam es z.B. am Freitagmorgen zu Auseinandersetzungen mit den Cobas, als Vermummte ihren Treffpunkt nutzen wollten, um von dort neue Angriffe zu starten. Da die Angriffsziele nicht abgestimmt waren, gab es deutliche Unterschiede im Vorgehen – was für einen osteuropäischen Demonstranten ein Luxusauto sein mag, war für einen Deutschen ein »proletarischer Kleinwagen«, und was sich für die einen als kleiner Laden darstellte, war für andere ein »Ausdruck kleinbürgerlicher Kapitalistenmentalität«.

Es verwundert daher nicht, dass einige Zeugen auch von Auseinandersetzungen zwischen Vermummten berichten, so etwa Bernd Moser, Korrespondent des freien Nürnberger Radio Z am Freitag gegen 15 Uhr live aus Genua: »Ich weiß auch nicht, wer da welchem Spektrum zugehört: Leute mit Helmen und Schlagstöcken haben andere Leute mit Helmen und Schlagstöcken daran gehindert, Geschäfte einzuhaufen. Irgend ein kleineres Geschäft wird mit Steinen und Stangen angegriffen und dann kommen relativ schnell Leute die genauso aussehen wie die andern und sagen: Das ist nicht korrekt – die sollen die Finger davon lassen und wo anders hingehen.«

Einige beteiligten sich an den Ausschreitungen aus Abenteuerlust. Und viele »normale« Demonstranten wehrten sich spontan gegen das brutale Vorgehen der Polizei. So war die Verwunderung in der Öffentlichkeit groß, als sich herausstellte, dass einige der an dem Angriff auf den Carabinieri-Jeep – aus dem heraus dann Carlo Giuliani erschossen wurde – Beteiligten ganz normale Berufstätige oder Kleinunternehmer waren.

Die in den ersten Tagen nach dem G8 herrschende Hysterie um den »Black Block« in den italienischen Medien und Teilen der Linken flaute schnell wieder ab und die Polizeigewalt rückte ins Zentrum des Interesses. Das lag nicht nur an ihrer unglaublichen Härte, sondern auch daran, dass vieles darauf hindeutet,

dass die Ausschreitungen in Genua politisch gewollt waren, um eine Repression zu rechtfertigen, die der Bewegung das Genick brechen sollte.

Es wurde mehrfach belegt, dass die Polizei diejenigen, die fernab der Roten Zone durch die Stadt zogen und Autos von Anwohnern anzündeten und kleine Geschäfte plünderten, relativ ungestört ließ, während sie alle anderen Protestierenden massiv angriff. Auch die Beteiligung randalierender Zivilpolizisten ist eindeutig nachgewiesen worden. Es existieren Videoaufnahmen von vermummten und behelmten »Demonstranten«, die mit Eisenstangen aus Polizeikasernen rein und raus laufen.<sup>13</sup> Beamte wurden dabei beobachtet, wie sie hinter Containern nahe des Polizeihauptquartiers ihre Uniform gegen schwarze Kluft tauschten. Der Senatsabgeordnete Gigi Malabarba sah bei dem Besuch einer Polizeikaserne wie schwarz Vermummte in voller Montur mit ihren Waffen seelenruhig hereinspazierten und sich dort mit den Polizisten unterhielten, auch auf Französisch und Deutsch.<sup>14</sup>

Ein anderer Zeuge beschreibt, wie am Rande der Demonstration vom Freitag vier Vermummte mit Eisenstangen an einer kleinen Tankstelle stehen. Plötzlich bewegt sich ein etwa 50jähriger Mann in schwarzer Hose und rosa Polohemd auf die Vermummten zu, nimmt einem von ihnen die Eisenstange aus der Hand, schlägt auf die Zapfsäule ein und gibt ihm die Stange wieder zurück, dann das gleiche bei einem anderen Vermummten. Es folgt ein kurzes Gespräch und die Vermummten setzen das Zerstörungswerk dieses seriösen Herren fort.<sup>15</sup>

Auch gab es Angriffe von Vermummten auf die Tute Bianche, die bisher nie Probleme miteinander hatten. Nach Göteborg hatten die Tute Bianche sich gegen eine Verdammung des »Schwarzen Blocks« ausgesprochen, da sie ihn als Teil der Bewegung betrachten, auch wenn sich ihre Kampfformen unterscheiden.

Es sollen sich sogar Neonazis an den Ausschreitungen betei-

13 Sie wurden noch am Sonntagabend, am 22. Juli, vom italienischen Fernsehen RAI 3 in den landesweit ausgestrahlten Nachrichten gezeigt.

14 Laut Angaben von Angela Klein.

15 <http://www.peacelink.it/genova/testimonianze/t20.html>

ligt haben. Ein in Genua interviewter betrunkenener britischer Nazi-Hool gab an von »italienischen Kameraden« kontaktiert worden zu sein, denen die Polizei »freie Hand bei der Zerstörung der Stadt« zugesagt habe.<sup>16</sup> Einige Rifondazione-Mitglieder wiederum präsentierten einen Rucksack mit Vermummungsmaterial und Nazipropaganda, der nach einer militanten Aktion von drei Jugendlichen in eine Mülltonne geworfen worden war.<sup>17</sup>

Ein Sozialarbeiter aus der Region Genua erkannte am 18. Juli in einer größeren Gruppe einen seiner »Kunden«, einen Aktivist der Nazi-Gruppe Forza Nuova. Er erfährt, dass sich mit ihm insgesamt 60 Kameraden aus dem Umfeld von »Forza Nuova« in Genua befinden sollen.<sup>18</sup> Offizielle Stellen leugnen jedoch jegliche Beteiligung von Faschisten an den Auseinandersetzungen.

## Die offiziellen Reaktionen

Einiges spricht dafür, dass die Repression in Genua von höchster Stelle geplant und geleitet wurde. Der Einsatz von Schusswaffen war nicht nur einkalkuliert, sondern geplant. Es gab für die Carabinieri einen Schießbefehl.<sup>19</sup> Vize-Premier Gianfranco Fini war während des gesamten G8 im Forte San Giuliano, der Genueser Einsatzzentrale der Repressionskräfte, wo er die politische Linie für die Sicherheitskräfte vorgab. Der italienische Justizminister Roberto Castelli – ein rechtsradikaler Institutionen- und Demokratie-Verächter der Lega Nord – besuchte die Folterkaserne Bolzaneto noch am Samstag. Es dauerte, bis das öffentlich zugegeben wurde. Castelli, der von blutverschmierten Zeugen erkannt wurde, will in Bolzaneto »keinerlei Abzeichen« für Übergriffe gesehen haben.<sup>20</sup> Auch für den Innenminister Claudio Scajola ist alles in Ordnung: »Die Sicherheitskräfte

verhielten sich mit beispielhafter Würde und können nicht dem Spott preisgegeben werden.«

Die rechte Regierungsmehrheit lehnte erwartungsgemäß sowohl das von der Opposition gestellte Misstrauensvotum gegen Innenminister Scajola als auch die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ab.<sup>21</sup> Doch die Ereignisse ließen sich nicht so einfach vom Tisch wischen. Die italienische und bald auch die internationale Presse belegten Hunderte Übergriffe. Dazu trugen insbesondere zahlreich in Genua anwesenden Medien-AktivistInnen bei. Hunderte Videos und Fotos wurden veröffentlicht, zugleich gingen Hunderttausende auf Italiens Straßen, um gegen die Ereignisse demonstrierten, und weltweit fanden Aktionen und Demonstrationen statt.<sup>22</sup> Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften, italienische und europäische Parlamentarier und selbst Mitglieder europäischer Regierungen äußerten ihre Besorgnis.

Dieser Druck bewegte die italienische Regierung schließlich zur Versetzung dreier ranghoher Polizeiführer. Doch diese »Bauernopfer« dienten nur dazu die Regierungsmannschaft zu glätten. Ausgerechnet die Carabinieri hatten bisher keine personellen oder juristischen Konsequenzen zu erleiden und eine politische Verantwortung gibt es anscheinend auch nicht: Alle Fehler sollen nur bei der polizeilichen Umsetzung vor Ort gemacht worden sein. Abgesetzt wurden Arnaldo La Barbera, Chef der Antiterrorereinheiten (Ucigos) aus Rom,

16 Il manifesto 23.7.2001

17 Il manifesto 23.7.2001

18 Il Secolo XIX 27.7.2001

19 Nach Angaben des Carabinieri Valerio Mattioli, der sich seit Jahren für eine Demokratisierung der Repressionsorgane einsetzt und nach seinen Aussagen vom Dienst suspendiert wurde. Vgl. il manifesto 16.6.2002

20 Il manifesto 29.7.2001; La Repubblica 26.7.2001

21 Am 3. Juli 2002 musste er schließlich doch seinen Rücktritt einreichen. Nachdem er bereits seit Amtsantritt kein Fettnäpfchen ausgelassen hatte und dennoch nie den Sessel räumen musste, machten ihn seine Aussagen zu dem vermeintlich von den Roten Brigaden im März 2002 erschossenen Staatssekretär Marco Biagi auch für die Regierung unhaltbar. Scaloja hatte den Mitarbeiter im Arbeitsministerium als »Nervsack« bezeichnet, der ohnehin nur einen guten Posten hätte haben wollen. Die Kritik daran, dass kurz vor dem Anschlag der Personenschutz für Biagi abberufen wurde, obwohl dieser ihn ausdrücklich einforderte, kommentierte Scaloja mit den Worten, man könne ja nicht jeden schützen. Dem daraufhin folgenden Sturm der Empörung konnte nach drei Tagen auch er nicht mehr standhalten.

22 Auch in Deutschland gab es in den folgenden Wochen Hunderte Aktionen und Demonstrationen.

Francesco Colucci, Polizeichef Genuas und Ansoino Andreassi, Vizechef der italienischen Polizei und Mitglied im Sicherheitsausschuss des G8. La Barbera war bei dem Sturm auf die Schule Diaz der höchste anwesende Beamte und Anführer der Einheiten; Colucci hatte die Aktion angeordnet und Andreassi war als Supervisor vor Ort.

Von den Ereignissen um den G-8 schwer geschüttelt wurde das Mitte-Links-Bündnis »Ulivo«, vor allem die DS, die im Ulivo das größte Gewicht hat. Als vorige Regierung hatten sie den G-8 geplant, im Vorfeld wurde mit der neuen Regierung über die italienische Position auf dem Gipfel gemauschelt, wenige Tage zuvor schließlich doch noch zur Demonstration aufgerufen, um schließlich nach dem Tod von Carlo Giuliani den erwähnten Rückzieher zu machen. Letzten Endes stellte das Bündnis mit reichlich Verspätung ein Misstrauensvotum gegen Innenminister Claudio Scajola, doch einige Tage später folgte bereits das Angebot eines Kuhhandels. Oppositionsführer Luciano Violante: »Die Regierung hat eine Woche Zeit, um eine parlamentarische Untersuchung in die Wege zu leiten, ansonsten mobilisieren wir auf der Straße«. Doch schob er gleich nach: »Dafür sind wir aber auch bereit den Misstrauensantrag gegen den Innenminister wieder zurück zu ziehen«.

Eine konsequent oppositionelle Haltung bezogen nur Rifondazione Comunista und die Grünen. Die Diskussionen in den DS zogen sich weiter. Eine »Riesenströmung« (correntone) – zu der sich auch viele namhafte GewerkschafterInnen bekennen – fordert einen deutlich linkeren Kurs, eine »grundlegende Wende auf politischer, gesellschaftlicher und kultureller Ebene«. Die »Identität der Linken« sei »auf Modernisierung um der Modernisierung Willen« reduziert worden. Es wird gefordert »klar auszusprechen, wer unsere Bündnispartner und wer unsere Feinde sind«. Sie und andere VertreterInnen der DS beziehen sich ausdrücklich positiv auf die Demonstrationen gegen den G-8. Das sei das gesellschaftliche Spektrum auf das sich DS als sozialistische Partei beziehen müsse.

Nach langen Diskussionen kamen auch die DS, mit einem Jahr Verspätung, im Juli 2002 nach Genua. Ihr Exponent Luciano Violante übte Selbstkritik und bezeichnete es als falsch,

nicht schon 2001 als DS in Genua gewesen zu sein. Besonders glaubwürdig wirkte er nicht. Schließlich gehörte Violante zu den Vertretern der DS, die noch nach Genua lauthals die Kriminalisierung der Tute Bianche forderten. Auch spielte Violante bereits in den 70er und 80er Jahren eine herausragende Rolle bei der Kriminalisierung der außerparlamentarischen Linken. Folglich wurde er bei seiner Stippvisite an Carlos Todesstelle von den Anwesenden ausgepiffen und beschimpft und musste von einer ganzen Armada Leibwächter geschützt werden.

### **»Bauernopfer« statt wirklicher Konsequenzen**

Die Verfahren gegen die 93 Personen, die in der Schule A. Diaz übernachteten, wurden eingestellt. Ermittelt wird jetzt gegen 100 an dem Einsatz beteiligte Beamte wegen Körperverletzung, zusätzlich gegen 25 von ihnen wegen Fälschung von Beweismitteln und übler Nachrede.<sup>23</sup> Die Ermittlungsrichter kamen zu dem Schluss, dass die Fälschung von Beweismitteln »kollektiv« zu ahnden sei, da alle anwesenden Polizeibefehlshaber Kenntnis davon gehabt hätten.<sup>24</sup>

Die offizielle Begründung der brutalen Räumung stützte sich auf nächtliche Steinwürfe auf Polizeiwagen aus dem Gebäude, eine Messerattacke auf einen Beamten bei Eintritt in die Schule und dort aufgefundene Molotowcocktails. Alles Angaben, die durch die Ermittlungen nicht bestätigt wurden.<sup>25</sup> Der Sturm auf die Schule war, wie sich herausstellte, bereits am Nachmittag beschlossene Sache.<sup>26</sup> Ende Juli 2002 mussten die Verantwortlichen zugeben, dass die Steinwürfe erfunden waren.<sup>27</sup> Mehrere Gutachter stellten fest, dass der angeblich von einem G8-Gegner in der Diaz-Schule mit einem Messer attackierte Beamte log. Die Schnitte in Jacke und schussicherer Weste passten nicht zum Messer, sie wurden nachträglich vorgenommen.<sup>28</sup> Die im

23 taz 21.6.2002

24 La Repubblica 31.7.2002

25 Il manifesto 20.6.2002; taz 21.6.2002; il manifesto 31.7.2002

26 Il manifesto 20.6.2002; taz 21.6.2002

27 Il manifesto 30.7.2002

28 Il manifesto 20.6.2002; junge welt 22.6.2002



Eingangsbereich gefundenen Brandflaschen wurden tatsächlich Stunden vorher von einem Beamten auf der Straße gefunden und erst von den eingesetzten Polizisten in der Schule platziert. Mit diesen Manipulationen sollten die sich dort aufhaltenden Personen kriminalisiert und das Genoa Social Forum als Schutzpatron der Ausschreitungen präsentiert werden.<sup>29</sup> Der Polizist Antonio Burgio gab mittlerweile zu, die Brandflaschen auf Befehl seiner Vorgesetzten dort hingebacht zu haben.<sup>30</sup> Mittlerweile geht die Genueser Staatsanwaltschaft davon aus, dass das Vorgehen von der nationalen Polizeiführung geplant wurde, weshalb der Ex-Vizechef der italienischen Polizei, Arnaldo La Barbera, als Hauptbeschuldigter gilt.<sup>31</sup>

Auch hinsichtlich der ebenfalls in der Nacht zum 22.7. »irrtümlich« erfolgten Durchsuchung des Genua Social Forum und des Media Centers gegenüber der Diaz-Schule scheint sich ein juristisches Nachspiel anzubahnen. Dort hatte die Polizei Computer zertrümmert und Festplatten ohne Beschlagnahmeprotokolle entwendet. Gegen etwa 20 beteiligte Einsatzkräfte wird wegen Sachbeschädigung und schweren Diebstahl ermittelt.<sup>32</sup>

Gegen 30 weitere Beamte, die von Zeugen und Opfern wiedererkannt wurden, wird wegen der Übergriffe in der Kaserne Bolzaneto ermittelt. Unter den Verdächtigen sind Justizvollzugsbeamte, Ärzte und medizinisches Personal der Kaserne wie auch externe Polizisten.<sup>33</sup> Unter ihnen auch Alessandro Perugini, Ex-Vizechef der politischen Polizei (Digos) von Genua, der dabei gefilmt wurde, wie er einem am Boden liegenden 16jährigen Demonstranten, der von anderen Beamten festgehalten wird, einen Tritt ins Gesicht versetzt. Perugini wurde jedoch keineswegs vom Dienst suspendiert, er verfügt weiter über Dienstwagen und Sekretärin.<sup>34</sup>

29 Il manifesto 25.6.2002; il manifesto 20.6.2002

30 La Repubblica 28.7.2002; La Repubblica 29.7.2002; La Repubblica 31.7.2002; il manifesto 31.7.2002

31 taz 21.6.2002

32 Il manifesto 19.6.2002; il manifesto 20.6.2002; taz 21.6.2002

33 Il manifesto 27.7.2002

34 Il manifesto 27.7.2002

Doch auch die Ermittlungen gegen die DemonstrantInnen gehen weiter. Etwa 300 Ermittlungsverfahren laufen noch. Konkret beschuldigt werden wegen der Beteiligung an gewalttätigen Zusammenstößen jedoch nur noch 15 Italiener und zwei Dutzend AusländerInnen.<sup>35</sup>

Inwiefern es tatsächlich zu Verurteilungen – und in welcher Höhe – von Angehörigen der Repressionsorgane kommen wird, ist noch offen. Während es aber als sicher gilt, dass sich die Regierung die Blamage weniger und niedriger Verurteilungen von DemonstrantInnen nicht leisten kann.

## Carlo Giuliani

Das Verfahren um den Tod von Carlo Giuliani schleppt sich seit einem Jahr dahin. Vom Gericht, das wurde deutlich, ist kaum Aufklärung zu erwarten. Staatsanwaltschaft, Polizei und Carabinieri verstricken sich immer tiefer in Widersprüche und die Ungereimtheiten rund um den Fall nehmen zu.

Während der Schütze Carabinieri Placanica behauptet, Demonstranten hätten ihn am Fuß gepackt und versucht aus dem Jeep zu ziehen, wird durch die zahlreichen Video-Aufnahmen aus verschiedensten Perspektiven deutlich, dass dies nie der Fall war.<sup>36</sup> Zu beobachten ist, dass die Carabinieri kurz vor dem Schusswaffeneinsatz aus dem Jeep heraus die angeblichen Angreifer mit Reizgas voll sprühten – erst als sich diese bereits vom Jeep entfernt hatten, wurde geschossen.

Auf diversen Fotos und Videoaufnahmen ist zu erkennen, wie der Schütze im Innern des Carabinieri-Jeeps bereits einige Zeit bevor Carlo Giuliani den Feuerlöscher aufhebt (gegen den sich der Schütze verteidigt haben will), die Pistole durchlädt und auf die Demonstranten richtet. Unter Rufen wie »Ich leg' euch alle um, ihr Kommunistenschweine« zielte der Schütze mehr als

35 La Repubblica 7.8.2002

36 Unter <http://www.sherwood.it/piazzalimonda> sind die Ereignisse rund um den Tod von Carlo Giuliani akribisch zusammen getragen und rekonstruiert worden unter Zuhilfenahme Hunderter Videos, Fotos und weiterer Unterlagen. Dabei werden eine Vielzahl von Ungereimtheiten, Widersprüchen und offensichtlichen Lügen der offiziellen Version dargestellt.



zwei Minuten lang auf verschiedene Personen. Dann schoss er auf den etwa 3,5 m entfernt stehenden Carlo Giuliani, der keine Anstalten machte sich dem Jeep zu nähern.

Ungeklärt auch nach wie vor die Frage wie viele Schüsse von wem abgegeben wurden. Die offizielle Version lautet bisher, dass zwei Schüsse abgegeben wurden, ein erster in die Luft und ein zweiter ungezielt auf die Menge, der dann »tragischerweise« Carlo Giuliani traf. Entsprechend wurde ein Einschussloch in gewisser Höhe einer Kirchenmauer und eine Patronenhülse aus dem Innern des Jeeps präsentiert. Doch auf Videoaufnahmen ist zu sehen und zu hören wie ein erster Schuss auf Carlo Giuliani abgegeben wurde und zwei Sekunden später (Zeit genug zum Zielen) aus dem Wagen erneut geschossen wurde, allerdings nicht nach oben – also dort wo der Einschuss präsentiert wurde – sondern nach unten.

Ungeklärt ist weiterhin, wie viele Personen sich tatsächlich im Jeep befanden – drei oder vier – und ob es tatsächlich die Hand des jungen Placanica war, die die Tatwaffe hielt, oder, wie es auf einigen Fotos scheint und auch der Zeuge zu Protokoll gegeben hatte, der als erster bei Carlo war<sup>37</sup>, eine weitere bisher unbekannte Person, bei der es sich um einen Vorgesetzten des Militärdienst leistenden Carabinieri gehandelt haben könnte. Weitere Zweifel an der offiziellen Version werden dadurch genährt, das ein erstes, vom ermittelnden Richter in Auftrag gegebenes unabhängiges ballistisches Gutachten zu dem Ergebnis kam, die beiden Schüsse seien aus unterschiedlichen Waffen abgegeben worden. Daraufhin beteuerte Placanica, er habe als einziger geschossen und beide Schüsse abgegeben. Ein weiteres – nicht unabhängiges Gutachten – bestätigte daraufhin seine Version der Ereignisse. Doch warum war es Placanica so wichtig, alle Schuld auf sich zu nehmen, wenn selbst der Richter andere Möglichkeiten eröffnete?

Ungereimt ist es auch, dass die Polizei offiziell behauptet die Spurensicherung erst am 22. Juli vorgenommen zu haben, obwohl sie sich durch Fotos und Zeugenaussagen auf den 20. Juli datieren lässt. Auch sei die Kugel, die Carlo tötete nie gefunden

worden. Fragwürdig auch der offizielle Autopsiebericht, laut dem Carlos Körper keine weitere Verletzungen vorweisen soll, was unmöglich erscheint, da er mehrmals von einem schweren Militärjeep überrollt wurde. Anonyme Stimmen aus Genueser Krankenhäusern berichteten, die Röntgenaufnahmen und der Autopsiebericht seien gefälscht und manipuliert worden.<sup>38</sup> Die Reihe der Ungereimtheiten ließe sich endlos fortsetzen. Eine wirkliche Aufklärung scheint jedoch mehr als unwahrscheinlich. Im Gegenteil, Placanica soll der einzige Schütze sein und die Öffentlichkeit auf einen Freispruch vorbereitet werden.

Allerdings gibt Placanica seit einem Anwaltswechsel im Sommer 2002 vermehrt Interviews. Dabei scheint er etwas mitteilen zu wollen ohne jedoch deutlich zu werden. Placanica macht kryptische Anspielungen: »Meine Hand mit der Pistole war im Wageninnern, dessen bin ich mir sicher, und nicht draußen, wie es auf dem komischen Bild scheint«, und fügt hinzu »Ich war mitgenommen und ich würde nicht wollen, das jemand außer mir geschossen hat«.<sup>39</sup> Sollte sich Placanica entschlossen haben trotz hoher Entschädigung und rosiger Zukunftsversprechen die Wahrheit über die Ereignisse zu erzählen und nicht den Sündenbock abzugeben, müsste er deutlicher werden.

Im Juni präsentierte die Staatsanwaltschaft Gutachter, die die These vertraten, die Kugel, die Carlo Giuliani tödlich traf, sei von einem durch Demonstranten geworfenen Stein abgefälscht worden.<sup>40</sup>

Carlo Govoni, einer der durch die Familie Giuliani beauftragten Gutachter, bezeichnete das Vorgehen der Staatsanwaltschaft und Polizei als Farce, um die Carabinieri freisprechen zu können. Denn die Untersuchung zeige, dass von Notwehr keine Rede sein könne, vielmehr seien gezielte Todesschüsse in gerader Linie auf den Kopf abgegeben worden. Und Carlos Vater ist sich sicher: »Mein Sohn ist ermordet worden und das war nicht eine Einzelperson, sondern der Staat. Aber wahrscheinlich werden die Ermittlungen zu dem Ergebnis kommen, dass Carlo

37 Il manifesto 3.2.2002

38 <http://www.sherwood.it/piazzalimonda/pagine/11autopsia.htm>

39 La Repubblica 23.8.2002

40 Il manifesto 5.6.2002; il manifesto 12.6.2002

Selbstmord verübt hat, während die Polizei ein Tontaubenschießen auf dem Platz veranstaltete.«

## 150.000 auf der Straße

Als sich am 20. Juli 2002 der G8 und der Todestag von Carlo Giuliani jährten fanden in ganz Italien Kundgebungen und Aktionen statt. Das Zentrum der Aktivitäten lag natürlich in Genua. Dort fanden neun Tage lang vom 13. bis zum 21. Juli öffentliche Debatten, Kongresse, Aktionen, Straßentheater, Konzerte und Demonstrationen statt. Mehrere CD's, die in Erinnerung und Unterstützung an den G8 und Carlo Giuliani von italienischen Bands eingespielt wurden auf großen Konzerten vorgestellt und zahlreiche Filme zu Genua sowie eine Vielzahl von neuen Büchern präsentiert. Das Programm sah vor, nicht nur an die brutale Polizeirepression und Carlo Giuliani zu erinnern, sondern auch die nächsten Schritte der außerparlamentarischen Bewegung diskutierten. Die zentralen Themen der großen Versammlungen am Samstag waren Gesundheit, Arbeit, Kriege, MigrantInnen, Umwelt, Rechte, Landwirtschaft und Europäisches Sozialforum.

Mehrere MigrantInnen-Initiativen organisierten eine fingierte Landung von Bootsflüchtlingen an einem Strand in der Nähe Genuas. Zuvor am Donnerstag besetzten die »Ungehorsamen« aus Genua die Diaz-Schule, um »den Ort symbolisch und physisch von der Gewalt des vergangenen Jahres zu befreien und von hier aus die Wiederaneignung der Stadt zu beginnen«. Der Ort diente in den folgenden Tagen den Diskussionen der Ungehorsamen. Eine weitere Aktion am Abschiebeknast von Modena scheiterte leider. Am Freitagmorgen trafen sich über 300 Ungehorsame aus ganz Italien, um das in Bau befindliche Gebäude zu demontieren, doch die Carabinieri hatten von der an sich verdeckt geplanten Aktion Wind bekommen und erwarteten sie bereits mit über 800 Beamten.

Dass das die Stimmung etwas drückte, ist klar. Doch das änderte sich schnell, als sich das Ausmaß der Mobilisierung am Samstag abzeichnete. Am Jahrestag des Todes von Carlo Giuliani beteiligten sich über 150.000 Menschen an der zentralen Großdemonstration: Viermal so viele wie von den opti-

mistischsten OrganisatorInnen erwartet. Zunächst war ja sogar umstritten, ob die Demonstration überhaupt stattfinden sollte. Die Eltern von Carlo Giuliani, selbst zu rastlosen AktivistInnen mutiert, hätten eine andere Form des Zusammenkommens vorgezogen. Auch wenn sie die Aktionstage begrüßten und ausdrücklichen betonten, sie wollten keine Trauerfeier, sondern ein Ereignis voller Leben, auf dem man nach vorne blickt. Andere Teile der Bewegung befürchteten eine geringe Beteiligung an der Demonstration und wollten der Bewegung die Blamage ersparen. Schließlich einigten sich aber doch alle auf die Großdemonstration. Nur einige anarchistische Soziale Zentren nahmen an der Bündisdemonstration nicht teil und organisierten – gemeinsam mit der »Autonomia di classe«<sup>41</sup> – eine eigenständige Demonstration an der etwa 1.000 Personen teilnahmen. Die meisten AnarchistInnen (von den Anarcho-Syndikalisten bis hin zu verschiedenen Zirkeln) und kommunistischen Splittergruppen beteiligten sich jedoch an der Großdemonstration.

Auf der Straße war ein breites Spektrum. Offiziell nicht teilgenommen hat im Unterschied zum Vorjahr nur das »Lilliput-Netzwerk«, das seine Veranstaltungen eine Woche zuvor durchgeführt hatte.<sup>42</sup> Dafür waren Gruppen des Gewerkschaftsverbandes CGIL und viele MigrantInnen präsent. Das Gros der Mobilisierung stellten aber erneut die unter dem Cobas-Dach vereinigten Basisgewerkschaften, die Rifondazione Comunista und die Bewegung der Ungehorsamen. Die Demonstration strahlte viel Stärke und gute Laune aus und war von lautstarken Gesängen dominiert.

Die Polizei war während der Demonstration kaum zu sehen, stand aber natürlich mit über 5.000 Einsatzkräften bereit und die Vorkontrollen an den Autobahnausfahrten und Bahnhöfen waren sehr ausgiebig und penetrant. Dabei zogen sich besonders

41 »Autonomia di classe« nennt sich eine Strömung, die aus dem Autonomia-Operaia-Umfeld entstanden ist und die Mehrheitsausrichtung der Tute Bianche heftig kritisiert. »Autonomia di classe« ist auf die Diktatur des Proletariats orientiert und vertritt eine Mischung aus Rückgriffen auf Lenin und antiimperialistischen Ansätzen.

42 Einige von der Basis des Lilliput-Netzwerkes waren aber doch mit eigenen Transparenten an der Demonstration beteiligt.

die Durchsuchungen von Personen aus Deutschland lange Zeit hin.

Am späten Nachmittag, vor Beginn der Demonstration, wurde auf der Piazza Alimonda, wo Carlo Giuliani erschossen wurde, eine Gedenkveranstaltung organisiert. Der Platz – den ein Komitee in »Piazza Carlo Giuliani« umbenennen möchte –, war bereits während der vergangenen Tage zu einer Art Pilgerstätte geworden: Tausende hatten ein Andenken, eine Blume, ein T-Shirt, den Schal ihres Fußballclubs, ein Gedicht, ein Bild oder ein anderes persönliches Zeichen nahe der Todesstelle am Zaun der Kirche abgelegt. Schon den ganzen Samstag über strömten Zehntausende über den Platz, während Musiker Konzerte und Literaten Lesungen gaben. Pünktlich um 17:27 Uhr, der Uhrzeit an der Carlo Giuliani am 20. Juli ein Jahr zuvor erschossen wurde, ertönten über 1.000 Hafensirenen, ein Zeichen der Hafendarbeiter an die Stadt. Aus der Piazza Alimonda erhoben sich Tausende Luftballons in den Himmel während Tausende von Händen einen Applaus starteten, der etwa 15 Minuten anhielt. Danach wurden die Fäuste in den Himmel gereckt und einige der typisch pathetischen Slogans der italienischen Bewegung aus Tausenden von Kehlen gerufen: »Carlo lebt und kämpft mit uns!«, Che Guevaras »Hasta la victoria – siempre« (Bis zum Sieg – immer!). Danach bewegt sich die Menge zu den Sammelpunkten der Demonstration.

Am Tag nach der Großdemonstration wurde eine große »Bewegungsversammlung« organisiert. Über 1.000 Personen nahmen teil. Dabei wurde über Kampfmethoden, die Rolle der Sprecher, die Grenzen der Social Foren, die Streiks im Herbst, die Rechte der MigrantInnen und die genetische Manipulation von Lebensmitteln diskutiert. Zunächst aber wurden die Ergebnisse der samstäglichen Diskussionsrunden vorgestellt.

Die Gruppe zu Gesundheit, in der sich auch die Sanitäter-Koordination des Ex-GSF vom G8 2001 befindet, beschloss den Herbst mit einer zentralen Initiative Ende September in Rom zu beginnen und die Koordination und Zusammenarbeit weiter auszubauen. Das Plenum zu Arbeit, in dem die verschiedenen Basisgewerkschaften und die Metallgewerkschaft FIOM sowie die Linke der CGIL zusammen kamen, beschloss das Thema

»Existenzgeld« zu vertiefen und forderte die gesamte Bewegung auf, sich an der Debatte über Generalstreiks und generalisierte Streiks zu beteiligen. Die Versammlung zum Krieg will den Einfluss des Krieges im Alltag und in der Wirtschaft eingehend analysieren. Die Bewegung der MigrantInnen, die seit Monaten intensiv gegen das neue Ausländergesetz Bossi-Fini aktiv ist und eine eigenständige Mobilisierungskraft erreicht hat, schlug der Bewegung gleich drei Themen vor: Arbeit, da das Bossi-Fini-Gesetz auch als Gesetz gegen die Arbeiter angesehen wird; Abschiebelager, und zwar eine große Kampagne gegen einen Knast in Turin und schließlich eine breit angelegte Sabotage der neuen Asylgesetzgebung und – im Hinblick des Europäischen Sozialforums – die Bürgerrechte. Die Diskussionsrunde zu Umwelt stellte den Aufbau einer Koordination des gesamten Widerstands gegen verschiedene Großprojekte in Italien in den Mittelpunkt, sowie eine Kampagne zum Thema Wasser und will ein Referendum gegen Privatisierungen anstreben.

Trotz aller Unterschiede gestalteten sich die Debatten offen und produktiv. Die Vorschläge wurden zustimmend aufgegriffen und der Wille gemeinsam nach vorne zu schauen wurde deutlich. Als erste und wichtigste Etappe gelten nun die Streiks im Herbst.

## **Stand der Bewegung**

Die Botschaft der italienischen Regierung an die Demonstranten gegen den G8 war klar: Wer gegen die Weltwirtschaftsordnung demonstriert, ganz gleich in welcher Form, soll in Zukunft um seine Knochen fürchten. Doch die Abschreckung wirkte nicht: Die Empörung über die Repression und den Mord an Carlo Giuliani mobilisierte noch mehr Menschen, und am Dienstag nach dem G-8 waren im ganzen Land erneut 300.000 DemonstrantInnen auf den Straßen.

Genua gab den Startschuss für viele weitere Bewegungen im folgenden Jahr und prägte die Entstehung der »Unsichtbaren« (Disobbedienti) aus dem Carlini-Stadion, also die Tute Bianche, die Jugendorganisation von Rifondazione, das No-Global-Netzwerk aus Neapel und zahlreiche weitere Gruppen, Soziale Zentren und Einzelpersonen.

Nach der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Neapel im September, die trotz Verlegung des Gipfels nach Brüssel und der Uneinigkeit innerhalb der Bewegung, ob es eine zentrale Demonstration oder dezentrale Aktionen geben sollte, mehrere Zehntausend Menschen auf die Straße brachte, entstand eine breite Antikriegsbewegung, die erneut Hunderttausende mobilisierte. Der Winter gehörte den streikenden Studenten, die ebenfalls Hunderttausende gegen eine Verschlechterung des Erziehungssystems mobilisierten.

Nach drei Generalstreiks der Basisgewerkschaften Cobas und des seit über einem Jahr anhaltenden Bewegungsaktivismus der Metallgewerkschaft FIOM erwachte auch die italienische Gewerkschaftsbewegung im Frühjahr aus ihrem langen sozialpartnerschaftlichen Winterschlaf. Am 23. März demonstrierten auf Initiative der CGIL in Rom mehr als drei Millionen Menschen gegen die Reform des Artikels 18 zum Kündigungsschutz (eine Reform, die praktisch die Abschaffung des Kündigungsschutzes vorsieht). Drei Wochen später legte ein achtstündiger Generalstreik das Land lahm. An dem Streik und den Demonstrationen beteiligten sich auch die Basisgewerkschaften und die Ungehorsamen. Während des Streiks versuchten sie das Konzept des »sozialen Ungehorsam« zu propagieren, das sie seit Genua als nächsten Schritt nach dem zivilen Ungehorsam propagieren. Sie riefen die »Generalisierung des Streiks« aus. Dahinter steht die Vorstellung, angesichts der veränderten Produktionsweisen auch den Warenverkehr und die Kommunikation lahm zu legen und Prekäre in den Streik zu integrieren. So wurden am Tage des Generalstreiks Ausbeuterklitschen der New Economy, wie etwa Call-Center, blockiert, bei Zeitarbeitsfirmen die Schlösser zugeklebt und der Straßenverkehr unterbrochen.

Parallel zu diesen Mobilisierungen liefen zahlreiche Aktionen gegen die repressive Ausländerpolitik der Berlusconi-Regierung. Im Januar gelang den Ungehorsamen ein Coup, als sie in Bologna einen Abschiebeknast in einer Aktion »sozialen Ungehorsams« weitgehend demontierten. Es folgten zahlreiche weitere Aktionen und Demonstrationen; am 19. Januar protestierten in Rom 150.000 MigrantInnen und ItalienerInnen gegen das Bossi-Fini-Gesetz und am 15. Mai organisierten MigrantIn-

nen in der norditalienischen Stadt Vicenza einen MigrantInnen-Streik gegen die neue Ausländergesetzgebung, an dem sich zum Erstaunen aller über 10.000 MigrantInnen beteiligten.

Auf der organisatorischen Ebene entstanden nach Genua in ganz Italien innerhalb weniger Wochen über 150 Social Foren, wenn auch die Gründung einer übergeordneten Struktur, eines Italia Social Forum, wie vom GSF-Sprecher Vittorio Agnoletto und Rifondazione Comunista gewünscht, abgelehnt wurde. Allerdings stellen ein Jahr später die Social Foren keineswegs überall ein Erfolgsmodell dar. Zunächst fanden sich in Städten und kleinen Ortschaften verschiedenste Gruppen, von Nachbarschaftsinitiativen über Eine-Welt-Läden bis hin zu besetzten Zentren nach dem Beispiel des GSF zusammen und bildeten eine tragende Säule der Bewegung und Mobilisierung. Allerdings unterscheiden sich die lokalen Erfahrungen und Einschätzungen genauso wie die Kooperationsmodelle. Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass sich die Social Foren bis in den Kleinstädten mit wenig Ausnahmen zur Bündelung der Kräfte und zur Mobilisierung bewährt haben, während sie in Großstädten den Aktivismus eher bremsen. In Rom z.B. degenerierte das stadtweite Social Forum zu einem institutionalisierten Scheinparlament.

Die Ungehorsamen und andere linke Basisorganisationen und besetzte Zentren zogen sich aus einigen großstädtischen Sozialforen zurück und versuchten einer Bürokratisierung durch die Gründung von Social Foren auf Stadtteilebene entgegen zu wirken. In Neapel gab es nie ein Social Forum, weil die bereits bestehende Koordination No global hier die Rolle eines Forums übernahm. In einem Kommuniqué der Ungehorsamen von Anfang Juni 2002 wurde davor gewarnt, Social Foren womöglich als »Simulation der Bewegung bürokratisch aufrecht erhalten zu wollen.«<sup>43</sup> Dieser Text ließ die Medien eine Krise der Bewegungen und vor allem der Social Foren auszurufen, was allerdings die Realität grob verzerrt. Die Ungehorsamen kündigten nämlich zugleich an, sich zentral an der Vorbereitung des European Social Forum im November 2002 zu beteiligen.

43 <http://www.disobbedienti.org/doc/05.htm>

Die Ungehorsamen zielen auf eine Europäisierung der Kämpfe, »um uns auf einen neuen Weg der praktischen kontinentalen Beziehungen zwischen verschiedenen Formen des Ungehorsams zu begeben, die zu gemeinsamen Initiativen fähig sind: Damit das Soziale Forum im November in Florenz, in dessen Vorbereitung wir nun – verspätet – eintauchen werden, nicht eine Brutstätte erneuter Spaltungen der Bewegung wird, sondern ein wirklich fundamentaler Übergang, um einen Kampfhorizont zu entwerfen und ein alternatives Folgeprojekt der bisherigen Mobilisierungen gegen die offizielle europäische Charta zu erschaffen. Also: Für die europäische Vereinigung der sozialen Kämpfe.«

Genua wird von der italienischen Linken im Allgemeinen als Knackpunkt und Beginn einer neuen Phase verstanden. Zum einen wird Genua als »Kriegserklärung« gegen die globale Bewegung angesehen, zum anderen als Vorwegnahme der nach dem 11.9. manifest werdenden Veränderungen, insbesondere der, dass Krieg zum primären ordnungspolitischen Instrument wird. Deshalb hinkt auch der häufige Vergleich zwischen dem Tod von Carlo Giuliani und den Opfern der Repression von 1977. Carlo wurde zu Beginn eines Kampfzyklus getötet und nicht an dessen Ende, wie die Toten der Jahre 1976 und 1977.

Genua führte massiv vor Augen, wozu eine breite Bewegung in der Lage ist – und wie ihr begegnet wird. Besonders für die Generationen, die die 70er Jahre nicht miterlebten, war die die »Bewegung der Bewegungen« von Genua eine neue Erfahrung, die trotz – und auch wegen – der brutalen Repression zu einer enormen Politisierung der Jugendlichen führte, die sich bereits in zahlreichen weiteren Bewegungen zeigt.

**Dario Azzellini**

## **Bomben für das System**

### **Die »Strategie der Spannung«**

Im Mai 1965 traf sich in Rom eine erlesene Auswahl von Faschisten, Militärs, Geheimdienstlern und rechtsextremen Journalisten zu einem »politisch-militärischen Studienkongress«. Der Sid<sup>1</sup>-Mitarbeiter und Ex-Nazi-Offizier Pio Filippini Ronconi stellte in einem Vortrag das zentrale Anliegen der Versammelten klar: »Den Kräften der Subversion einen Plan der Verteidigung und des Gegenangriffs entgegen stellen«. In die Wege geleitet wurde eine staatsterroristischen Aktionsstruktur. Die »Strategie der Spannung« war ihr Programm, was bis in die Gegenwart die politische Geschichte Italiens mitregiert.

Die »Strategie der Spannung« soll das innenpolitische System destabilisieren, öffentliche Angst erzeugen und damit die Forderung nach einem »starken Staat« plausibel machen.

Das langfristige Ziel: Ablösung der herrschenden politischen Klasse durch einen autoritären Staat. Kurzfristig: Die linke Bewegung der sechziger Jahre zerschlagen, indem man ihr unmittelbaren Schaden durch Attentate zufügt und ihr öffentliches Ansehen beschädigt und sie der Repression aussetzt. Dafür waren drei operative Ebenen vorgesehen, eine sah geheime Einheiten zur Ausübung von Terroranschlägen vor.

Die Fäden im Hintergrund hatte – zumindest in den sechziger und siebziger Jahren – die Geheimloge »Propaganda 2« (P2) gesponnen, die aus etwa 1.000 Politikern, in- und ausländischen Geheimdienstchefs, hohen Militärs, Polizisten und Carabinieri, Bankpräsidenten, Unternehmern und Journalisten (darunter auch Silvio Berlusconi) bestand. Etwa hundert von ihnen wurden später wegen Verwicklungen in illegale Geschäfte, Putsch-

1 Servizio informazione difesa, militärischer Geheimdienst



pläne, Morde, Erpressungen, Anschläge und Vertuschung verurteilt. Für ihre Pläne, ein rechtes autoritäres Regime in Italien zu errichten, nutzte die P2 eine zellenartig organisierte militärisch-geheimdienstliche Struktur. Ihr Name, Gladio, bezeichnet das römische Kurzschwert im Wappen des faschistischen Musolinistaates. Diese Struktur war die italienische Version des in zahlreichen europäischen Staaten (BRD, Belgien, Türkei, Österreich u.a.m.) existierenden »Stay-Behind«-Netzwerkes, das von der CIA nach dem II. Weltkrieg aufgebaut worden war. Im Falle einer Invasion durch die UdSSR sollte es »hinter den feindlichen Linien« aktiv werden. Ideologische Grundlage war ein strikter Antikommunismus, der schnell zum Kampf gegen den inneren Feind, Gewerkschaften, PCI und Linke, führte. Dieser Kampf vereinte über die Faschisten hinaus eine breite autoritäre Rechte, die, um ihre Ziele zu erreichen, für alle Optionen, vom Terror bis zum Militärputsch offen war. Gladio war in alle Putschvorhaben der italienischen Nachkriegsgeschichte verwickelt, und immer folgten ihnen ein Ausbau des Repressionsapparates, Sondergesetze und der Abbau bürgerlicher Grundrechte. Der italienische Geheimdienst Sid leistete dabei stets umfangreiche Deckungsmanöver.<sup>2</sup> Als die Gladio-Zellen, denen Tausende von Personen<sup>3</sup> angehörten, Ende der sechziger Jahre begannen, die »Strategie der Spannung« umzusetzen, war die politische Situation in Italien sehr brisant. Bei Protesten der Schüler- und Studentenbewegung und wilden Streiks wurden 1968/69 sechs Personen von der Polizei getötet. Die PCI verzeichnete Stimmengewinne und in Teilen der DC wurde eine Öffnung nach Links angedacht. In diesem Klima wurden in Mailand am 25. April 1969, dem Jahrestag des Partisanenwiderstandes, die ersten beiden Bombenanschläge verübt.<sup>4</sup> Anfang Oktober scheiterten Anschläge auf

2 Vgl. Commissione parlamentare d'inchiesta sul terrorismo in Italia e sulle cause della mancata individuazione dei responsabili delle stragi: Il terrorismo, le stragi ed il contesto storico-politico. 1995 Rom. S. 44ff.

3 Eine ursprünglich dem Parlament vorgelegte Liste mit 622 Namen stellte sich Ende der 90er Jahre als manipuliert heraus. Ausgegangen wird von mindestens 3.775 Mitgliedern.

4 Unterlagen des griechischen Geheimdienstes nennen den Ex-MSI-Kader Pino Rauti (heute »Fiamma Tricolore«) als Verantwortlichen.

eine jugoslawische Grenzstation und eine slowenische Schule in Triest. Wie 1996 bekannt wurde, steckte die faschistische Organisation Ordine Nuovo dahinter.<sup>5</sup>

Am 12. Dezember 1969 forderte ein Anschlag an der Mailänder Piazza Fontana 16 Tote und 84 zum Teil Schwerverletzte. Eine zweite Bombe wurde entschärft, weitere Sprengkörper explodierten in Rom. Die Ermittlungen konzentrierten sich sofort auf die radikale Linke. Es wurde ein Demonstrationsverbot verhängt, eine wahre Hexenjagd begann. Als vermeintliche Täter wurden zwei Anarchisten festgenommen. Während des Verhörs »fiel« einer von ihnen, Giuseppe Pinelli, unter den Augen von mindestens fünf Polizisten aus dem vierten Stock des Polizeireviere und war sofort tot. Die Polizei interpretierte den Tod öffentlich als Beweis für Pinellis Schuld.

Dem zuständigen Staatsanwalt war neun Tage nach dem Anschlag das Verfahren entzogen worden, nachdem er angekündigt hatte, auch gegen Rechts zu ermitteln.<sup>6</sup> Sein Nachfolger und die Polizei verzichteten darauf, die Faschisten Franco Freda, Giovanni Ventura und den Sid-Mitarbeiter Guido Giannettini festzunehmen, die gemeinsam in einer Terrorgruppe aktiv waren,

5 »Ordine nuovo«, formal per Regierungsdekret im November 1973 aufgelöst, wurde 1960 von MSI-Mitgliedern gegründet, denen die Parteilinie zu moderat war. Ordine Nuovo, Vertreter einer nationalsozialistischen Ideologie und Anhänger des Nazi-Mystikers Julius Evola, machte die SS-Losung »Unsere Ehre heißt Treue« zu ihrem Leitspruch. Die Organisation gilt als die aggressivste aller faschistischen Gruppen. Aufgrund der guten internationalen Beziehungen von Ordine Nuovo (zu faschistischen Organisationen aus Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Südafrika sowie zur griechischen Militärdiktatur und der Mehrfachmitgliedschaft der meisten ihrer Aktivisten in verschiedenen Organisationen der extremen Rechten, ist von einer zentralen Rolle von Ordine Nuovo im Rahmen der Strategie der Spannung auszugehen. Darauf deutet auch hin, dass Ordine nuovo durchgesetzt war mit mindestens 15 Spitzeln der italienischen Polizei, jeweils einem Dutzend des italienischen Geheimdienstes und des CIA sowie anderen. Vgl. Alberto Carlucci: Non desiderare la spia d'altri. In: L'Espresso, 12. November 1995. Nur zwei Tage nach dem Verbot von Ordine nuovo wurde die Existenz einer klandestinen Organisation Namens »Ordine nero« verkündet, die »dem Staat den Krieg erklärte« und für die schlimmsten Anschläge 1974 verantwortlich zeichnete.

6 Ein weiterer Staatsanwalt wurde 1976 von Faschisten erschossen, nachdem er die Ermittlungen an sich genommen hatte.



obwohl es Hinweise auf ihre Verwicklung in den Anschlag gab. So war Freda als Käufer von 50 Timern und der beim Anschlag benutzten Taschen wiedererkannt worden. Giannettini, Freda und Ventura wurden 1977 »mangels Beweise« freigesprochen.<sup>7</sup> Eine spätere Verurteilung zu lebenslangen Freiheitsstrafen wurde in drei Berufungsverfahren wieder aufgehoben. Erst im Juli 2001 wurden drei damalige Ordine-Nuovo-Angehörige als nachweisliche Täter zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt: Carlo Maria Maggi, Giancarlo Rognoni und Delfo Zorzi. Maggi war seinerzeit Führer von Ordine Nuovo im Veneto. Zorzi, einst Student des Professors Pio Filippini Ronconi (der mit seiner Rede den erwähnten Kongress eröffnet hatte, der die »Strategie der Spannung« ins Leben rief), trägt heute den Namen Roi Hagen, ist japanischer Staatsangehöriger und millionenschwerer Geschäftsmann. Von Japan aus unterhält Zorzi, der mit Import-Export-Geschäften verschiedene faschistische Terrorgruppen finanziert haben soll, gute Beziehungen zu Mitarbeitern verschiedener italienischer Regierungen.<sup>8</sup>

Das war die erste Serie einer – unabgeschlossenen – Reihe von terroristischen Anschlägen, deren Urheber auf die Nachsicht, wenn nicht auf die direkte Unterstützung der staatlichen Organe (Geheimdienste, Polizei, Carabinieri, Justiz und teilweise Politik) rechnen durften. Viele dieser Anschläge wurden bis heute nicht völlig aufgeklärt, werden weiterhin vertuscht, bzw. die Ermittlungen oder Gerichtsverfahren verschleppt. Auch deshalb ist der nachfolgende Abriss der weiteren Einsätze im Rahmen der »Strategie der Spannung« bei weitem nicht vollständig. Die Gladio-Struktur war auch in diverse Putschversuche verwickelt. So als am 8. Dezember 1970 die Fronte Nazionale<sup>9</sup>

bewaffnet in das Innenministerium eindrang. Es sollte der Auftakt zu einem Putsch sein, der jedoch aus unbekanntem Gründen abgeblasen wurde. Angestiftet hatte den versuchten Aufstand von rechts Fürst Borghese (ein ehemaliger ranghoher Faschist) in Zusammenarbeit mit Militärs, Carabinieri und Ordine Nuovo sowie Avanguardia Nazionale<sup>10</sup>.

Im Oktober 1973 wurde eine Verschwörung der Geheimverbindung Rosa dei Venti aufgedeckt, die einen Staatsstreich vorbereitete. An ihrer Spitze standen 87 hohe Dienstgrade aus Militär und allen Repressionsorganen. Die Planung sah einen militärischen Einsatz und die Erschießung von einigen Ministern, Parlamentariern, linken Persönlichkeiten und Ex-Partisanen vor. Ermittlungen führten 1974 zur Verhaftung des Generals Vito Miceli, der seit drei Jahren Chef des USPA, des Sicherheitsbüros des Atlantikpakt, und seit 1970 Sid-Chef war. Doch auch Miceli ging unbeschadet aus der Angelegenheit hervor. Drei Jahre später fand sich sein Name auf den Mitgliedslisten der P2 wieder.

Am 28. Mai 1974 explodierte während einer Gewerkschaftskundgebung im norditalienischen Brescia auf der Piazza della Loggia eine Bombe. Sie tötete acht Personen und verletzte 102. Auf Befehl des Polizeipräsidenten wurden eine Stunde danach alle Spuren mit Wasser verwischt, die Suche nach den Tätern verlief erfolglos, alle Verfahren gegen Faschisten endeten mit Freisprüchen. Ende 2002 wurde in der Sache gegen Zorzi, Maggi und Pino Rauti ermittelt. Erstere hatten nach Aussage eines Zeugen den Sprengstoff für die Bombe geliefert.

Am 4. August 1974 explodierte im Italicus-Express (Zugverbindung Rom-München) zwischen Florenz und Bologna

7 Freda und Ventura wurden aber wegen der Anschläge vom 25. April 1969 verurteilt.

8 Vgl. il manifesto, 11. Dezember 1996 und L'Espresso, 3. Dezember 1995.

9 Im September 1968 von Junio Valerio Borghese gegründet nach seinem Austritt aus der MSI. Fronte Nazionale gehörte zu den geheimsten Organisationen der Faschisten und baute anfänglich auf ehemaligen Mitgliedern faschistischer Sondereinheiten des Mussolinistaates auf. Fronte Nazionale besaß gute Verbindungen zu Ordine Nuovo und Avanguardia Nazionale.

10 »Avanguardia Nazionale« wurde von Stefano Delle Chiaie angeführt. Delle Chiaie gründete mit den »Gruppi d'Azione Rivoluzionari« bereits Ende der 50er Jahre die erste Vorläuferorganisation. Nach zahlreichen Umbenennungen entsteht Anfang 1970 »Avanguardia Nazionale« und entwickelt sich bald zu einer der aggressivsten Naziorganisationen. Mit der Rune der Hitlerjugend als Symbol führt die Gruppe – die nach Angaben der Polizei einige Hundert und nach eigenen Angaben 1.500-2.000 Mitglieder hatte – neben Bombenanschlägen vor allem brutale Angriffe auf Linke und Studierende durch.

eine Bombe, zwölf Menschen starben, 45 wurden verletzt. Der Anschlag war von der Fronte Nazionale Rivoluzionario, einer Nachfolgeorganisation von Ordine Nuovo, die enge Kontakte zur P2 pflegte, verübt worden. Carabinieri und Sid deckten die Tat. Nach etlichen Skandalen wurden die italienischen Geheimdienste im Jahr 1977 neu strukturiert. Der Sid wurde aufgelöst und es entstanden der Sismi<sup>11</sup> und der Sisdi<sup>12</sup>. Im gleichen Jahr trat die faschistische Terrorgruppe NAR<sup>13</sup> in Erscheinung, die in den folgenden fünf Jahren 136 Aktionen durchführte.

In einer Zeit, in der die staatliche Verfolgung und Kriminalisierung der Linken auf Hochtouren lief, explodierte am Samstag den 2. August 1980 im Bahnhof von Bologna eine Bombe. Teile der Bahnhofshalle stürzten ein, 85 Menschen starben. Während die Linke die Faschisten verantwortlich machte, zogen die Medien einmal mehr zynisch gegen die »Extremisten von rechts und links« zu Felde. Der Anschlag erfolgte kurz nachdem das Parlament beschlossen hatte im Fall P2 zu ermitteln. Nach zahlreichen Verfahren und Freisprüchen wurden schließlich Ende 1995 die faschistischen TerroristInnen Francesca Mambro und Cristiano Fioravanti als nachweisliche Täter des Anschlags von Bologna zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilt. Im März 2001 erfolgte mit 30 Jahren Freiheitsstrafe das endgültige Urteil gegen Luigi Civardini, den dritten Tatbeteiligten. Alle wurden auch wegen »Bildung einer terroristischen Vereinigung«, Mord und weiteren Anschlägen, verurteilt. Drei Geheimdienstler und der P2-Logenmeister Licio Gelli wurden dafür, dass sie gezielt falsche Spuren gelegt hatten, zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Doch Mambro und Fioravanti genießen mittlerweile bereits Freigängerstatus und Gelli steht nur unter Hausarrest.

Mit dem Ende der linken Bewegungen nahm auch der faschistische Terror stark ab. Da die Rechtsradikalen von der Repression kaum geschwächt worden waren, liegt die Vermutung nahe,

11 Servizio Informazioni per la Sicurezza Militare (Geheimdienst für die militärische Sicherheit)

12 Servizio Informazioni per la Sicurezza Democratica (Geheimdienst für die demokratische Sicherheit)

13 Nuclei Armati Rivoluzionari (Bewaffnete Revolutionäre Zellen)

dass der Terror von höherer Stelle nicht mehr gebraucht wurde. Nachdem eine linke Revolution nicht mehr in Aussicht stand, mochte es genügen, alle paar Jahre eine Bombe hochgehen zu lassen, um den politisch gewünschten Zustand der inneren Unsicherheit fortzusetzen.

Dafür wurden 16 Personen ermordet und 277 teilweise schwer verletzt als am 23. Dezember 1984 eine Bombe im Zug Mailand-Neapel in einem Tunnel bei Florenz explodierte. Als Täter ausgemacht wurde eine Gruppe von Mafiosi und Faschisten, die im Februar 1989 zu fünfmal lebenslänglich, 28 und 25 Jahren verurteilt wurden. Unter ihnen der Deutsche Friedrich Schaudinn, der jedoch der Strafe entging, da er dank eines Tipps der deutschen Botschaft und der Hilfe der italienischen Behörden rechtzeitig fliehen konnte. Schaudinn lebt heute unbehelligt in Frankfurt am Main.

Die Existenz von Gladio wurde offiziell erst im Oktober 1990 durch Regierungschef Giuliano Andreotti zugegeben. Dass gleichzeitig Staatspräsident Francesco Cossiga erklären konnte, er sei stolz darauf, 1967 als Staatssekretär im Verteidigungsministerium das Gladio-Netz reorganisiert zu haben, zeigt allerdings, wie wenig das offizielle Bekenntnis mit einem staatspolitischen Wandel zu tun hatte. Eine parlamentarische Untersuchungskommission zur Offenlegung und Ahndung der Aktivitäten Gladios wurde zwar eingesetzt, doch die meisten Prozesse verliefen im Sande und Vertuschungen gingen weiter.

Der Terror unter Beteiligung von Geheimdienstmitarbeitern zog sich auch durch die neunziger Jahre, jetzt im Verbund mit mafiösen Strukturen. Im April 1990 übernahm die bis dato unbekannte faschistische Gruppe Falange armata (bewaffnete Phalanx) die Verantwortung für die Ermordung eines Gefängnis-Pädagogen. Es folgten weitere Attentate zu denen sich die Falange telefonisch bekannte, darunter die Morde an zwei Industriellen in Catania (31. Oktober 1990), an zwei Roma (23. Dezember 1990) und drei Carabinieri bei Bologna (4. Januar 1991), sowie mehrere Bombenanschläge auf Roma. Bei den Aktionen wurde ein weißer FIAT Uno benutzt, so wie bei einer Reihe brutaler Raubüberfälle zwischen 1988 und 1990 und der Ermordung zweier Carabinieri 1988. Der Aufwand und die Bru-

talität der Überfälle standen in keinem Verhältnis zur Höhe der Beute. Doch wie bei der Falange entsprach die Vorgehensweise der Täter der us-amerikanischen Antiterrorereinheiten: Die Täter – nach dem von ihnen immer benutzten Fahrzeug als »Bande des weißen Uno« bekannt – benutzen die gleichen Waffen und die gleiche seltene Spezialmunition wie die Falange. Trotz dieser Indizien für einen politischen Hintergrund wurden die Täter in kriminellen Kreisen gesucht. Andere Ermittlungen wurden erst eingeleitet, nachdem der Carabinieri-Brigadier Domenico Macauda, der eine Ausbildung als Gladio-Mitglied erhalten hatte und Verbindungen zum Sismi besaß, wegen diverser falscher Hinweise auf kriminelle Kreise aufgefliegen war. Er wurde als angeblicher Einzeltäter zu acht Jahren Haft verurteilt.

In der letzten veröffentlichten Erklärung der Falange, einem Anruf vom 18. September 1991, wird deutlich, dass ihre politische Strategie die alte Gladio-Linie fortführt: »Da weder der politische Wille, juristische oder verfassungsrechtliche Tricks, noch entscheidende meinungsmachende Bewegungen existieren, die in der Lage sind, die aktuelle politische Klasse dazu zu zwingen, sich kohärente Moral-, Autoritäts- und Gleichheitsregeln zu geben, ... wird es nur mittels der Politik der Kraft und des Terrors, durch Handlungen, gelingen, sie von der Notwendigkeit zu überzeugen, diese fauligen und toxischen Wurzeln, die sie vergiften, aus ihrem eigenen Gewebe auszuschließen. Davon überzeugt, haben wir die Nation strategisch von Norden bis Süden in Stücke unterteilt; alle Regionen und Provinzen werden graduell militarisiert werden. Unser Kampf wird umso entschlossener, gewalttätiger und generalisierter sein, je langsamer, zögerlicher, mystifizierender und ohnmächtiger die politischen Antworten ausfallen.«<sup>14</sup>

Die Aktionen der Falange standen immer im Rahmen aktueller politischer Entwicklungen. Der Mord an dem Gefängnis-Pädagogen erfolgte, als eine Verschärfung der Haftbedingungen diskutiert wurde und sich das Gefängnispersonal dagegen ausgesprochen hatte. Die Ermordung der drei Carabinieri geschah wenige Tage nachdem die Debatte um das Putschvorhaben von

1964 und die zentrale Rolle der Carabinieri wieder aufgeflammt war. Deutlich waren auch die Worte, die Staatspräsident Cossiga bei ihrem Begräbnis an die Öffentlichkeit richtete, wer über den Putschversuch und Gladio polemisiere, spiele das Spiel der Terroristen.

Das Ausmaß personeller Verbindungen zwischen Geheimdiensten und Falange wurde im Jahr 1993 deutlich. Anfang 1993 wurde Bruno Contrada, Leiter des Geheimdienstes Sisde in Sizilien, verhaftet, da er den Mafiaboss Toto Riina jahrelang geschützt haben soll. Im Mai 1993 starben bei einem Bombenanschlag in Florenz fünf Personen, Ende Juli kosteten drei Anschläge in Mailand und Rom fünf Menschen das Leben und verletzten weitere zwei Dutzend teilweise schwer. Es wird davon ausgegangen, dass die Attentate von der Mafia und Geheimdienstkreisen gemeinsam verübt wurden. Mitte Oktober 1993 wurde Augusto Maria Citanna, Gebietsleiter des Sisde in Genua, verhaftet. Er hatte von der Camorra eine Fünf-Kilo-Bombe ohne Zünder im Zug Palermo-Rom verstecken lassen. Im selben Monat wurde erstmals ein ranghoher Beamter des Justizministeriums als Sprecher der Falange-Bekennerrufe identifiziert. Insgesamt zehn Mitarbeiter des Sismi wurden unter dem Verdacht, Telefonate für die Falange getätigt zu haben, entlassen. Beim Sisde standen etwa 300 Mitarbeiter im Verdacht belastender Verbindungen zu Gladio und der Falange. Strafrechtliche Konsequenzen hatte das jedoch nicht. Ende Oktober 1993 wurde die »Bande des weißen Uno« in Bologna gefasst. Fünf der sechs Terroristen, auf deren Konto mindestens 20 Tote und über 60 Verletzte gehen, waren Polizisten. Auch ein Zusammenhang mit der Falange wurde bestätigt, doch alle Hintergründe blieben im Dunkeln.

In den folgenden Jahren kam es vereinzelt – vor allem im Vorfeld von Wahlen – zu weiteren Anschlägen. Die Geheimdienste wurden erneut umstrukturiert.

Am 22. Dezember 2000 legte der Rechtsextremist Andrea Insabato vor der Redaktion der linken Tageszeitung »il manifesto« eine Bombe. Die Zündung war jedoch so knapp berechnet, dass er selbst verletzt wurde. Seine ersten Worte bei Eintreffen der Polizei waren »Warum habt ihr mir das angetan?« Für den Anschlag wurde er Anfang 2002 als Einzeltäter zu zwölf Jah-

14 Vgl. Coglitore 1992. S. 154f.

ren Haft verurteilt, die Richter stellten eindeutige Parallelen zur »Strategie der Spannung« fest.

Am 3. Juli 2001 wurden der Ex-Sismi-Chef Admiral Fulvio Martini, der Ex-Generalstabschef Paolo Inzerilli und der ehemalige Leiter der VII. Division der Armee, Giovanni Invernizzi, von jeder Verantwortung »fehlgeleiteter« Gladio-Aktionen freigesprochen.

Nur wenige Tage später schien die »Strategie der Spannung« in neuem Umfang wiederbelebt. In den Tagen vor dem G8-Gipfel in Genua wurden diverse Briefbomben – einige unterschrieben von angeblich anarchistischen Gruppierungen – verschickt. Ein 20jähriger Militärdienst leistender Carabinieri und eine Sekretärin des rechten TV-Journalisten Emilio Fede wurden verletzt, eine weitere Briefbombe detonierte in der Poststelle der Firma Benetton. Auch das besetzte Zentrum Leoncavallo in Mailand erhielt ein solches Päckchen, entdeckt wurde es jedoch erst nach der Rückkehr aus Genua. In Bologna wurde eine Bombe entschärft, die Streifenpolizisten treffen sollte; vor dem Stadion Carlini in Genua, wo sich das Spektrum der Ungehorsamen während der Proteste gegen den G8 sammelte, wurde ein Sprengsatz unter einem Wohnmobil gefunden. Die massive Repression in Genua, der gehäufte Einsatz von Schusswaffen und die Anwesenheit von hohen Regierungsvertretern in den Kommandozentralen der Repressionsorgane, nähren ebenfalls den Verdacht einer neuen »Strategie der Spannung«. Zumal die Berlusconi-Regierung mit Forza Italia und AN zahlreiche ehemalige Hintermänner der »Strategie der Spannung« aus Wirtschaft und Politik und seinerzeit aktive Faschisten vereint.

Gleich nach dem G8 wurde eine an den Präfekt von Genua adressierte Briefbombe entschärft, während die Regierung harte Töne anstimmte und sich geschlossen hinter die Carabinieri- und Polizeieinheiten stellte. Die Berlusconi-Regierung legte die Rhetorikplatte der 70er Jahre neu auf. Franco Frattini, Minister für Öffentliche Aufgaben, dem auch die Aufsicht über die Geheimdienste zukommt, erklärte: »Ich möchte, dass für die Linke eines klar ist ... Sie muss sich entscheiden, auf welcher Seite sie steht. Auf Seiten derer, die auf der Straße mit Molotow-Cocktails werfen oder auf Seiten der Polizei.«

Das Gespenst der »nationalen Einheit« beschwor auch Cosiga mit einem Rekurs auf seine eigene blutige Vergangenheit als Innenminister der 70er Jahre: »Vor Jahren hat mal ein Innenminister die Stadt Bologna mit Panzern der Carabinieri räumen lassen und niemand forderte seinen Rücktritt. Vor Jahren fiel ein junger Autonomer bei einem gewalttätigen Angriff auf Carabinieri-Einheiten und niemand forderte den Rücktritt des Ministers. Vor Jahren fiel Giordina Masi auf der anderen Seite einer Brücke und niemand forderte den Rücktritt des Ministers. Sogar als Aldo Moro ermordet wurde, verlangte niemand den Rücktritt des Ministers.«<sup>15</sup>

Nach den alten Drehbuch fehlte nur noch eine »große Bombe« und tatsächlich zerstörte in der Nacht auf den 9. August 2001, vor einem Besuch Berlusconis, eine Bombe Teile des Gerichts von Venedig. Bürgermeister Paolo Costa fühlte sich an die von Mafia und Geheimdiensten in den 90ern verübten Anschläge erinnert und sein Vize sah die Ursache der Bombe in der Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit außerparlamentarischen Bewegungen: »Jedes mal, wenn in Italien eine wachsende Bewegung existiert, die eine Veränderung des Landes will, gibt es Bomben oder es schießt jemand ... die Gewohnheit, Spannung zu erzeugen, ist eine Konstante im italienischen politischen System.«

Doch die bürgerliche Presse und regierungsnahen Kräfte sahen einen »Qualitätssprung« der Antiglobalisierungsbewegung und stellten einen direkten Zusammenhang her. Staatschef Berlusconi bezichtigte gar die G8-Gegner der Urheberschaft des Anschlags und forderte erneut die »nationale Einheit«, was von den Democratici di Sinistra (DS) erfreut aufgenommen wurde.

Von den zahlreichen Anschlagserklärungen wurde von der bürgerlichen Presse nur eine der »Nuclei Territoriali Antimperialisti« (NTA) hervorgehoben, die wie aus Textbausteinen vergangener Zeiten zusammengesetzt wirkte und die selbst der

15 Im März 1977 wurde in Bologna der Lotta-Continua-Aktivist Francesco Lorusso von den Carabinieri getötet; die junge Giordina Masi starb durch Polizeikugeln bei einer Demonstration im Mai 1977 in Rom. Der christdemokratische Politiker Aldo Moro wurde 1978 von den Roten Brigaden entführt und erschossen.

ermittelnde Staatsanwalt Casson (der auch jahrelang zu Gladio ermittelte) für unglaubwürdig hielt. Der Anschlag schien tatsächlich das Werk krimineller Kreise gewesen zu sein.

Wenige Tage später legten die Geheimdienste dem Parlament einen Bericht vor, in dem von einem Wiederaufbau der Roten Brigaden die Rede ist und die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung teilweise in diesen Zusammenhang gestellt wird. Zugleich mehrten sich die Stimmen in der Regierung, die die Justiz auffordern den Tute Bianche-Sprecher Luca Casarini anzuklagen und zu verhaften. Es folgt eine Welle von Ermittlungsverfahren, allein Casarini bringt es bis Herbst 2002 auf etwa 50 Anzeigen. In der Nacht zum 21. August zerstört ein Sprengsatz den Sitz der Lega in Vigonza, Padova. Es geht kein Bekennerschreiben ein, doch wieder wird über die Gefährlichkeit des »neuen linken Terrorismus« geredet.

In diesem Klima schreitet die Kriminalisierung der Linken weiter voran. Anfang September werden Ermittlungen gegen Luca Casarini wegen »Aufruf zur Bildung einer kriminellen Vereinigung« eingeleitet, weitere Anzeigen gegen AktivistInnen aus dem Disobbedienti-Spektrum folgen. Es kommt zu Hausdurchsuchungen in etwa 15 Städten gegen angebliche Anhänger des »anarcho-insurrektionalistischen« Spektrums. Doch von den etwa 60 ursprünglichen Haftbefehlen wurde keiner vollstreckt, da sie offensichtlich jedweder Grundlage entbehrten.

Erneuten Auftrieb erhielt die Propaganda mit dem 11. September. Silvio Berlusconi erklärte, er sehe »eine einzigartige Übereinstimmung zwischen den Aktionen der Terroristen und der Bewegung gegen die Globalisierung«. Sprecher der Lega Nord verkündeten, jedes besetzte Zentrum sei eine »potentielle Zelle von Bin Ladens Terroristen«.

Der neue internationale Rahmen bringt auch Cossiga dazu, sich wieder öffentlich für seine Gladiatoren einzusetzen, und so forderte er im Oktober 2001 von der Regierung die Rehabilitierung Gladios und die Autorisierung der »Kontaktaufnahme mit Schwesterorganisationen anderer Länder« durch das Außenministerium. Zugleich erging eine Grußbotschaft an die 6. Tagung der Associazione Italiana volontari Stay Behind (Italienischer Verband der Stay Behind-Einsatzkräfte), die Mitte Oktober in

Pordenone stattfand. Dort trat auch der Staatssekretär Manlio Contento von AN auf und erklärte: »Ich glaube, dass wir diese zweite Schlacht gewinnen werden. Das politische Klima hat sich geändert.« Tatsächlich war die Aufregung auch nicht besonders groß, als Anfang 2002 bekannt wurde, dass die italienische Gladio-Struktur an etlichen Auslandseinsätzen von Portugal bis Südafrika beteiligt war.<sup>16</sup>

Am 20. Februar 2002 folgte ein weiterer Repressions Schlag gegen die Linke, der sich vornehmlich gegen Indymedia Italien richtete, aber auch die Cobas, Radio Onda Rossa und die Vereinigung demokratischer Juristen – die die DemonstrantInnen gegen den G8 juristisch vertritt – traf. In Turin, Florenz, Bologna, Rom und Taranto wurden Computer und Videoaufnahmen beschlagnahmt, mit der Begründung, es handle sich um Beweismaterial zu den Geschehnissen in Genua. Da das Material jedoch zur freien Verfügung gestanden hatte, ging es wohl eher darum, die Arbeit der Gruppen zu behindern. Weitere 18 Durchsuchungen folgten Ende April.

Einen weiteren willkommenen Anlass für Durchsuchungen bei Linken und Hetztiraden gegen soziale Bewegungen stellten zwei Attentate dar, mit denen sich »Rote Brigaden« 1999 und 2002 zurückmeldeten. Ursprünglich entstanden die Brigade Rosse 1972 in einer anderen gesellschaftlichen Situation und konnten zunächst auf eine starke Verankerung in Fabriken und proletarischen Stadtteilen zählen. Im Verlauf der Konfrontation der 70er Jahre verlegten sie ihr Kampfterrain zunehmend auf einen »Angriff auf das Herz des Staates«. Anfang der achtziger kam es zu zahlreichen Spaltungen in den BR. Die meisten – mittlerweile inhaftierten – BR-Angehörigen der verschiedenen Strömungen, die nicht ohnehin Aussagen gegen Straferlass oder Hafterleichterungen eingetauscht hatten, erklärten 1987 den bewaffneten Kampf zu einer »abgeschlossenen historischen Phase«.<sup>17</sup> Lediglich eine sehr kleine Fraktion der BR-PCC (Brigate Rosse – für den Aufbau der kämpfenden Kommunistischen

16 Das ehemalige Gladio-Mitglied Antonio Arconte veröffentlichte im Internet ein 1.900 Seiten starkes Werk in dem Auslandseinsätze, an denen er beteiligt war, beschrieben werden. Vgl. <http://www.zaratustra.it/memoriale.htm>



Partei) – von deren inhaftierten AktivistInnen die meisten auch die Erklärung zum Ende des bewaffneten Kampfes unterzeichneten – hielt an einer Fortführung des Kampfes fest. Die letzte bewaffnete Aktion, zu der sich die BR-PCC vor 1999 bekannten, erfolgte im April 1988 in der Toscana, dabei wurde der christdemokratische Senator Roberto Ruffilli erschossen. Nach anschließenden Verhaftungen in Italien und Frankreich galten die BR-PCC als zerschlagen.

Am frühen Morgen des 21. Mai 1999 wurde Massimo D'Antona, Berater des Arbeitsministeriums, erschossen. Eine ähnliche Aktion folgte am 19. März 2002, als Marco Biagi, ebenfalls Mitarbeiter des Arbeitsministers, von einem angeblichen Kommando der Roten Brigaden erschossen wurde.

Dieses plötzliche Wiederauftauchen der BR hat vielerorts den Verdacht erregt, es handele sich nicht wirklich um Aktionen dieser Organisation, sondern anderer Kräfte (z.B. Geheimdienste). Die Zweifel an der wirklichen Urheberschaft wurden durch eine Reihe von Ungereimtheiten in beiden Fällen genährt. So hat der Informatikexperte Michele Landi, der von der Staatsanwaltschaft mit der Untersuchung des Bekenner-Mails zum Anschlag auf D'Antona beauftragt worden war, deren Echtheit wiederholt in Frage gestellt.

Nachdem er im Fall Biagi erneut kontaktiert wurde, wurde er am 5. April tot in seiner Wohnung aufgefunden. Er soll Selbstmord verübt haben. Ein Schreiben hinterließ er nicht, dafür arbeitete er Minuten vorher noch an einer aktualisierten Fassung seines Lebenslaufs. Hinzu kommt, dass im Falle Biagi das Innenministerium erst wenige Wochen zuvor seinen Personenschutz abgezogen und trotz ausdrücklichen Verlangens Biagis nicht wieder genehmigt hatte. Klar ist, dass die Repressionsorgane zumindest wenig unternommen haben, um die Anschläge zu verhindern, bzw. aufzuklären und die Regierung sie propagandistisch nutzte.

17 Zur Geschichte der Roten Brigaden siehe: Mario Moretti, Rossana Rossanda, Carla Mosca: *Brigate Rosse – Eine italienische Geschichte*, Hamburg 1996, und Renato Curcio, Mario Scialoja: *Mit offenem Blick*, Berlin 1997

Es könnte sich bei dem neuen Auftreten von BR aber auch tatsächlich um eine Reorganisation des bewaffneten Kampfes handeln, so wie es die Geheimdienste (sicher nicht ohne Eigeninteresse) und einige Linke vertreten. Dann erscheinen die Aktionen im italienischen Kontext jedoch politisch deplaziert. Der bewaffnete Kampf hat in der entstehenden Bewegung und unter den ArbeiterInnen ganz sicher keine hinreichende Basis. Die Erfahrungen aus den siebziger und achtziger Jahren sind für viele Linke nach wie vor nahezu traumatisch.

Zudem erwiesen sich auch die Zeitpunkte der Anschläge, jeweils in Phasen aufkommender Bewegungen, als kontraproduktiv, selbst wenn sie von den BR vielleicht bewusst gewählt wurden, um Bezüge zu den Bewegungen aufzubauen. 1999 fanden gerade linke Massendemonstrationen gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien statt. Nach dem Anschlag wäre die Protestbewegung fast zusammengebrochen. Die Beteiligung ging rapide zurück, nachdem Berlusconi Medienapparat die Demonstrationen und den Anschlag miteinander in Verbindung gebracht hatte. 2002 fand der Anschlag zwei Tage vor einer Großdemonstration der linken Gewerkschaft CGIL gegen die Reform des Kündigungsschutzparagrafen statt, an der drei Millionen Menschen teilnahmen. Eine Bewegung, die trotz massiver Hetze Seitens der Regierung nicht zerschlagen werden konnte.

Regierungsmitglied Umberto Bossi (Lega) bezeichnete den Anschlag als »Kind des Gewerkschaftsprotestes« (Umberto Bossi) und Premier Berlusconi versuchte werbewirksam, das Staatsbegräbnis am gleichen Tag wie den Gewerkschaftsprotest zu inszenieren, was jedoch am Widerstand der Witwe Biagis scheiterte.

Im Hinblick auf die im Herbst zu erwartenden Massenmobilisierungen gegen die Regierung Berlusconi war auch der Sommer 2002 von Spannung erzeugenden Manövern geprägt. Als am ersten Jahrestag der Proteste gegen den G8 in Genua überraschend mehr als 150.000 Personen demonstrieren, tauchen an verschiedenen Orten Italiens angebliche Schreiben der Roten Brigaden und der NTA auf. Die der Roten Brigaden entpuppen sich bereits am Abend als Fälschungen, doch zu spät: Die Titelseiten der Tageszeitungen zierte am nächsten Morgen be-



reits die Meldung über Todesdrohungen gegen rechte Politiker und Gewerkschafter neben Berichten über die Demonstration. Es folgen 15 Hausdurchsuchungen bei Linken, unter anderem bei einem Repräsentanten von Rifondazione Comunista. Obwohl kein konkreter Verdacht geäußert wird, werden zahlreiche Computer beschlagnahmt.

Ende Juli schließlich werden in Mailand und Monza vor einer FIAT-Niederlassung und einem CISL-Büro dilettantisch fabrizierte und nicht zündfähige Spreng- und Brandsätze gefunden. Polizei und Medien schlagen Terroralarm. Das Bekennerschreiben einer »Revolutionären Front für den Kommunismus« wirkt jedoch nicht nur vom Namen her sehr gestelzt, es endet auch mit in der Linken nicht gerade gebräuchlichen Worten: »Ehre dem Genossen Carlo Giuliani«.

Wie lebendig der Geist Gladios ist, zeigte sich Ende April 2002. Auf einer von den rechten Polizeigewerkschaften Siap und Coisp organisierten Solidaritätsdemonstration für in Neapel wegen Übergriffen auf DemonstrantInnen vom Dienst suspendierte Polizisten stimmten ihre Kollegen in Genua »Gladio, Gladio«-Sprechchöre an.

**Dario Azzellini**

## **Von der ausgebliebenen Revolution zu den gestreiften Trikots**

Bei der Zerschlagung des Faschismus und dem Sieg über die deutschen Besatzer in Nord- und Mittelitalien von 1943-1945 spielten die Partisanen eine wesentliche Rolle. In den Kämpfen jedoch kreuzten sich drei Ebenen: nationaler Befreiungskampf, Bürgerkrieg und soziale Revolution. Daher verklärt die mit unterschiedlichen Interessen von bürgerlichen Parteien bis zur PCI vertretene Interpretation des Partisanenkampfes als nationalem Befreiungskrieg den Blick auf die Ereignisse und macht es unmöglich, den weiteren Verlauf der italienischen Geschichte zu verstehen.

Die mehr als 250.000 Angehörigen der Partisanenarmee stellten keinen einheitlichen Block dar. Neben den Kommunisten, die die Mehrheit bildeten, den Sozialisten und den Konservativen waren auch kleinere Gruppen, wie etwa Linkskatholiken, Monarchisten und regionale Autonomisten, Teil des Widerstandes – der Resistenza.

Nachdem in einer Nachtsitzung des faschistischen Großrats vom 24. auf den 25. Juli 1943 die Führung der italienischen Streitkräfte wieder in die Hände des Königs gelegt, Mussolini verhaftet, und am 8. September die bedingungslose Kapitulation bekannt gegeben worden war, kämpfte auch die Armee offiziell auf Seiten der Alliierten. Viele ehemalige Militärs schlossen sich der Resistenza an. Die italienische Bourgeoisie hatte Mussolini und die Faschisten fallen lassen, woraufhin dieser, von den deutschen Besatzungskräften aus dem Gefängnis befreit, die »Republik von Saló« gründete, die bis April 1945 bestand.

Durch die Breite der Resistenza fanden sich viele Widersprüche, die tief in die Auseinandersetzungen der italienischen

Nachkriegsgesellschaft wirkten, wie etwa die Frage nach bürgerlicher Demokratie oder Klassenkampf, auch in ihr selbst wieder. In der PCI war ein deutlicher Unterschied auszumachen zwischen dem PCI-Überbau, der auf eine Machtbeteiligung und nationale Einheit setzte, und der Basis, die auf eine soziale Revolution drängte. Trotz ihrer Niederlage bestanden faschistische Verbände, als Schutztruppen der Bourgeoisie gegen eine mögliche soziale Revolution, weiter. Die Alliierten standen vor der problematischen Situation, einerseits militärisch nicht auf die Resistenza im Kampf gegen die Nazis verzichten zu können und andererseits kein Interesse an bewaffneten KommunistInnen oder sozialen Reformen zu haben. So übten sie sich lange Zeit in militärischer Zurückhaltung, um noch während des Krieges viele PartisanInnen loszuwerden.

Doch auch die USA planten ursprünglich sich auf andere Eliten zu stützen. Das letztlich die ehemals faschistische Elite gerettet und wieder eingesetzt wurde, beruhte auf dem Dilemma der Alliierten, keine anderen bürgerlichen Eliten vorgefunden zu haben. Bei ihrer Landung in Süditalien 1943 bauten die USA zunächst auf die Mafia, als sicheren Statthalter stabiler Herrschaftsverhältnisse und unterstützten 1944 sogar die Kandidatur des Mafia-Bosses der Provinz Trapani, Virgilio Nasi, für den Posten des Hochkommissars von Sizilien. Denn »die Mafia, aus ihrer Natur heraus antikommunistisch, ist eines der Elemente, auf die sich der CIA stützt, um Italien unter Kontrolle zu halten«, so Ex-CIA-Agent Victor Marchetti.<sup>1</sup>

Aber der soziale Druck war auch in Süditalien groß. 1944 begannen LandarbeiterInnen mit der Besetzung und Bestellung von brachliegendem Großgrundbesitz. Die USA mussten bald feststellen, dass die gewünschten Eliten nicht ausreichend vorhanden waren und die »linke Bedrohung« groß. Daher bauten sie eine antikommunistische Front auf, die Faschisten, Oligarchie und auch bürgerliche Rechte, die in (bewaffneter) Opposition zum Faschismus gestanden hatte, umfasste.

1 Vgl. Commissione parlamentare d'inchiesta sul terrorismo in Italia e sulle cause della mancata individuazione dei responsabili delle stragi: Il terrorismo, le stragi ed il contesto storico-politico. 1995 Rom S. 4f

Als die Alliierten schließlich im April 1945 in die norditalienische Poebene vorrückten, waren die meisten Städte bereits durch von der Resistenza ausgelöste Volksaufstände befreit und besaßen eine vom CLN (Komitee der Nationalen Befreiung) aufgebaute Verwaltung. Nachdem sich die bürgerliche Demokratie unter Beteiligung der PCI als Kompromiss herausgeschält hatte, kostete es die italienische Bourgeoisie und die PCI-Führung in den folgenden Jahren allerdings viel Kraft, die sozialrevolutionären Interessen einer breiten Basis wieder zurückzudrängen. Damit wandte sich die PCI nicht nur gegen eine »Revolution«, sondern gab auch die Vorstellung eines zumindest radikaldemokratischen antifaschistischen Parlamentarismus auf, wie ihn das CLN in Norditalien durchgesetzt hatte.

Während des Partisanenkrieges in Italien und in der unmittelbaren Nachkriegszeit hegten viele die Hoffnung auf eine »Revolution« oder zumindest sozialrevolutionäre Veränderungen. Wie sich an Streiks zeigt, die 1943 in Norditalien stattfanden, und dem Vorgehen der Polizei der Regierung Badoglio gegen ArbeiterInnen, das von Ende Juli bis Anfang September 1943 95 Tote forderte, vermischten sich stets Elemente des Klassenkampfes mit dem antifaschistischen Widerstand. Diese Tendenzen verstärkten sich bis zum Höhepunkt der Volksaufstände und setzten sich auch nach Kriegsende fort.

Die PCI fügte sich allerdings der Order aus Moskau, die von den USA und der UdSSR festgelegten Einflussphären zu respektieren, und strebte nach Anerkennung des CLN durch die Alliierten. Im Januar 1944 reduzierte sie ihre Forderungen auf die Abdankung des Königs und vertagte die Frage einer neuen Verfassung auf spätere Zeiten. Im März erkannte die UdSSR die Regierung Badoglio an und die PCI verzichtete gar auf die Abdankung des Königs. Sie hatte sich für einen konstitutionellen Pakt mit den Industriellen entschieden. Der aus dem sowjetischen Exil zurückgekehrte PCI-Vorsitzende Palmiro Togliatti schrieb der kommunistischen Leitung des Nordens am 6. Juni 1944: »Man muss immer daran denken, dass der Aufstand, den wir wollen, nicht soziale oder politische Transformationen im sozialistischen oder kommunistischen im Sinne hat, sondern die nationale Befreiung und die Zerstörung des Faschismus. Alle

anderen Probleme werden vom Volk gelöst, morgen, wenn einmal ganz Italien befreit ist, durch eine freie Volksbefragung und die Wahl einer konstituierenden Versammlung«. Spannungen innerhalb der Resistenza werden an Vorkommnissen deutlich wie etwa der Hinrichtung von 14 Mitgliedern der rechten Partisanen der Division Osoppo, (die später in der Gladio-Struktur<sup>2</sup> aufging) durch kommunistische PartisanInnen am 7. Februar 1945. Nach dem Krieg verweigerte ein Teil der Resistenza die Abgabe der Waffen, nach unterschiedlichen Schätzungen waren 1947 noch bis zu 80.000 linke Ex-PartisanInnen bewaffnet.

Aufgrund seiner faktischen Macht wurde das CLN im Dezember 1944 von der italienischen Regierung und den Alliierten als Regierungsvertreter in den ehemals von den Deutschen besetzten Gebieten anerkannt. Das CLN trat in die Regierung ein, wo es zu Spannungen kam, da die Oligarchie und die Bourgeoisie, mit Unterstützung der USA, ihre Macht ausbauen und festigen wollten, während die Bevölkerung mit Streiks und Landbesetzungen auf soziale Reformen drängte. Die Konflikte spitzten sich auch zwischen den linken und rechten Kräften der Regierung zu. Die PCI beugte sich auf der Suche nach der viel beschworenen »nationalen Einheit« den Interessen der Bourgeoisie und wurde im Mai 1947, nachdem die Konservativen ihre Position gefestigt hatten, zusammen mit den Sozialisten aus der Regierung ausgeschlossen.

Die Enttäuschung bei einem Teil der Ex-PartisanInnen über die »ausgebliebene Revolution« war groß. Aus dieser »verratenen Resistenza« gingen in der unmittelbaren Nachkriegszeit bewaffnete Gruppen hervor, die Strafaktionen gegen Faschisten durchführten. In der mittelitalienischen Region Emilia zählte man in den ersten 18 Monaten nach der Befreiung 1.496 »politische Straftaten«, die KommunistInnen zugeschrieben wurden. Allein im Kreis Bologna gab es 615 Tote, 75 Faschisten »verschwanden«. Neben spektakulären Aktionen, wie der Stürmung eines Gefängnisses und der Erschießung von 54 inhaftierten Faschisten durch eine kommunistische Einheit in Schio am 8. Juli 1945 und anderen »Strafaktionen«, spitzten sich auch die Konflikte

2 Siehe das Kapitel »Bomben für das System ...«

auf dem Land zu. Im Kreis Bologna wurden 21 Großgrundbesitzer bei Landkonflikten getötet oder schwer verletzt, im Kreis Ravenna kamen 15 Großgrundbesitzer ums Leben, weitere zwölf wurden verschleppt, ohne dass sie jemals wieder auftauchen.

Als Togliatti 1945 und 1946 in seiner Funktion als Justizminister vage formulierte Amnestien erließ, die zur Freilassung aller verurteilten Faschisten und zur Einstellung laufender Verfahren führten, kam bei der Basis starker Unmut auf. Verschiedene Gruppen ehemaliger PartisanInnen – insgesamt über 500 Bewaffnete – begaben sich sogar erneut in die Berge. Sie konnten erst 1947 mit einem Aufgebot von 3.000 Carabinieri zer schlagen werden. Andere enttäuschte Ex-PartisanInnen zogen sich aus der aktiven Politik zurück.

Auch weiter bestehende faschistische Verbände führten in der direkten Nachkriegszeit Anschläge und Angriffe gegen Linke durch. Die Alliierten übten Druck auf die italienische Polizei aus, die Verbände aufzulösen, was schließlich auch geschah. Allerdings wurden einige in die Geheimdienststrukturen der jungen Republik integriert. Die Angst vor dem gemeinsamen Feind, der Linken, einte Alliierte, Konservative und Faschisten. Der Kompromiss zwischen Faschisten und Konservativen auf der Grundlage einer streng antikommunistischen Ideologie im Geist des kalten Krieges bestimmte den weiteren Verlauf der italienischen Politik.

So ist es zwar richtig in Bezug auf einzelne Apparate, vor allem bei der Justiz und Polizei<sup>3</sup>, von einer faschistischen Kontinuität zu reden, doch ist entscheidend, dass die Politik über

3 Der christdemokratische Innenminister Mario Scelba restrukturierte die Polizei getreu ihrer Rolle im Faschismus und leitete eine gnadenlose »Säuberung« gegen die Ex-Partisanen ein, die nach dem Krieg in die Repressionsorgane des Staates eingetreten waren. Eine zentrale Rolle spielten dabei Giovanni Carcaterra (1953-60) und Angelo Vicari (1960-73), die aufeinanderfolgend an der Spitze der Polizei standen. Beide hatten in der »Republik von Saló« dem persönlichen Stab Mussolinis angehört. Bei der italienischen Polizei waren in den fünfziger Jahren von den 64 Präfekten ersten Grades, 64 Präfekten unteren Grades und 241 sonstigen Präfekten nur zwei Präfekte ersten Grades nicht Teil des faschistischen Regimes gewesen. Von 135 Polizeipräsidenten und ihren 139 Stellvertretern, die alle ihre Karriere im Faschismus begannen, hatten nur fünf Stellvertreter

die Faschisten hinaus bis zu ursprünglich antifaschistischen Konservativen von einer breiten autoritären Rechten getragen wurde. Dieser Kompromiss setzte sich in den italienischen Geheimdiensten fort, für deren Aufbau sowohl auf die fast 4.500 Kämpfer umfassenden Partisanen-Division Osoppo, die im April 1946 mit amerikanischer Hilfe reorganisiert worden war, zurückgegriffen wurde, wie auch auf Exponenten der ehemaligen faschistischen Geheimpolizei.

Der christdemokratische Innenminister Scelba trieb während seiner Amtszeit Ende der vierziger bis Anfang der fünfziger die kapitalistische Restauration Italiens voran und die Polizei ging in dieser Phase mit äußerster Brutalität gegen Land- und IndustriearbeiterInnen vor: Allein zwischen Juni 1947 und Januar 1951 starben 81 Protestierende durch Polizeieinsätze, weitere durch Großgrundbesitzer oder die Mafia. Bei einem Generalstreik 1949 in Modena, gegen die Aussperrung der Arbeiter einer Eisengießerei, die bereits über einen Monat dauerte, tötete die Polizei sechs kommunistische Arbeiter. Im gleichen Jahr setzte sie in Melissa, Kalabrien, Handgranaten und Maschinengewehre gegen unbewaffnete LandbesetzerInnen ein. Es gab drei Tote und zwölf Schwerverletzte. Jedweder Protest wurde mit gnadenloser Repression überzogen.

Nachdem die DC bei den Wahlen 1953 zwei Millionen Stimmen verlor, wuchs in rechten Kreisen Italiens wie auch in den USA die Angst vor einer erstarkenden Linken. Gleichzeitig hatte aber die PCI, als Partei mit hohem Funktionsanteil, fünf Millionen Wahlstimmen, 2,5 Millionen Mitgliedern und stark ideologischer Arbeiterbasis, die Togliatti-Linie – Ja zur demokratischen Machtergreifung, Nein zum revolutionären Prozess – durchgesetzt. Die PCI und ihre Organisationen hüteten sich, die zwischen 1953 und 1958 lokal stattfindenden Streiks zu koordinieren. Das von ihnen propagierte Arbeitsethos, das den antifaschistischen und qualifizierten Fabrikarbeiter des Nordens als im Gegensatz zur parasitären Bourgeoisie stehenden produkti-

Verbindungen zur Resistenza gehabt. Von 603 Oberkommissaren und 1039 sonstigen Kommissaren waren es lediglich 34. Vgl. Mario Cogliatore und Sandro Scarso: *La notte dei gladiatori*. Padova 1991. S. 26

ven und gesunden Teil der Nation ansah, formulierte die ständige Weiterentwicklung der Produktivkräfte und die Umsetzung der aus der Resistenza entstandenen Verfassung als historische Aufgabe. Denn eine fortschrittliche Demokratie sei unvereinbar mit den Unternehmerinteressen und damit perspektivisch auch ein Kampf für den Sozialismus und die Vorbereitung für die – friedliche – Übernahme der Fabriken. So zeigten sich PCI und Gewerkschaften bei den nach 1958 sporadischen Landkämpfen und Rathausbesetzungen in Süditalien, aber auch bei mehreren Fabrikbesetzungen im Norden, wieder zurückhaltend.

Durch die umfangreichen Geldmittel des Marshallplans, die fast vollständig in den teilindustrialisierten Norden flossen, und wegen der durch die Untätig- und Unfähigkeit der Gewerkschaften niedrigen Löhne hatten die Unternehmen Norditaliens große Mengen Kapital akkumuliert. Dieses floss nun in die Umstrukturierung der Produktion, mit Orientierung auf den Export, auf Massenkonsumwaren und die massive Einführung der Fließbandarbeit. Die benötigten unqualifizierten Fabrikarbeiter immigrierten aus dem armen Süden, was wiederum verstärkte Kontroll- und Repressionsmechanismen nach sich zog.

Die sich überstürzenden Ereignisse des Jahres 1960 brachten eine neue Dynamik in die politischen und sozialen Auseinandersetzungen. Die rechte Regierung Tramboni, durch die Stimmen der MSI-Abgeordneten gestützt, genehmigte den Faschisten die Durchführung eines Kongresses am 2. Juli in Genua. Die Regierung wollte mit Genehmigung eines solchen Kongresses in der linken Hochburg Genua testen, wie weit eine offizielle Öffnung zu den Faschisten möglich sei. Während sich die Organisationen der offiziellen Linken darauf beschränken ein Verbot des Kongresses zu fordern, organisieren StudentInnen, Angestellte und Jugendliche für den 25. Juni einen gemeinsamen Protest. Als die Polizei die Kundgebung angreift, stürmen Arbeiter vom nahe gelegenen Hafen und aus einigen Fabriken mit Stahlhaken und Eisenstangen herbei und kämpfen an der Seite der Studenten. Tags drauf werden Kontakte zu Ex-Partisanen, die wegen ihrer Kritik an der Linie der offiziellen Linken aus der aktiven Politik ausgeschieden waren, geknüpft.

Die linken Gewerkschaften und Parteien, mit der PCI an ih-

rer Spitze, rufen für den 30. Juni zum Generalstreik in Genua und Savona auf, um die Protestbewegung wieder unter Kontrolle zu bekommen. Während sie betonen, dass es sich um einen friedlichen Protest handelt, greifen Tausende von StudentInnen, proletarischen Jugendlichen, kommunistischen DissidentInnen und Anarcho-SyndikalistInnen die 15.000 aufmarschierten Ordnungskräfte an. Die Funktionäre aus den Linksparteien PCI und PSI sowie die Gewerkschaften und der PCI-dominante Nationale Partisanenverband ANPI mahnen zur Ruhe. Die DemonstrantInnen hingegen beklagen den Mangel an Waffen und fordern eine Intervention der Ex-Partisanen. In Turin findet ein spontaner Solidaritätsstreik statt, bei dem die kommunistische Gewerkschaft CGIL Arbeiter und StudentInnen davon abhält die Polizei anzugreifen. In Genua werden die Aktionen am nächsten Tag, ohne die offizielle Linke, wieder aufgenommen. Der Vorsitzende des ANPI entsolidarisiert sich von den Kämpfenden und fordert öffentlich dazu auf die jüngst Verhafteten nicht zu unterstützen und die CGIL versucht abzuwiegeln. Dennoch strömen Tausende von Jugendlichen und bewaffnete Ex-Partisanen nach Genua. Vertreter der offiziellen Linken werden ausgepiffen und teilweise angegriffen. Der Kongress wird abgesagt. Die offizielle Linke organisiert für die folgenden Tage »friedliche« Demonstrationen in ganz Italien, doch diese münden in massiven Zusammenstößen mit den Ordnungskräften, die zwischen dem 1. und 9. Juli landesweit zehn Arbeiter erschießen. Es kommt zum Generalstreik und die Regierung wird kurze Zeit später umgebildet.

Die Kämpfe vom Juni und Juli 1960 stellen die Geburtsstunde einer neuen Linken, außerhalb der traditionellen Organisationen dar, die die von den Jugendlichen und Arbeitern geforderten Kampfformen weder anboten noch unterstützten.

In Genua war der Dissens zur versöhnlerischen und abwiegeln Haltung der PCI deutlich zu Tage getreten. Dabei waren Jugendliche als besonders militant aufgefallen. Die Medien nannten sie die »Jugendlichen mit den gestreiften Trikots«. Die Bezeichnung machte deutlich, dass sie keine Arbeiter waren, zeugte aber auch von der Unfähigkeit sie einzuordnen. Diese Generation von Jugendlichen war geprägt von einer Unzufrie-

denheit mit den rigiden Normen der italienischen Nachkriegsgesellschaft. Die PCI war zwar auch für sie, in Ermangelung von Alternativen, der einzige Bezugspunkt. Doch ihre Vorstellungen standen in krassem Widerspruch zu der von der PCI propagierten Arbeitsmoral. Sie fanden sich eher in der Haltung der aus Süditalien stammenden Arbeitskräfte wieder. Allein von Ende der 50er bis Mitte der 60er Jahre waren es nahezu anderthalb Millionen, die aus dem bäuerlichen Süden in den Norden auswanderten und ihren Platz am Fließband einnahmen. Für diese Massenarbeiter stellte sich Arbeit nicht wie von der PCI propagiert als »Befreiung« dar, sondern als Plackerei.

Die PCI stellte sich auf der Suche nach staatlicher Anerkennung weiterhin konsequent auf die Seite der »Ordnung«. So etwa als der Student Giovanni Ardizzone 1961 bei einer Demonstration gegen die Kuba-Politik der USA von der Polizei totgeprügelt wurde. Ein Teilnehmer erinnert sich: »Die Partei wollte keine Kampagne der Gegeninformation zu diesem Mord machen; es gab da die Mitte-Links-Koalition, und die PCI wollte als privilegierter Gesprächspartner in die neue politische Konstellation einsteigen. Im Prozess entschieden die Richter, dass Ardizzone von der flüchtenden Menge zufällig getötet wurde, und die Partei akzeptierte tatsächlich diese Version. Am Ende dieses Jahres trat ich aus der Partei aus.«<sup>4</sup>

4 Vgl. Primo Moroni und Nanni Balestrini: Die goldene Horde. Berlin 1994. S. 29

**Dario Azzellini**

## **Von der Piazza Statuto zur großen Repression**

Die Kämpfe beginnen Anfang 1962 mit großen Streiks bei Michelin und Lancia in Turin um den neuen Tarifvertrag in der Metallindustrie. Die bis dahin fabrikinternen Demonstrationen ziehen nun auch durch die Stadt. Auffällig ist die breite Beteiligung der unqualifizierten jungen Fließband-ArbeiterInnen aus dem Süden: das neue zentrale Subjekt der Fabrik. Die Streiks weiten sich auf andere Turiner Metallbetriebe aus. Am 13. Juni sind 100.000 ArbeiterInnen im Ausstand und am 23. Juni stehen alle Fabriken Turins, inklusive der FIAT-Werke mit ihren 60.000 Arbeitskräften, still. Die Forderungen gehen weit über Lohnerhöhungen hinaus, sie betreffen auch Arbeitszeiten, Arbeitsrhythmen und diszipliniere Normen.

Nach diesem Erfolg rufen die Gewerkschaften für den 7. bis 9. Juli erneut zum Streik auf. Am Vorabend des Streiks unterschreiben die der PSI nahe stehende Gewerkschaft UIL und die gelbe Gewerkschaft SIDA einen separaten Abschluss, der ausschließlich Lohnerhöhungen umfasst. Da sie bei den Betriebsratswahlen 63% der Stimmen erzielt hatten, hoffen die Unternehmer der Streikbewegung so den Boden entziehen zu können. Doch als der Abschluss bekannt wird, begeben sich am frühen Morgen des 7. Juli mehrere hundert ArbeiterInnen der UIL zu der verbarrikierten und unter Polizeischutz stehenden Zentrale ihrer Gewerkschaft und pfeifen ihre Vertreter aus. In den folgenden Stunden sammeln sich Tausende von ArbeiterInnen aller Gewerkschaften und Fabriken auf der Piazza Statuto vor der UIL-Zentrale. Um 16.00 beginnt die Polizei mit langen Schlagstöcken aus fahrenden Jeeps heraus auf die Menge einzuprügeln. Die Versammelten gehen zum Angriff über und lassen die Funktionäre der PCI und der Gewerkschaften, die versuchen



sie zum Rückzug zu bewegen, rechts liegen. Immer mehr Menschen strömen zur Piazza Statuto, Barrikaden werden gebaut. Der Streik findet statt, und die Kämpfe dauern an bis die Polizei in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli die Oberhand bekommt. Es folgt eine harte Repressionswelle. Die Rechte bezichtigt die PCI und ihre Gewerkschaft CGIL die Unruhen angezettelt zu haben. Die PCI distanziert sich von den Auseinandersetzungen und bezeichnet sie als eine Provokation von Polizei, Unternehmern, Faschisten und radikalen Gruppen. Sie vermag nicht zu begreifen, dass die Arbeiterklasse selbst – ihre Klassenzusammensetzung – sich verändert hat und die Revolte sich zunehmend gegen die unerträglichen Arbeits- und Lebensbedingungen richtet. Die autonome ArbeiterInnenbewegung Italiens ist geboren.

Die Wurzeln der Neuen Linken liegen aber noch weiter zurück. Die Abrechnung mit Stalin auf dem XX. Parteitag der KPdSU hatte offenkundig gemacht, dass die Partei nicht unfehlbar ist. Dass die Zerschlagung des Aufstandes in Ungarn 1956 durch die Sowjetarmee von der PCI gerechtfertigt wurde, stürzt viele PCI-Intellektuelle in eine Krise. Die PSI kündigt die Aktionseinheit mit der PCI auf. Hunderte Intellektuelle verlassen beide Parteien. Aus diesen Dissidenten-Kreisen entstehen Anfang der 60er verschiedene Zeitschriften, die die theoretische Grundlage vieler Gruppen der Neuen Linken hervor bringen. Ab 1961 erscheinen die »Quaderni Rossi«, die Roten Hefte, wo sich bedeutende Intellektuelle wie Rainiero Panzieri, Mario Tronti, Sergio Bologna, Massimo Cacciari und Toni Negri zusammenfinden. Sie haben eine marxistische Ausrichtung und entwickeln den Standpunkt der Arbeiterautonomie. Unterstützt von ArbeiterInnenkadern bauen sie in den Fabriken Norditaliens ein Netz auf in dem strategische Debatten auf Grundlage der »Arbeiteruntersuchung« geführt werden. Zu Anfang an der Seite der Gewerkschaften, ab 1962 mit unabhängigen Strukturen. 1962 entsteht die Zeitschrift »Quaderni Piacentini« und 1963 »Classe Operaia«.

Gemeinsam ist ihnen vor allem die »conricerca«, die Methode der »Arbeiteruntersuchung«: »Man beginnt damit, sich anzuschauen, wie die Fabriken beschaffen sind, wie sie wirklich funktionieren, wie sich die Arbeiter verhalten, wie die Leitung

reagiert. Man fängt an, den Begriff der Arbeiteruntersuchung zu verbreiten, die zusammen mit den Arbeitern gemacht wird, ausgehend von deren subjektivem Standpunkt. Eine auf Erkenntnis und Praxis zielende Untersuchung und Forschung, die darauf gerichtet ist, Kämpfe und Initiativen von unten, außerhalb der Parteien und Gewerkschaften, auszulösen.«<sup>1</sup>

Die kapitalistische Umstrukturierung wird nicht mehr nur in der Fabrik verortet. Die Umgestaltung der Gesellschaft und des Alltags im Sinne der fordistischen Produktion wird analysiert. Hier zeichnet sich auch der Übergang ab von der klassischen KP-Haltung der Huldigung, der Fetischisierung der Arbeit, zu ihrer Ablehnung. Die PCI lehnt diesen Ansatz ab und behindert seine Verbreitung. Denn er postuliert den ständigen Arbeiterkampf als einzige Möglichkeit die Brutalität der Ausbeutung und Herrschaft zu enthüllen und passt somit gar nicht in die sozialpartnerschaftliche Strategie der PCI und ihrer Gewerkschaften. Die Selbstorganisation, die die Bewegungen von der Kontrolle von Partei und Gewerkschaft befreit, ist unvereinbar mit ihrem Führungsanspruch.

Die Unzufriedenheit erfasste aber nicht nur die neuen unqualifizierten Arbeitskräfte, sondern auch die privilegierten FacharbeiterInnen. Die Gewerkschaftspolitik der 50er Jahre hatte der ArbeiterInnenbewegung eine Niederlage eingehandelt. Der Index der Arbeitsleistung war zwar von 100 (1953) auf 140,6 (1960) gestiegen, der Lohnindex aber nur von 100 auf 108,9.

An den Rändern der Großstädte entstehen durch die Arbeitsmigration aus Süditalien proletarische Schlafstädte, Ghettos mit schrecklichen Lebensbedingungen. Gleichzeitig weckt die Einkommenssteigerung und die Ausweitung des Konsums neue Bedürfnisse. Während die proletarischen Schichten zunehmend auf Beteiligung an der Konsumgesellschaft drängen, setzt eine Proletarisierung der Mittelschichten ein.

Die von PCI und Gewerkschaften propagierten Kampfformen überzeugen nicht mehr. Es kommt zu »wildem Streiks«, bei denen die Arbeit auf ein verabredetes Zeichen ohne Vorankün-

1 Aus Quaderni Rossi, zit. nach: Nanni Balestrini und Primo Moroni: Die goldene Horde, Berlin 1994, S. 35

digung eingestellt wird. Der Staat weiß darauf nur mit Repression zu reagieren, doch in der Bevölkerung wächst der Ruf nach tief greifenden Reformen. Bei den Wahlen von '63 gewinnt die PCI eine Million Stimmen hinzu. Immer mehr Bereiche werden von der Aufbruchsstimmung erfasst. Die autonome ArbeiterInnenorganisation, wilde Streiks und Auseinandersetzungen mit der Polizei nehmen stetig zu. Die Jugendrevolte breitet sich aus, eine starke Hippie-Bewegung entsteht, die phantasievolle Aktionen durchführt und mitten in Mailand eine Zeltstadt errichtet. Die Schulen sind in Aufruhr, Lerninhalte und Lernmethoden werden in Frage gestellt, an den Universitäten brodeln es. China, Algerien, Kuba und Vietnam werden zu Bezugspunkten, Mao Tse Tung und vor allem Che Guevara werden zu Symbolen der Rebellion und der Suche nach Wegen jenseits der klassischen KP-Positionen. Unzählige Gruppen und Kollektive unterschiedlichster linker Ausrichtung entstehen. Das Jahr 1967 wird zur Aufwärmphase für 1968. Bei Arbeitskämpfen sind überall StudentInnen an der Seite der ArbeiterInnen zu sehen. Im Herbst wird die Universität von Trient, im November die katholische Elite-Uni Mailands und die Turiner Universität besetzt. Zunächst noch unter Beteiligung der offiziellen Studierendenvereinigungen wiederholt sich bald die aus den Fabriken bekannte Dynamik, und autonome Strukturen werden aufgebaut. Stand zunächst die Unzufriedenheit mit den Lernmethoden im Mittelpunkt, taucht bald die Klassenfrage auf und es geht um die Rolle der Universität in der Gesellschaft und die Einheit von ArbeiterInnen und StudentInnen.

Die StudentInnenbewegung von 1967 findet jedoch kaum Resonanz in den Medien. Die explosive Stimmung an den Universitäten wird ebenso ignoriert wie die zunehmenden Kämpfe in den Fabriken. Doch mit Beginn des Jahres 1968 ist bereits die Hälfte der 36 italienischen Unis besetzt. Vor allem in Turin kommt es zu Zusammenstößen mit der Polizei und zu Verhaftungen von Studenten. Die Medien beginnen zu hetzen, gewalttätige Räumungen folgen. Im Verlauf des Jahres nehmen die StudentInnenproteste, ebenso wie die Repression, an Härte zu. Als einschneidendes Ereignis gilt die »Schlacht in der Valle Giulia« zwischen Polizei und StudentInnen am 1. März 1968 in

Rom. Sie fordert mehrere hundert Verletzte auf beiden Seiten: Zum ersten Mal sind die StudentInnen nicht weggerannt, sondern haben angegriffen. Die Aktionen der StudentInnen werden vielfältiger. Mit einer Blockade wird die Auslieferung der bürgerlichen Tageszeitung *Corriere della sera* behindert, die wochenlange Hetzkampagnen gegen die Proteste betrieben hatte. Ende November wird in Mailand ein ehemaliges Hotel besetzt, um dem Bedürfnis nach Räumen, unabhängiger Diskussion, Selbstorganisation und der Suche nach neuen Lebensformen, Nachdruck zu verleihen.

In den Fabriken wird die Ausweitung der Kämpfe vorangetrieben. In Gruppen wie der 1968 gegründeten »Potere Operaio« (Arbeitermacht) und »Lotta Continua« (Ständiger Kampf) kommen PCI-DissidentInnen, ArbeiterInnen und StudentInnen zusammen. Potere Operaio vertritt den »ständigen Bruch des durchschnittlich erreichten Niveaus und die Bildung vorantreibender Kerne in der Arbeiterklasse und im sozialen Proletariat«. Während Lotta Continua sich auf die »Verbreitung der in den Arbeiterkämpfen auftauchenden neuen Inhalte konzentriert ... und daran arbeitet, relativ stabile Strukturen der Basisorganisationen aufzubauen«. In einigen Werken Mailands gründen sich Einheitsbasiskomitees (CUB). Mario Moretti, historisches Mitglied der Roten Brigaden, war damals bei Siemens in Mailand beschäftigt. Er erinnert sich: »Die jungen Arbeiter atmeten die Luft der Unis, auch wenn sie diese nie von innen gesehen hatten. Sie machten sich das »Plenum« zu Eigen ... und machten daraus das bedeutendste Instrument der Selbstbestimmung. Erst viel später wurde die Form des Plenums sozusagen institutionalisiert: Die Gewerkschaftsapparate misstrauten ihr, da sie die gewöhnlichen Entscheidungsinstanzen übersprang. ... sie waren unkontrollierbar ... ein Moment höchster Kreativität, wo auch neue Kampfformen wie die Abteilungstreiks, die internen Demonstrationzüge und die friedlichen Besetzungen erfunden wurden.«<sup>2</sup>

Ab 1967/1968 beginnt die PCI massiv bewegungsnahe Personen als »Linksabweichler« auszuschließen. Darunter auch die

2 Mario Moretti, *Brigate Rosse*, Berlin/Hamburg 1996, S. 33

Ex-Partisanin Rossana Rossanda, die mit anderen die Gruppe und Tageszeitung »il manifesto« gründet. Sie und Pietro Ingrao, jahrzehntelanger PCI-Kader des linken Flügels und 1993 ausgetreten, analysieren rückblickend: »Die Kommunisten wollten sich für die Beteiligung an der Regierung legitimieren, für eine Aufgabe der Gestaltung, nicht mehr nur für das »Organisieren von Forderungen«, mit dem Ziel einer offensiven Vertretung der Bürgerrechte und verbesserter Lohneinkommen. Aber radikalere Umgestaltungsformen (solche, die eine »Systemkritik« sichtbar werden ließen) wurden nicht aufgegriffen; man befürchtete eine Radikalisierung der Auseinandersetzung.«<sup>3</sup>

Das Jahr 1969 sollte zu einem neuen Höhepunkt der Kämpfe, aber auch zu einem Wendepunkt für die außerparlamentarische Bewegung werden. Im Zentrum stand der Streik für den nationalen Lohnvertrag im Metallsektor. Eine Bewegung mittlerer Angestellter war entstanden und mit der Bewegung der FabrikarbeiterInnen verschmolzen. Die autonomen Komitees waren gewachsen. Es ging um einheitliche Arbeitsnormen, Arbeitsorganisation, Arbeitszeiten, fabrikinterne Mobilität und um Löhne, die sich nicht an der Produktivität orientieren.

Ganz Italien wird von massiven Streiks überzogen. Während dessen wird die Repression immer brutaler. Nach mehreren mysteriösen Anschlägen im Frühjahr explodiert am 12.12.1969 die Bombe in der Nationalen Landwirtschaftsbank an der Mailänder Piazza Fontana, die 16 Tote und 84 Verletzte fordert. Der Anschlag wurde im Rahmen der so genannten »Strategie der Spannung« vom Geheimdienst gemeinsam mit Faschisten verübt.<sup>4</sup>

Die Linke ist geschockt. Es gilt neue Wege und Strategien zu finden. Ein Flugblatt der Situationistischen Internationale macht einige Positionen deutlich, die in der Bewegung bald zum Allgemeingut werden: »Dabei ist der Akt, mit dem die Bourgeoisie heute versucht, den Bürgerkrieg zu beschwören, in Wirklichkeit ein erster Akt im Bürgerkrieg gegen das Proletariat. Für das

3 Pietro Ingrao und Rossana Rossanda, Verabredungen zum Jahrhundertende, Hamburg 1996, S. 66

4 Siehe Kapitel »Bomben für das System ...«

Proletariat handelt es sich also weder darum, ihm auszuweichen oder zu beginnen, sondern ihn zu gewinnen. Und es hat inzwischen begonnen zu verstehen, dass es ihn nicht durch partielle Gewalt, sondern nur durch die völlige Selbstverwaltung der revolutionären Gewalt gewinnen kann, durch die allgemeine Bewaffnung der in den Räten organisierten Arbeiter.«<sup>5</sup>

Ein kleiner Teil des Bildungsbürgertums stellt sich, angesichts des staatlichen Terrors, auf die Seite der revolutionären Linken und es entwickeln sich radikaldemokratische Bündnisse unter RichterInnen, AnwältInnen, Medienschaffenden und KünstlerInnen.

Der Anschlag bedeutete die militärische Zuspitzung der Gegenoffensive von oben. Die Fabrikkämpfe von 1969 hatten die autonomen ArbeiterInnenstrukturen gestärkt, »überall gab es die radikalsten Formen der Kritik an der Arbeitsorganisation, die Auflehnung war tagtäglich, die Arbeiter übten einen enormen Druck aus und nagelten die Gewerkschaft ans Kreuz. Und da begann eine Umstrukturierung«, so Mario Moretti. »Sie fegte uns weg. Der Betrieb (Siemens) schloss die kämpferischsten Abteilungen, entließ die Avantgarden und veränderte die Produktionsbedingungen ganz gezielt mit der Absicht, Widerstandsmöglichkeiten zu verringern ... Wir hatten die Macht in der Fabrik in Frage gestellt, und sie zogen uns buchstäblich den von uns beeinflussbaren Boden unter den Füßen weg. Wir beschlossen den bewaffneten Kampf, um eine effektive Möglichkeit der Konfrontation zu erhalten.«<sup>6</sup>

Als Reaktion auf die Kämpfe war in Genua bereits im Oktober 1969 die bewaffnete Gruppe »22. Oktober« entstanden. Sie verfolgt das Ziel der »Auslösung eines revolutionären Partisanenkrieges«. Um den Verleger Giangiacomo Feltrinelli bilden sich die »Partisanenaktionsgruppen« GAP. Sie versuchten ebenfalls an die Partisanentradition anzuknüpfen und vertraten klassische Guerillakonzepte. Nachdem Feltrinelli 1972 unter nicht endgültig geklärten Umständen beim Deponieren einer Bombe umkommt und einige Aktivisten verhaftet werden, schließt sich

5 Balestrini 1994 S. 234

6 Moretti 1996, S. 42

ein Teil der GAP den Roten Brigaden an. Feltrinellis Beteiligung am bewaffneten Kampf führt zu einer Debatte, in deren Verlauf die Bündnisse mit RadikaldemokratInnen zerbrechen. In der Bewegung entflammt erneut eine breite Diskussion über den bewaffneten Kampf.

Die Roten Brigaden (BR) entstehen aus Teilen der Organisation »Proletarische Linke« und der Einheitsbasiskomitees der Mailänder Fabriken im November 1970. Sie sind vor allem bei Pirelli aktiv. Mit Anschlägen auf Autos von Abteilungscapos greifen sie unterstützend in die Arbeitskämpfe ein, sie agieren zunächst relativ offen. Sie beziehen in Diskussionen in den Stadtteilen Position und viele ArbeiterInnen wissen, wer zu den BR gehört.

In den Jahren 1970/71 stoßen die aus der StudentInnenbewegung kommenden und neben der vielfältigen politisch-kulturellen Bewegung entstandenen dogmatisch-kommunistischen Gruppen an ihre Grenzen. Sie können die Komplexität der Konflikte der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft nicht erfassen, verschwinden aus den Fabriken und werden zum Auslaufmodell. Aber auch die meisten anderen linksradikalen Gruppen können sich in der Fabrik nicht halten, und verlegen ihr Kampfterrain zunehmend in die Stadtteile. Lediglich die klandestinen Organisationen schaffen es sich ihre Interventionsfähigkeit in den Fabriken zu bewahren.<sup>7</sup>

Den BR gelingt die Verankerung in Stadtteilen und Fabriken: Am 25. April 1971 und 1972 werden in zwei proletarischen Vierteln Mailands über 200 von der Bevölkerung genährte Fahnen der BR gehisst. Die Organisation wächst, ihr Ziel ist der Aufbau einer bewaffneten Gegenmacht von unten.

Die Aktionen nehmen zu und ihre Qualität verändert sich: Im März 1972 findet die erste Entführung statt, ein hoher Siemens-Ingenieur wird mit einem BR-Schild und mit einer Waffe bedroht, fotografiert, verhört und wieder freigelassen. »Beiß zu

7 Von den 4.087 Personen, die 1969-1989 wegen »Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Bande bzw. subversiven Organisation« oder der »Vorbereitung eines Aufstandes« verurteilt wurden, hatten weniger als ein Viertel die Universität besucht. Vgl. Progetto Memoria, La mappa perduta 1, Rom 1994

und hau ab, nichts wird ungestraft bleiben« und »Alle Macht dem bewaffneten Volke« lauten die ersten Slogans der BR, die den »Marxismus-Leninismus, die proletarische Kulturrevolution, die Erfahrung der metropolitanen Guerillabewegungen« als Bezugspunkt angeben.

Die Aktion findet großen Anklang unter den ArbeiterInnen und außerparlamentarischen Gruppen. Dennoch unterscheiden sich die BR stark von anderen Linken. Während die meisten in Opposition zur PCI stehen, sehen sich die BR als eine Art rechtmäßige Erben der PCI, die sie als große, progressive Partei unter falscher Führung betrachten. Die PCI aber verurteilt die Aktionen der BR als »provokative Auftritte im rein faschistischen Stil« und fordert die Arbeiter zur Denunziation auf, was aber erst 1979 zum ersten Mal geschieht.

Im Mai 1972 wird Polizeikommissar Calabresi, der zu geheimen Waffendepots von Gladio ermittelte und einer der Verantwortlichen für den Tod des Anarchisten Pinellis war, von Unbekannten erschossen. Der Anschlag ist bis heute nicht vollständig aufgeklärt, dennoch wurden dafür Ex-Lotta Continua Führer Adriano Sofri und zwei seiner ehemaligen Genossen nach mehreren Anläufen 1997 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Der Anschlag findet in einer Phase statt, in der die Kämpfe in den Stadtteilen, Schulen und im Öffentlichen Dienst wieder aufflammen. In den Fabriken taucht ein neues soziales Subjekt auf. Es ist der im Norden aufgewachsene junge Proletarier, der die außerparlamentarischen Kampfformen kennt und die Ablehnung der Arbeit verinnerlicht hat. Ende März 1973, nach einem über vier Wochen andauerndem Streik bei FIAT-Mirafiori in Turin, akzeptieren die Gewerkschaften einen Abschluss, der weit hinter die Streikforderungen zurückfällt. Tausende von ArbeiterInnen beschließen daraufhin bei einer autonomen Versammlung die Besetzung der Fabrik. Die Staatsmacht traut sich nicht, das mit roten Fahnen geschmückte und zu einer Festung ausgebaute Werk anzugreifen, die Unternehmer sind in die Knie gezwungen worden. Zugleich sind aber auch die Grenzen der Fabrikkämpfe deutlich geworden: Mehr als gewisse Rahmenbedingungen lassen sich von innen nicht ändern. Die Erfahrungen aus der autonomen Besetzung führen zur Auflösung von »Potere

Operaio«; »Autonomia Operaia« entsteht. »Lotta Continua« gerät in eine Krise, die 1976 zur Auflösung führt und auch die dogmatischeren Gruppen beginnen sich zu spalten und aufzulösen. Eine der größten, »Avanguardia Operaia«, wird nach etlichen Brüchen zur Partei »Democrazia Proletaria«. Die BR ziehen die Konsequenz den Kampf zunehmend als Angriff auf den Staat zu führen. Weitere bewaffnete Gruppen entstehen.

Das Jahr 1973 leitet auch den endgültigen Bruch zwischen der PCI und den kämpfenden ArbeiterInnen ein. Letztere ziehen aus Mirafiori die Lehre, dass eine autonome Organisation möglich ist. Das Modell der autonomen Versammlungen breitet sich in ganz Italien aus. Die PCI hingegen zieht zur gleichen Zeit aus dem Putsch gegen die progressive Allende-Regierung in Chile den Schluss, dass der direkte Kampf gegen die Macht unmöglich ist und formuliert den »historischen Kompromiss«, das Regierungsbündnis mit den Christdemokraten als ihre politische Aufgabe.

Die beginnende Krise, Inflation, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung bringen neue soziale und politische Akteure hervor. Tausende aus den sich auflösenden Gruppen finden sich in Kollektiven, autonomen Versammlungen und besetzten Zentren wieder, was in der Jugendbewegung von 1977 ihren Höhepunkt findet. Die starke Frauenbewegung, die Aktionen der proletarischen Jugendlichen und die kulturellen Ausdrucksformen wie Theater, Tanz, freie Radios, neue Zeitschriften, Festivals und Musik stehen im Mittelpunkt einer breiten gesellschaftlichen Mobilisierung.<sup>8</sup>

In diesem gesellschaftlichen Klima erzielt die PCI 1975/76 ihre höchsten Wahlergebnisse. Sie bündelt den weit verbreiteten Wunsch, die mit der Macht verschmolzenen Christdemokraten abzulösen. Doch statt das radikale Bedürfnis nach Veränderung aufzunehmen, formuliert die PCI die Parole »Die Arbeiterklasse wird Staat« und propagiert eine von den Gewerkschaften akzeptierte »Politik der zwei Phasen«: Die Arbeiter sollen zunächst Opfer erbringen um die durch die Kämpfe verursachten Ausfäll-

le der letzten Jahre zu kompensieren und die Produktion zu steigern. Erst danach soll eine gerechtere Verteilung des Reichtums und der Macht erfolgen. In den folgenden Jahren stimmt die PCI in den Law-and-order-Chor ein. Sie wendet sich auch gegen die neue Generation von Jugendlichen, die sich in den nach der Auflösung der meisten organisierten Gruppen gebildeten »Zirkeln des jugendlichen Proletariats« wiederfindet. Tausende kommen dort zusammen um über Drogen, Kultur und Freizeit, aber auch Besetzungen, Enteignungen und Kampfmethoden zu diskutieren. Die Zirkel werden von verschiedensten Einflüssen, auch von der Kritik der Frauenbewegung geprägt. »Das Persönliche ist politisch«, lautet eine der Maximen. Sie strömen zu Tausenden aus den Vorstädten in die Zentren, erobern sich Plätze und Straßen um zu feiern, Theater zu spielen oder Musik zu machen. Dabei kommt es regelmäßig zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Jugendlichen kümmern kein Gesetz und keine Norm, sie stellen ihre eigenen Regeln auf. Darunter fällt vor allem die Praxis der Enteignungen, das massenhafte Plündern von Luxusgeschäften und Lebensmittelläden. Die PCI ist – wie die bürgerlichen Parteien und Medien – fassungslos und fordert ihre Kriminalisierung. Im Sommer 1976 organisieren die Zirkel zusammen mit Lotta Continua, Anarchisten und Autonomia Operaia ein mehrtägiges Festival im Mailänder »Parco Lambro«. Doch es entpuppt sich als Desaster: »Multiplizierte Einsamkeit, Gewalt und materielles Elend von 100.000 Jugendlichen«.

»Die Bewegung der Differenzen endet in der Differenz der Isolationen oder in der Entfesselung der Aggression«, resümieren die Kollektive, die sich zum so genannten »Umfeld der Autonomia Operaia« rechnen. Das Festival löst eine Hetzkampagne in den Medien, aber auch eine breite Diskussion unter den Jugendlichen aus. Resultat ist eine Stärkung der politischen Inhalte und die bewusste Kriegserklärung an Kapitalismus und Bourgeoisie. Im Dezember findet eine Demonstration vor dem Mailänder Opernhaus »La Scala« statt, die in einer riesigen Schlacht gegen 5.000 Polizisten endet. Immer mehr bewaffnete Gruppen entstehen.

Das Jahr 1977 beginnt mit massiven Protesten der Studierenden und Universitätsbesetzungen in ganz Italien, die auch auf

8 Ausführlich zu diesem Thema: Balestrini/Moroni: Die goldene Horde.



Schulen übergreifen. Tausende von proletarischen Jugendlichen strömen ebenfalls in die besetzten Universitäten. Nachdem bei mehreren Überfällen von Faschisten Linke zu Tode kommen, greifen Tausende bei Demonstrationen Parteibüros der MSI an. In Rom und Turin werden ihre Zentralen niedergebrannt. Die Polizei schießt mit scharfer Munition auf die DemonstrantInnen und diese schießen immer häufiger zurück. Die PCI bezeichnet die Uni-BesetzerInnen als »Provokateure« und »Faschisten«, wendet sich gegen die Besetzungen und kündigt eine Rede des Gewerkschaftssekretärs Luciano Lama in der Universität von Rom an. Die Besetzer beschließen Lama auf die Schippe zu nehmen. Doch als Tausende von Jugendlichen Lama mit ironischen Sprüchen wie »mehr Arbeit, weniger Geld« empfangen, prügelt der Ordnungsdienst der PCI auf die Besetzer ein. Diese wehren sich und jagen Lama und die PCI-Schlägertruppe aus der Universität.

Am 11. März wird in der Nähe der besetzten Universität von Bologna – einer PCI-regierten Stadt – ein Jugendlicher von den Carabinieri erschossen. Es brechen Unruhen aus und die Universität wird mit Schützenpanzern militärisch besetzt. In Rom wird eine aus anderem Anlass für den 12. März angesetzte Demonstration zum allgemeinen Protestzug. Über 100.000 ziehen durch die Stadt und greifen mit Schusswaffen und Molotow-Cocktails Polizeikasernen, Unternehmen, Gefängnisse und Parteibüros an. Waffenhandlungen werden geplündert und es kommt zu Feuergefechten mit der Polizei. Auch in anderen Städten kommt es zu ähnlichen Aktionen. Rom, Bologna und Mailand werden faktisch militärisch besetzt. Eine unerbittliche Repression setzt ein, es gibt viele Verhaftungen, legale Treffpunkte der Linken werden von der Polizei gestürmt, die alles beschlagnahmt oder zerstört.

Die Repression und die totale Blockadehaltung aller politischen Kräfte gegenüber der 77er-Bewegung führt zu einer breiten Aufnahme illegaler Kampfformen, während legale Masseninitiativen kaum noch möglich sind. Die Polizei schießt bei Demonstrationen, wie bei der am 21. April in Rom, mit Maschinenpistolen in Körperhöhe. Es bilden sich Dutzende von bewaffneten Gruppen, die vorwiegend Repräsentanten des Staates und der Repressionsorgane angreifen. Einige Gruppen treiben

bewusst eine Zuspitzung der Kämpfe auf militärischer Ebene voran, da sie hoffen, so ein Auseinanderbrechen der Bewegung zu verhindern und eine fehlende Verankerung in Massenkämpfen zu überwinden. Doch die zunehmende Militarisierung der Auseinandersetzungen hat den gegenteiligen Effekt.

Die Regierung verabschiedet mit Zustimmung der PCI repressive Sondergesetze, errichtet Spezialgefängnisse und erklärt den Ausnahmezustand zum Normalzustand. Die außerparlamentarische Linke sieht keine andere Möglichkeit als die weitere Radikalisierung der Kämpfe. Im September strömen in Bologna Zehntausende zu einem Kongress zusammen der kulturell und sozial sehr vielfältig ist. Es kommt zu unzähligen Spaltungen aber die Grundstimmung ist dennoch die der Unterstützung des bewaffneten Kampfes. Im Verlauf des Jahres 1977 sind etwa 2.000 bewaffnete Aktionen von Dutzenden linken Grüppchen und Organisationen im ganzen Jahr durchgeführt werden. In den Jahren 1978-79 finden weitere bewaffnete Aktionen statt und die älteren Organisationen, wie etwa die BR, haben großen Zulauf, obwohl sie ideologisch kaum etwas mit der '77er-Bewegung gemein haben.

Im März 1978 entführen die BR den DC-Vorsitzenden Aldo Moro, um den »historischen Kompromiss« zwischen PCI und DC zu verhindern. Doch dieses Interesse haben aus ganz anderen Gründen viele in der Staatsführung, so dass der Staat jegliche Verhandlungen ab lehnt und Moro nach 55 Tagen von den BR erschossen wird. Die Aktion führt zu wilden Spekulationen über eine geheimdienstliche Infiltration der BR. Doch dies wird Ende der 90er selbst von einer parlamentarischen Untersuchungskommission ausgeschlossen. BR-Gründungsmitglied Renato Curcio, der mit Moretti und anderen 1987 den bewaffneten Kampf als »authentischen Ausdruck sozialer und politischer Konflikte einer historischen Etappe Italiens«, die abgeschlossen sei, bezeichnete, fasst zusammen: »Wir sind authentische Bewegungen gewesen, sehr naiv, wir haben uns gewehrt, weil es großen sozialen Druck gab. Wir sind dann mit einer Organisierung der Macht zusammengestoßen, die uns unbekannt war. Sie war viel wehrhafter und vielschichtiger, als es unsere Analysen zu verstehen erlaubt hätten.«

Faktisch verfügen die BR zum Zeitpunkt ihrer höchsten militärischen Aktionsfähigkeit über keine politische Strategie mehr, um dem Gegenangriff des Staates und der Unternehmer in Gesellschaft und Produktion etwas entgegenzusetzen. Auch die radikale 77er-Bewegung, zum Großteil das »Umfeld der Autonomia«, schafft es nicht, aus dem bloßen Reagieren herauszukommen. Am 7. April 1979 findet eine erster große Verhaftungswelle mit einigen hundert Betroffenen statt. Betroffen sind vor allem Intellektuelle mit revolutionären Positionen und exponierte VertreterInnen legaler Gruppen, darunter fast der gesamte Lehrkörper des Philosophieinstituts von Padua. Dabei macht sich der heutige Präsident der Abgeordnetenkammer, Luciano Violante, damals Richter und PCI-Repräsentant, einen Namen als unerbittlicher Verfolger der Linken. Auch das Konstrukt für die Verhaftungen vom 7. April, das »Theorem von Calogero« genannt, stammt von einem Richter und PCI-Vertreter aus Padua. Darin wird Toni Negri, der an der Universität Staatsdoktrin lehrt, zum Kopf der gesamten Subversion Italiens gemacht. Präsentiert wird eine international vernetzte und zentral gesteuerte, skrupellose Linke. Die radikale Linke unterschätzt die Tragweite des Konstrukts und die Intention der PCI, sich der linksradikalen Opposition zu entledigen und gleichzeitig als regierungsfähig zu erweisen. Von 1979 bis 1982 kommt es zu Massenverhaftungen. Der italienische Repressionsapparat begegnet dem Konflikt im Laufe der Jahre mit 40.000 Anzeigen, 15.000 Verhafteten, 4.000, zu mehreren Tausend Jahren Knast Verurteilten. Auf beiden Seiten gibt es Hunderte von Toten, und mehrere tausend Linke werden ins Exil oder die Illegalität gezwungen. Zeitgleich mit der Repression findet eine tief greifende soziale Transformation statt. Der Prozess »7. April« (Schlüsselprozess zur Kriminalisierung der Autonomia) fällt mit den ersten 61 politisch motivierten Entlassungen bei FIAT zusammen. FIAT stellte von den frühen sechziger Jahren bis zum Ende der siebziger das Symbol der Klassenkämpfe dar, das Symbol für die klassische fordistische Fabrik und ihre Zentralität in der Produktion und im politischen Konflikt. Ein Jahr später folgte bei FIAT die Entlassung von 30.000 Arbeitskräften. Die Bewegungen waren zerschlagen, der Widerstand gebrochen.

Francesco Raparelli

## Von der Niederlage 1977 zur »Bewegung der Bewegungen«

### Niederlage und Übergang zum Neoliberalismus

Zwischen 1979 und 1980 wird die Krise manifest. Ein langer Zyklus von Kämpfen – der seit Ende der sechziger Jahre andauerte – hat sich erschöpft. Das betrifft sowohl die Zentralität der Arbeitskämpfe in den Fabriken, als auch die studentische Bewegung und die neuen Subjekte des jugendlichen Proletariats.

Trotz ihrer Niederlage hatte die Bewegung die Fähigkeit, die dynamischen Elemente des Wandels aufzunehmen und sie für einen kurzen historischen Moment antagonistisch zu wenden. So nahm die Bewegung der freien Radios als unabhängige Kommunikationsmöglichkeit vieles vorweg, was mit der Ausbreitung des Privatfernsehen »umgedreht« wurde. Diese wird im Jahr 1979 eingeläutet, als das Imperium Berlusconi aus der Taufe gehoben. Ebenso spielten die Ablehnung des normierten Arbeitstages und das wachsende Bedürfnis nach Autonomie und Selbständigkeit, die 1977 ihre höchste Konfliktualität erlangten, eine gewichtige Rolle bei der Ausbreitung des Kleinunternehmertums und selbstständiger Beschäftigung während der ersten Hälfte der achtziger Jahre.

Angesichts des Vormarsches der »Massenintellektualität«<sup>1</sup> als zentralem Subjekt der neuen Produktionsweise, die immer mehr mit Kommunikation, Beziehungen und Affekten verknüpft ist, entsteht der Eindruck, dass es vor allem die Bewegung von 1977 war, die – nach ihrer Niederlage – »in Arbeit« gesetzt wurde. Das Archipel der Autonomie ist nach dem Repressionsschlag vom 7. April 1979 schwer geschwächt und in einigen Fällen zer-

1 »general intellect« bei Karl Marx, auf den sich derzeit v.a. Toni Negri bezieht.

schlagen, doch der bewaffnete Kampf, inzwischen völlig losgelöst von realen Bewegungen, setzt sich bis 1987 fort. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre geht dann »der Punk« durch die italienische Jugendszene. Mailand ist die unbestrittene Hauptstadt der neuen jugendlichen Radikalität und ihres Ausdrucks von Gegenkultur.

Die entscheidenden Kräfte, die angesichts der Krise der Bewegungen versuchen, einen neuen Widerstand gegen den Übergang zum Neoliberalismus zu entwickeln, sind die Centri Sociali (besetzte Soziale Zentren), die sich in den gesamten achtziger Jahren ausbreiten. Es sind die Orte, an denen sich ein Prozess aktiver Ablösung von den dominanten Lebensformen abzeichnet. Die Centri Sociali entstehen aus der Besetzung leerstehender Räume, die in Orte verwandelt werden, wo sich alternative Aktivitäten verwirklichen lassen: Konzerte, Theater, Volksküche, Unterkunft für MigrantInnen, Diskussionen, Praxen der Selbstverwaltung.

Andere Protagonisten des Widerstands in der »wachsenden Wüste« der Achtziger sind die Cobas (Basiskomitees – Comitati di Base). Entstanden an den Schulen (erinnert sei an die Erfolge der LehrerInnen, die 1987 in einer langen Auseinandersetzung die Schulen blockierten), bei der Eisenbahn und den Angestellten des Öffentlichen Dienstes, dehnten sie sich in der Folge auch auf eine gewisse Anzahl von Fabriken aus.

All dies, inklusive des Aufflammens der Schülerbewegung von 1985, repräsentiert ein »stilles« Brodeln, das in widersprüchlicher Weise die achtziger Jahre durchzieht. Es ist Teil des Transformationsprozesses der italienischen Gesellschaft, auf den erst mit der Studierendenbewegung »La Pantera« und der Verarbeitung neuer Bewegungserfahrungen der neunziger Jahre erste Antworten auf der Höhe postfordistischer Komplexität gefunden werden.

### »La Pantera«

»La Pantera« wird vor allem durch den zeitlichen Rahmen gekennzeichnet, in dem die Studentenbewegung aufkommt: nach dem Fall der Berliner Mauer, und nach dem ersten politischen Wiederauftauchen der »Generation der achtziger Jahre« in den

Wochen von Tian'anmen. Die Bewegung entsteht parallel zum Prozess der Krise, des Zusammenbruchs und der Transformation der italienischen kommunistischen Partei (PCI) und wird durch die Übereinstimmung zwischen Teilen der »antagonistischen« Linken an den Universitäten und den Massenorganisationen der kommunistischen Jugendverbände möglich.

Politisch betrachtet ist es kein Zufall, dass die Besetzung am 12. Dezember 1989 in Palermo und die Besetzungen der Fakultäten in Rom am 15. Januar 1990, den Zündfunken für »La Pantera« darstellten. In beiden Situationen bestand tatsächlich die Möglichkeit eines Zusammenkommens, das sich aus vorherigen Entwicklungen auf beiden Seiten ergab – sowohl der der antagonistischen Universitäts-Linken, als auch der der Aktivistinnen und Intellektuellen der Ingrao-Strömung der FGC<sup>2</sup>. Bei der »antagonistischen« akademischen Linken in Rom entsteht die Initialzündung die nach Palermo die unmittelbare landesweite Ausweitung der Bewegung erlaubt. Ebenfalls in Rom befindet sich das Hauptquartier der Liga der Universitätsstudenten, der Massenorganisation der FGC an den Universitäten, das zu diesem Zeitpunkt in den Händen von Vertretern der Ingrao-Strömung war. Dies ermöglicht den Dialog und eine gemeinsame Herangehensweise an die Bewegung Seitens beider Lager.

All dem liegt der Aufbruch einer Generation zugrunde, die in den achtziger Jahren schwachen und vereinzelt Widerstand erlebt und 1985 die komprimierte Erfahrung der Schülerbewegung gemacht hatte. Dort fand im Rahmen einer »Wiederentdeckung des Konflikts« ihre »Ausbildung zum Konflikt« statt und die Forderung nach Vergesellschaftung kam erneut auf. Das Jahr 1989 spielt dabei eine strategische Rolle. Was im Osten geschieht setzt dieses Bedürfnis nach einer »Ausbildung zum Konflikt« frei und löst eine historische Blockade, die dieser Generation wohl bewusst war.

Innerhalb der »Pantera« kommen während der ersten Tage und Wochen der Besetzungen in Rom, Florenz, Bologna, Mai-

2 Federazione giovanile comunista, Jugendorganisation der PCI. Bezug auf Pietro Ingrao, der – bis zu seinem Austritt 1993 – ein wichtiger Parteikader war und das Verhältnis der PCI zu der Bewegung immer kritisierte hatte.

land, Padua und Palermo, vermittelt durch Aktivisten, die nur wenig älter sind als die Studentengenerationen der achtziger Jahre, alle Begriffe der kulturellen Innovation, der »militanten Untersuchung« und der politisch-kulturellen Forschung wieder ins Spiel, die nach der Niederlage der siebziger Jahre offen geblieben waren.

In Rom beginnt in der ersten Woche der Besetzung ein Seminar über die Situationisten, Guy Debord und die Gesellschaft des Spektakels, das die Hälfte der Studierenden (nicht nur der BesetzerInnen!) der Fakultät, also Tausende Menschen anzieht. Ähnliches ereignet sich in Bologna. Der Zusammenhang zwischen Bewegungspolitik und dem Umgang mit ästhetischen Kategorien wird in tiefgreifenden und immer gut besuchten Diskussionen unmittelbar wahrgenommen und sofort erkannt. Es ist die erste Bewegung, die sich mittels einer Kommunikationsform verbreitet, die grundlegend für die Praxis der Bewegung selbst ist: die berühmte Entdeckung des Fax! Die ersten Besetzungen werden allein durch die kommunikative Verbreitung der Besetzungen selbst, der Aktionen der Bewegung und den Austausch von Nachrichten in Echtzeit zu Hunderten von Fakultätsbesetzungen. So gelingt es, sich in großer Geschwindigkeit durch eine Vielzahl unterschiedlicher Meldungen darzustellen. Es handelt sich um eine kollektiv verfasste Bewegung, die sich netzförmig ausbreitet. Während sich die Bewegung monatelang mit der Suche nach weiteren Verbündeten auseinander setzte – in Rom, bei den ersten Schritten der »Bewegung der Selbsternannten« innerhalb der Basisgewerkschaft RSU, in Palermo, Neapel, Bologna und Florenz, bei den ersten Kämpfen der Migrant\*innenbewegung –, geht im Juni 1990 aus dem einzigen nicht erreichbar geglaubten Sektor der erste Metallarbeiterstreik der neunziger Jahre hervor. Und das, nachdem die Besetzungen schon seit zwei Monaten beendet sind. Es handelte sich um junge Arbeiterinnen und Arbeiter, die bereits seit Mitte der achtziger Jahre durch stark verschlechterte Arbeitsverträge prekariert wurden.

Das führt zu einem sehr interessanten Problem: Was die Debatten der Bewegung als »In-Produktion-Setzens« durchzogen hatte, nämlich die unmittelbare Einbeziehung der Kooperation und des Wissens der ProduzentInnen in den Produktions- und

Reproduktionsprozess und die Vermittlung dieses Wissens, ergab eigentlich eine tendenzielle Angleichung der Ausgangsbedingungen und des Kampfterrains. Sowohl der Diskurs über das Wissen als auch der über die Organisation der Produktion hätten eigentlich Instrumente geboten, die Existenz von Subjektivität zu erkennen, die auf der Ebene der gesellschaftlichen Fabrik zum Konflikt bereit und fähig ist. Dies geschah aber nicht. Das lag zum einen an der Ungleichzeitigkeit der Bewegungen und zum anderen daran, dass sie in gewisser Weise erst wie eine Eröffnung, eine Vorwegnahme des Diskurses wirkten. Jene Überlegungen sind dann ja tatsächlich im Laufe des folgenden Jahrzehnts in die unterschiedlichsten Strömungen eingeflossen.

## Die Geographie der autonomen Szene und die Centri Sociali

Was in der so genannten autonomen Szene ab 1990 vor sich geht, lässt sich als Mikrophysik einer Übergangskrise beschreiben. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die autonome Szene vor »La Pantera« im Grunde nicht landesweit existierte. Es gab einerseits verschiedene Strömungen, in denen sich die Grundpfeiler der politisch-ideologischen Ausrichtung verfestigt hatten, die schon in den siebziger Jahren die Unterschiede in der autonomen Szene prägten. Andererseits hatten sich alle diese Strömungen im Zuge der »Entortung«<sup>3</sup> des Widerstands während der achtziger Jahre neue gesellschaftliche Ausdrucksformen geschaffen.

Diese sollten neue Energien auffangen und versuchen die Niederlage wett zu machen, die durch die verspätete Reaktion auf die kapitalistische Umstrukturierung erlitten worden war. Die Verbreitung der Centri Sociali in den achtziger Jahren ist im Grunde eine Konkretisierung dieser neuen Ausdrucksformen. 1990 kann als das Jahr betrachtet werden, in dem der Knoten

3 Der Begriff bezieht sich auf den (neo)operaistischen Theorieansatz demzufolge der Widerstand nicht mehr an bestimmte Orte der Produktion gebunden war, sondern sich innerhalb der Gesellschaft »verstreute«. Es sozusagen einen Nicht-Ort der Produktion und des Widerstandes gibt. Denn als Reaktion auf die ArbeiterInnenkämpfe waren wesentliche Teile der Produktion verstreut (»fabbrica diffusa«), bzw. ausgelagert worden.

durchschlagen wird, den die Niederlage hinterlassen hatte.

Zugleich markiert 1990 das Aufkommen einer neuen Generation von Aktivisten. Einer Generation, die von den neuen Formen der Vergesellschaftung und Gesellschaftlichkeit geprägt, (»entortet«) ist, und offensichtlich ihre Möglichkeiten in jener Ausdrucksform der autonomen Szene findet, die das Spektrum der Centri Sociali darstellt.

Das führt zur Regeneration dieses Spektrums – neue Kräfte werden freigesetzt, neue Besetzungen finden statt. Das Centro Sociale Leoncavallo (Mailand), das mit der Räumung 1989 ebenfalls eine Vorgeschichte an der Schwelle zu 1990 hatte, bekommt neuen Zulauf. So gelingt es auf dem Terrain der antagonistischen Linken, die sich in eine gesellschaftliche Linke verwandelt, neue Impulse zu geben.

In der Folgezeit kommt es zu einem Bruch zwischen der Szene im Veneto und der in Rom (und folglich zwischen denen, die sich an der Szene in Rom oder im Veneto orientieren). In der römischen autonomen Szene brechen zudem die inneren Gegensätze auf. Der neapolitanische Ausläufer, das, was von der autonomen Szene des Südens geblieben war, geht einen eigenen Weg. Das Umfeld in Bologna, das mit der Universität verbunden ist, löst sich von seiner Vergangenheit und dem bleiernen Gewicht der Niederlage, die auf dem Terrain der kulturellen Innovation, wie etwa mit dem ehrgeizigen Projekt »Radio Alice«, erlitten wurde. Das Leoncavallo wird in eine Phase des Aktivismus geschleudert, die selbst von der eigenen autonomen Vergangenheit abgetrennt ist.

Gleichzeitig bestätigt sich auf der Ebene institutioneller Politikformen das endgültige Verschwinden der PCI als hegemoniale Kraft in der italienischen Linken und Rifondazione Comunista entsteht.<sup>4</sup>

1992 beginnt ein neuer Zyklus von Arbeitskämpfen und das

4 Die PCI nimmt sich das Bad Godesberger Programm der SPD zum Vorbild, sozialdemokratisiert sich weiter und ändert ihren Namen in PDS, Demokratische Partei der Linken, während ein linker Flügel die Partei verlässt und mit anderen, etwa der linken Kleinpartei Democrazia Proletaria, die Rifondazione Comunista, Kommunistische Neugründung, ins Leben ruft.

Problem, das die CGIL, der offizielle Gewerkschaftsdachverband, als einziger verbliebener »Deckel« darstellt (nach dem Verschwinden des Ost-Widerspruchs, dem Zusammenbruch des italienischen Parteiensystems und der Wandlung der PCI), rückt wieder ins Zentrum. 1992 ist das Jahr der Rache für den »Verrat« der Gewerkschaft Lamas in den siebziger Jahren.<sup>5</sup>

Das Symbol für diese Abrechnung ist der heftige Protest bedeutender Teile der Basis der CGIL sowie der Arbeiterbasis insgesamt gegen die Vorsitzenden der drei Gewerkschaftsverbände und die Erzwingung eines Generalstreiks gegen den Haushalt der Mitte-Links-Regierung Amatos. Auch gegenüber der Regierung ist das eine Abrechnung. 1992 steht die Neuorganisation der kapitalistischen Ordnung unmittelbar bevor – vor allem durch den Aufbau des Maastricht-Europas und der Eröffnung einer neuen Phase neoliberaler Politik oder besser gesagt, den Übergang Italiens zum Neoliberalismus. Aber durch die Ungleichzeitigkeit zwischen der Konfliktbereitschaft der Arbeiterbewegung und der Restrukturierung ihrer Organisation erleidet die Bewegung eine Niederlage. Damit schlagen auch die Versuche fehl, die das, was von der autonomen Szene der achtziger Jahre geblieben war, mit der Bewegung von 1992 verbinden wollten. Und das, obwohl in dieser Zeit der Krise der traditionellen Organisationsformen eine Regeneration der antagonistischen Linken stattgefunden hatte. Somit stellt sich definitiv die Frage des Problems politischer Diskontinuität.

## Tute Bianche

Der Zyklus von 1992 dauert zwei Jahre und dann schlägt am 1. Januar 1994 die Nachricht vom Aufstand der Zapatisten wie eine Bombe ein. Ihr Aufstand war eine machtvolle Aufforderung, die Bereitschaft zum radikalen Konflikt erneut zu entfalten. Er

5 Luciano Lama, in den siebziger Jahren Generalsekretär der CGIL, hielt 1977 inmitten der besetzten Universität in Rom und geschützt von PCI-Schlägertruppen eine Rede, in der er die PCI-Linie aufgreift gemäß derer die Uni-BesetzerInnen »Provokateure« und »Faschisten« seien. Als die BesetzerInnen Lama mit ironischen Gesten bloßstellen, prügelt der Partei-Ordnungsdienst auf sie ein. Lama lehnte auch zahlreiche Streiks der autonomen ArbeiterInnen ab.



brachte einen neuen innovativen Gebrauch der Sprache mit sich und sein Einfluss auf die Neuformierung des Panoramas der antagonistischen Bewegung in Italien war deutlich. Zur gleichen Zeit war eine Etappe neoliberaler Politik an ihr vorläufiges Ende gekommen.

Gerade angesichts des unlösbar scheinenden Problems, die Konflikte auf postfordistischem Terrain in fortgeschrittener Form zu entwickeln und umfassende Antworten auf die Frage der politischen Innovationen zu geben, betreten die Kräfte der Erneuerung in den sozialen Bewegungen Wege, die das Hindernis in gewisser Weise umgehen. Dies geschieht während der Regierungszeit der Olivenbaum-Koalition<sup>6</sup> vor allem entlang zweier Linien: Der Entdeckung des transnationalen Raums als Konfliktterrain und der fortgesetzten Neuformulierung lokaler Interventionsmöglichkeiten.

Was die erste Linie anbelangt, geht es in der Substanz um das Experiment, das mit der Organisierung der »Züge nach Amsterdam« 1997 beginnt. Also der ersten europäischen Demonstration, die den Konflikt mittels einer einheitlichen internationalen Plattform darstellen will. Ein Kampftag gegen den europäischen Gipfel, der den »Vertrag von Maastricht« verabschiedete. An diesem Tag beteiligte sich vor allem die jüngste Aktivistengeneration, die durch das erste interkontinentale Treffen der EZLN im lakandonischen Urwald ein Jahr zuvor bereits globale Erfahrungen besaß. Mit der Aktion von Amsterdam wird durch die Praxis der Zugbesetzung mit Tausenden von Menschen, die fünf nationale Regierungen irritierte, das Schengener Abkommen unmittelbar angegriffen.

Die zweite Linie stellt der Versuch dar, einen koordinierten öffentlichen politischen Raum für die Erfahrungen der örtlichen Selbstverwaltung zu schaffen: Die Carta di Milano 1998. Sie ist stark gekennzeichnet von einer Identitätssuche, die sich an die zapatistische Erfahrung knüpfte.

Von der Welle dieser Entwicklungen getragen, erscheinen 1998/1999 »Tute Bianche« auf der gesellschaftlichen Bühne.

Ihr Ansatz stark ist von den Zapatisten beeinflusst. Sie ver-

<sup>6</sup> Wahl- und Regierungsbündnis der PDS mit anderen Mitte-Links-Kräften.

suchen deren Vorstellungen auf der Grundlage der beiden Leitlinien weiterzuentwickeln, also in einem von lokalen Aktionen gekennzeichneten Raum und der Vorstellung eines öffentlichen europäischen und globalen Raums. So entsteht ein Experiment, das »die Unsichtbaren« und später dann »Tute Bianche« genannt wird. Der Name bezieht sich auf ihre Kleidung, die die Unsichtbarkeit, aber auch die neuen Konfliktfiguren irregulärer und prekärer Arbeitsverhältnisse, bis hin zu den immer unsicherer werdenden traditionellen Arbeitsverhältnissen darstellen sollte.

So umgehen sie die konzertierte Blockade des Konflikts und die Schwierigkeiten, die die Ära der weichen neoliberalen Politik der Sozialdemokratie für den Konflikt in Europa bedeuteten. Da keine Organisationsform möglich erscheint, die sich auf der Höhe eines neuen Kampfzyklus der gesellschaftlich Prekarisierten befände und die über ein Darstellen und Beschwören des Konflikts hinauskommen könnte, bleibt keine andere Alternative, als sich auf die neu gewonnenen politischen Erfahrungen der beiden beschriebenen Linien zu stützen, also den globalen öffentlichen Raum und die lokale Intervention.

### **Globaler öffentlicher Raum und sozialer Ungehorsam**

Diese zweite Phase der Tute Bianche ist von einer anderen Entwicklung gekennzeichnet: Von einer Krise der »Sozialdemokratie an der Macht« bei der Durchsetzung der neoliberalen Politik und von einer Ära, in der sich die Weltordnung als imperialer und die Situation bestimmender Krieg (siehe Kosovo-Krieg) darstellt. Auch die Proteste von Seattle und die internationalen Protesttage, bei denen es eine organische Beteiligung der globalen Bewegung gibt, fallen in diese Phase. Von hier an treten die Tute Bianche in eine unmittelbare Beziehung mit diesem öffentlichen Raum.

In gewisser Weise lassen sie den Versuch, direkt vor Ort eine Beziehung mit der lokalen Produktion einzugehen, hinter sich und gehen zur Organisierung dieser neuen globalen Bewegung über und nehmen am gesamten Kampfzyklus der internationalen Mobilisierungen teil, von Seattle über Prag, Nizza, Washington und Quebec bis Göteborg und schließlich Genua. Genua liegt zeitlich ein Jahr nach der Neuordnung der neoliberalen Politik,

die durch den Kosovokrieg gekennzeichnet ist, und in der sich die sozialdemokratische Ära in Europa dem Ende zuneigt. In Italien regiert Berlusconi, in Spanien Aznar, die französische Linke zeigt deutliche Krisensymptome, ganz zu schweigen von Blairs unrühmlicher Rolle.

In Genua geht die Bewegung der Tute Bianche zu Ende, denn die globale Bewegung tritt in die konstitutive Phase einer neuen facettenreichen Bewegung, die auch für die beginnende Erneuerung der sozialen Bewegungen in Italien steht.

Dieser neuen Phase der »Bewegung der Bewegungen« von Genua ging ein noch deutlicherer Bezug auf die Zapatisten voraus, nämlich die Teilnahme an der zapatistischen Karawane, dem Marsch der EZLN in die mexikanische Hauptstadt, der von 300 Tute Bianche begleitet und geschützt wurde. Davor – zwischen »Prag« und »Nizza« – entwickelt sich auch eine Beziehung zu der Jugendorganisation von Rifondazione Comunista, die sich in einer Neuorientierungsphase befindet.

In Genua beginnt der gemeinsame Aufbau eines Raums organisierten und geschützten zivilen Ungehorsams, der nach dem Stadion, das die »Ungehorsamen« in den Tagen von Genua beherbergt, als »Laboratorium Carlini« bezeichnet werden wird. In diesem pluralen Raum steht auch der neapolitanische Ausläufer, die Sozialen Zentren Ska und Officina 99, das Netzwerk »no global«, das in den Auseinandersetzungen während des »Globalen Forum« Erfahrung mit einer neuen Taktik repressiver Beherrschung des öffentlichen Raums gemacht hatte.

Tute Bianche, Junge Kommunisten und zivile Ungehorsame des »Netzwerk no global« (sowie internationale Netzwerke und Personen u.a. aus Deutschland und Spanien) bilden den sogenannten Themenplatz in der Via Tolemaide, wo der zivile und organisierte Ungehorsam auf ein qualitativ neues Vorhaben der Repressionskräfte stößt, der globalen Bewegung mit einem Kriegsszenario zu begegnen. Dabei wird auf der Piazza Alimonia Carlo Giuliani von den Carabinieri ermordet.

Das Schlüsselerlebnis der Tage von Genau ist jener Abschnitt des 20. Juli, an dem der qualitative Sprung der Repression intensiv erlebt und die unmittelbare Notwendigkeit einer Neuorientierung der Praxen und Formen der globalen Bewegung deutlich wird.

Als die Demo in der Via Tolemaide endet und am Abend des 20. im Carlini-Stadion eine dramatische Versammlung aller Gruppen und Strömungen stattfindet, ereignet sich etwas »grundlegendes«. Es ist die Erfahrung, von der die sozialen Bewegungen in Italien über das ganze folgende Jahr hinweg geprägt werden: Aus der Niederlage der vereinbarten Formen organisierten zivilen Ungehorsams treten tatsächlich vor allem die Elemente der Vergesellschaftung und Gemeinschaftlichkeit zwischen jenen hervor, die bislang nur koordinierte Strömungen waren. Dort entstand der aktive Kern der neuen Etappe der globalen Bewegung in Italien.

Nach den gewaltigen Demonstrationen in den ersten Augusttagen (die in allen italienischen Städten stattfanden), wird im September – trotz aller Unterschiede innerhalb des »Laboratorium Carlini« – beschlossen, einen neuen, vorwärts gerichteten Versuch mit der Bezeichnung »sozialer Ungehorsam« zu unternehmen: ein Versuch, das Laboratorium des Ungehorsams auf dem Gebiet der sozialen Kämpfe anzuwenden.

In gewisser Weise kommt jene Pendelbewegung zum Abschluss, die der Sache der Tute Bianche eigen war: zwischen der Intervention auf der Ebene der Produktion bzw. der gesellschaftlichen Akteure und der Intervention im öffentlichen Raum. Es entsteht ein neuer Diskurs und die dem »Laboratorium Carlini« eigene Zentralität des Aktivismus findet sich in den sozialen Bewegungen und der »Bewegung der Bewegungen« im gesamten folgenden Jahr wieder.

*Übersetzung: Elke Beyer*

## Interview mit Tute Bianche

Seit dem G 8 in Genua sind die Tute Bianche («weiße Overalls») international bekannt, ihr Konzept und ihr Vorgehen jedoch weitaus weniger, obwohl sie auch im Ausland schon an Aktionen teilgenommen haben. Es gelang ihnen im Laufe der Jahre kostenlose Zugfahrten zu Demonstrationen in Europa durchzusetzen, in Prag mit einem auffallenden Block an der Demonstration gegen kapitalistische Globalisierung teil zu nehmen und mit 300 Tute Bianche die Delegation der EZLN-Comandantes im März 2001 durch Mexiko zu begleiten. In diesem, vor den Ereignissen um den G8 geführten Gespräch, erläutern die Tute-Bianche-AktivistInnen Chiara Cassurino (24 J., Genua) und Federico Martelloni (25 J., Bologna), Entstehung und Hintergründe der Tute Bianche.

*Wann, wie und warum sind die Tute Bianche entstanden?*

Chiara: Das erste Mal, dass wir die weissen Overalls angezogen haben, das war am 10. September 1994 auf der Demo gegen die Räumung des Sozialen Zentrums Leoncavallo in Mailand. Wir wollten eine harte Antwort geben und so geschah es auch. Die Zeitungen sprachen davon, dass in den Straßen einer brennenden Stadt die Jugendlichen aus den Zentren wie Gespenster umher gingen... Erst einige Jahre später haben wir das Ganze tiefer reflektiert... Und so tauchen die Tute Bianche 1998 in Rom wieder auf. Damals haben einige Soziale Zentren, die die »Charta von Mailand« unterstützten – in der der Kampf um ein Existenzgeld auf die Tagesordnung gesetzt wurde –, beschlossen, diese Rahmenforderung im lokalen Kontext konkret und sichtbar zu machen. So stiegen sie mit weißen Overalls bekleidet in Busse und verteilten gefälschte Fahrscheine, auf denen ein kostenloser Nahverkehr für Arbeitslose, prekär Beschäftigte, MigrantInnen und alle ohne regelmäßiges und ausreichendes Einkommen gefordert wurde. Noch im gleichen Jahr beginnen Tute Bianche damit bei Live-Übertragungen zu Dutzenden in Fernsehstudios einzudringen, in Theatern und bei Konzerten auf der Bühne zu erscheinen oder bei Kongressen aufzutreten, die die Aufmerksamkeit der Medien erregten. Sie taten es um

Misstände aufzuzeigen, Solidarität mit oder den Kampf gegen etwas zu verkünden. Die Themen waren Migration, der Kampf um das Existenzrecht der zapatistischen Gemeinden, das Recht auf freie Bildung und Existenzgeld.

*Warum habt ihr dafür die weißen Overalls gewählt?*

Chiara: Das hat vornehmlich zwei Gründe. Erstens, die Tute Bianche beziehen sich auf den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, also von einem Akkumulationsregime, das auf der großen Fabrik und den Fließbandarbeitern mit seiner rigiden und parzellierten Beschäftigung, als zentrale Figur der Produktion und des Konflikts beruht, zu einem flexiblen, netzförmigen System in dem die atypische und selbstständige Beschäftigung explosionsartig zunimmt und die Produzenten nicht mehr homogen, sondern plural, verschieden und nicht mehr auf eine Subjektivität als Bezugspunkt zurückzuführen sind. Gemeinsames Merkmal bleibt die Enteignung, die noch größere Ausmaße annimmt, als in der Vergangenheit, da in einem System, dass Intellekt, Sprache, Affekt und Beziehungen in Wert, das gesamte Leben »in Arbeit gesetzt«, und als Ganzes der kapitalistischen Herrschaft unterworfen wird. Früher sind die Arbeiter mit ihren Blaumännern auf die Straße gegangen, heute gehen wir mit den weißen Overalls demonstrieren. Die Idee ist, dass die Verschiedenartigkeit nicht einfach nur nebeneinander steht, sondern Weiß als Summe der verschiedenen Farben benutzt wird, als Darstellungsform für eine Vielfältigkeit verschiedener Subjekte, die sich gemeinsam gegen die kapitalistische Herrschaft auflehnen und sich innerhalb des Konfliktes als eine einzige Multitude<sup>1</sup> wieder erkennen.

1 U.a. von Toni Negri und Michael Hardt in die Debatte eingeführter Begriff: Die aktuelle Produktionsweise ist durch Verbreitung von Kooperation, Kreativität, Autonomie und Intellektualität in nahezu allen Arbeitsbereichen gekennzeichnet. Hierarchien werden abgebaut, um die produktiven Kräfte der neuen Arbeitenden freizusetzen. Und Arbeit umfasst heute alle Lebensbereiche. Diese schöpferische Vielheit, die sich und ihre produktive Tätigkeit weitgehend unhierarchisch selbst organisiert (wenn auch zum Nutzen des Kapitals), wird in Anlehnung an Spinoza Multitude genannt. Die kreativen Kräfte der Multitude sind das potentielle Subjekt des Widerstands.

Zweitens, in der klassischen Ikonografie stellt weiß die Farbe der Gespenster dar. Es ist ein Symbol für Unsichtbarkeit. Die Unsichtbarkeit der »ohne«: ohne Arbeit, ohne Papiere, ohne Garantien, ohne entsprechende Staatsbürgerschaft, ohne Rechte.

*Welche Medienwirkung entwickeln die Tute Bianche bei ihren Aktionen? Welche Veränderungen der Kommunikation haben sie hervorgebracht?*

Federico: Die zur Schau gestellte Unsichtbarkeit, die denen ins Gesicht geschleudert wird, die dafür verantwortlich sind, oder schuldig, weil sie schweigend zustimmen, führt zu einem Umkehreffekt. Die breite Sichtbarkeit ist nicht von einem »freundlich gesinnten« Journalisten erbettelt, sondern sie wird – zumindest am Anfang – erobert, und zwar mit spektakulären Aktionen an Orten oder zu Gelegenheiten, die sich im Blickfeld der Medien befinden: Wenn sich das Fernsehen oder die Presse für vieles was wir zu sagen haben nicht interessieren, dann suchen wir sie... Basierend auf der Analyse der Zentralität der Medien beginnt also die Phase des Eindringens in den medialen Raum. Mit der Zeit findet ein Rollenwechsel statt. Die Tute Bianche sind ein kleiner Akteur auf dem politischen Parkett, doch von der Spektakularität aus betrachtet, sind ihre Aktionen weit aus »appetitregender«, als jene der traditionellen Akteure. Mit Medien, die bereit sind einem Raum zu geben, kann man viel anstellen. Man kann sogar einem ganzen Land ankündigen, das man vorhat mit Helmen auf dem Kopf auf die Straße zu gehen, die Körper mit Schaumgummi und aufgeblasenen Lastwagenschläuchen zu schützen und damit das Recht in Anspruch zu nehmen, sich einer als illegitim betrachteten Entscheidung zu widersetzen. Das geschah am 19. Januar 2000 bei der Demonstration für die Schließung des Abschiebeknastes in Via Corelli in Mailand, als einige hundert Tute Bianche, gefolgt von einer Demo von 10.000 Personen, eine Polizeikette durchbrechen und die Schließung des Abschiebeknastes herbeiführen.

Chiara: Der Sieg ist allerdings nicht militärisch, Tausende Polizisten, die uns vom Abschiebeknast trennten, konnten nicht überwunden werden. Aber die Auseinandersetzungen haben ein ungeheures Aufsehen in allen Fernsehkanälen verursacht und

die Regierung sah sich gezwungen die unmenschlichen Zustände zu erklären, die eine Delegation Protestierender, im Abschiebeknast vorfand. Nur wenige Tage später verkündete der Innenminister die Schließung des Knastes aufgrund der inakzeptablen hygienischen und gesundheitlichen Zustände und der Missachtung einiger grundlegender Menschenrechte.

*Die Tute Bianche reden von »zivilem Ungehorsam«. Dieser Begriff hat eine gewisse Geschichte. Was genau versteht ihr darunter?*

Chiara: Wir wollen innovativ sein und in das Konzept des zivilen Ungehorsams und des Widerstandsrechts neue Inhalte einführen. Es geht nicht nur darum NEIN zu sagen, Widerstand gegen die souveräne Macht zu leisten, sondern wir müssen die Gesetze, Regeln, Normen und Institutionen, die politische, ökonomische und juristische Ordnung radikal in Frage zu stellen. Das bedeutet vor allem auch, ein positives Recht zu postulieren: Das Recht der rebellischen und antagonistischen Gemeinschaften Formen der Kooperation und des kollektiven Lebens zu schaffen, die – im Verhältnis zur herrschenden Ordnung – »anders« sind. Auf dieser Grundlage ist es richtig, notwendig und möglich die eigenen Räume und Rechte mit allen Mitteln zu verteidigen, auch durch Aktionen zivilen Ungehorsams, die den jeweiligen Situationen und allgemeinen Kräfteverhältnissen angemessen sind.

*Inwiefern wollt ihr das Konzept des zivilen Ungehorsams »ausdehnen«, wie ihr es selbst formuliert habt?*

Federico: Der zivile Ungehorsam ist ein Instrument, das in der Lage ist Konflikt und Zustimmung zu erzeugen, so lange es nicht von der Radikalität und der Praxis eines gemeinsamen Zieles abfällt. Wenn etwa die mediale Anklage gegen Abschiebeknäste nicht mehr reicht und wir ihre Schließung für notwendig halten, dann werden zur Erreichung des Zieles andere Mittel notwendig sein, als die bloße Selbstverteidigung mittels der Körper. Damit will ich sagen, dass der zivile Widerstand sich in seinen Formen nicht immer gleichen kann, die Formen müssen an den Zielen ausgerichtet sein und das bedeutet die Grenzen

weiter auszudehnen, die Illegalität in Legalität zu verwandeln, die Zustimmung für den Feind zu reduzieren.

*Die Tute Bianche sprechen häufig vom »Körper«, welche Rolle spielt der Körper im Konzept der Tute Bianche?*

Chiara: So wie in der Vergangenheit die Arbeiter mit ihren Arbeitswerkzeugen auf die Straße gingen (Schraubenschlüssel, Sichel, Hammer), tun wir es heute mit unseren: Körper und Gehirn, die so wertvoll sind, dass wir beschlossen haben sie mit Helmen, Schildern, Schaumgummi, aufgeblasenen Schläuchen und Plexiglas zu schützen. Um unsere Ziele effektiver verfolgen zu können, verwenden wir auch aktive Mittel, also Katapulte, dekorierte Wägen und all das, was unsere Phantasie hervorbringt. Der auch kollektiv geschützte Körper, schafft Frauen und Männer, die wieder zu Protagonisten des Konfliktes werden, da die Praxis einschließend ist und die Angst überwunden wird, die entschlossen sind im Erreichen der Ziele, jedoch ohne Schwerverletzte oder Verhaftungen. Es handelt sich nicht nur um eine subjektive Aneignung des Körpers, sondern es geht darum, ihn in eine Dimension einzuführen, in der Handeln und Sein nicht mehr voneinander getrennt sind, sondern in einem einzigen Mechanismus der Subjektivitätsproduktion zusammenfließen, der zugleich singular (aber nicht individualistisch) und kollektiv (aber nicht normalisierend) ist. Es geht darum ihn in die Dimension der Biopolitik einzuführen, der Politik des Lebens, der Politik der Körper.

In der Via Corelli in Mailand waren die GenossInnen mit luftgefüllten Lastwagenschläuchen gepolstert, um zwischen die Körper der DemonstrantInnen und der Polizei ein Element zu stellen, das sowohl die Sichtbarkeit, als auch den Kontakt blockiert, also den eigenen politischen Raum als biopolitisch und nicht mehr als disziplinatorisch affirmiert. Biopolitik ist die Form von Politik, die aus dem Inneren des post-disziplinatorischen Paradigmas der Kontrolle, die Möglichkeit eines kollektiven Handelns wieder rekonstruiert. Die Gefahr wäre, sich in der Epoche zu irren und zum einzigen kollektiven Handeln zurückzukehren, das wir glauben zu kennen, jenes vis-a-vis, die Gegenüberstellung, die so deutlich definiert ist, dass sie mitt-

lerweile zu der alten Auseinandersetzungsform der Disziplin gehört. Die auf den Körpern der GenossInnen angebrachten Gummireifen bedeuten hingegen den Übergang zu einer anderen Grammatik des Politischen: Die Materialität der Körper, ihr Gewicht und ihre störende Anwesenheit betreten die politische Bühne. Die Herrschaft hatte sich ihre Oberfläche angeeignet, aber die biopolitische Subjektivität entdeckt ihre Materialität, ihre Tiefe, das Fleisch wieder. Und während die Körper ab Seattle als »Blockade-« oder »Abfederungswerkzeug« benutzt wurden, verwandelten sie sich in Quebec, in Göteborg und in Genua zu Mitteln der Belagerung. Vom Ziel der Blockade ging man zu dem der Invasion und Besetzung der Gipfelareale über. Der Körper kehrt als konkretes Symbol des zivilen Ungehorsams wieder und ist das Paradigma dieser Ära der Biomacht, der Kontrolle über das Leben selbst, die im Namen des globalen Marktes ausgeübt wird. Er wird kollektiv geschützt gegen eventuelle Reaktionen der Stoßtrupps, die aus dem Gehege gelassen werden. Die Stoßtrupps müssen auf Distanz gehalten werden. Deren Ziel ist es, die Körper zu massakrieren und die Kontrolle über die direkte Aktion zu entreißen, damit sie keine Zustimmung mehr erhält und in ganz konkreter Hinsicht auf das angestrebte Ziel wirkungslos wird. Unser Ziel ist es, sie auf Abstand zu halten, die Belagerung aufrecht zu erhalten und zu versuchen eine Bresche zu öffnen, durch die die Multitude körperlich hindurch kann.

*Haben sich nur die Aktionsformen oder auch die Inhalte verändert?*

Federico: Unser Ziel bleibt die radikale Transformation des Status Quo. Aber die Rezepte sind nicht unfehlbar. Die Lektion des »fragend laufen«, die wir von den Zapatisten gelernt haben, bezieht sich auf Form und Inhalte. Der zivile Ungehorsam ist nicht für jede Situation die richtige Antwort. Es geht nach wie vor um die Befreiung vom Zwang der Arbeit, von der Sklaverei der Lohnarbeit, noch viel mehr innerhalb eines Produktionssystems, dass die Arbeit massiv reduziert, aber die Bürgerrechte und gar das Existenzrecht weiterhin an die Lohnarbeit koppelt. In diesem Rahmen steht z.B. auch der Kampf um das Existenz-

geld. Oder das Problem der Grundrechte für MigrantInnen, dem letzten Glied in der kapitalistischen Verwertungskette dieser postfordistischen Epoche, neue Sklaven mit dem Status von »Nicht-Personen«, denen selbst das Recht auf Bewegungsfreiheit negiert wird, während zugleich der Abbau von Grenzen für die Zirkulation von Waren und Geld weiter geht.

Aber es ist schwer die Welt zu beschreiben, in der wir diese Angelegenheiten lösen wollen. Es gibt nicht die wir vorschlagen und deren Messias wir sind. Es muss wohl viele Welten geben, so wie auch die am Kampf gegen den Neoliberalismus beteiligten Strömungen viele und verschieden sind, wie auch die Welten, die diese erträumen und in der Praxis der Selbstorganisation ausprobieren. Mit Sicherheit kann keine abwartende Haltung eingenommen werden, während man sich auf die Stunde X vorbereitet, der Zeitpunkt des revolutionären Bruchs als einziger lebenswerter Augenblick. Das Imperium gegen das wir kämpfen, hat seine Vasallen und Lehnsherren, die Elend säen und täglich Opfer fordern und deswegen muss man auch täglich gegen dieses Imperium rebellieren.

*Es gab einige Polemiken in Reaktion auf eine Erklärung der Tute Bianche, in der es hieß, ihr hättet keine »Ideologie«. Was meint ihr damit?*

Chiara: Wir haben während der vergangenen Jahre einige politisch-praktische Übergänge definiert. Dies geschah auf der Grundlage einer tiefgreifenden theoretischen Reflexion, die, auch wenn sie oft chaotisch und widersprüchlich war, immer auf die höchste intellektuelle Ehrlichkeit und die politische Praxis sowie ihre Effizienz ausgerichtet war, auf jene »revolutionäre Radikalität«, die für unsere Militanz konstituierend ist.

Es handelt sich um eine »Radikalität«, die sich auf der Suche befindet nach neuen Formen, neuen Öffnungen und Horizonten, einem »neuen Anfang«, aber deswegen nicht weniger entschlossen ist! Es handelt sich um eine »Radikalität« die sich von praktischen Erfahrung nährt, von den konkreten Formen, durch die sich unsere politische Aktivität entwickelt, die Anknüpfungspunkte findet, Arbeitsprogramme realisiert, Ziele erobert und Kräfteverhältnisse verschiebt. Der historische Materialismus,



die transformative und materielle politische Praxis, die Analyse und der Kampf gegen die Erscheinungsformen der Macht und die soziale und revolutionäre Befreiung, das ist weiterhin unser Horizont. Das ist aber weder ideologisch, noch idealistisch!

So gesehen hat unser Bruch mit der »Tradition« in all ihren Varianten nichts mit den Modephilosophien, den Allgemeinplätzen des Postkommunismus zu tun. Im Gegenteil, wir stehen für das Lancieren eines neuen und starken revolutionären Projektes, radikal und subversiv: Nur, dass es eben Charakteristiken annimmt, die ganz anders sind, weil sich die historischen Bedingungen verändert haben. Es ist das gesellschaftliche Sein, welches das Bewusstsein bestimmt und nicht anders herum...

Das bedeutet auch, das alle theoretischen Hypothesen und Formen der politischen Aktion und sozialen Praxis sich unvermeidbar in Ideologien, in puren »Idealismus« verwandeln, wenn sie aus dem konkreten historischen-materialistischen Kontext heraus getrennt werden, wenn sie über die Bedingungen und Voraussetzungen, die sie hervor gebracht haben, hinaus »konserviert« werden. Die Marx'sche Kritik an der politische Ökonomie wandte sich gerade gegen die Verewigung und Naturalisierung der ökonomischen Kategorien. Bemerken denn viele der »Traditionalisten« nicht, dass sie den gleichen Fehler mit anderen Vorzeichen wiederholen? Dass sie, eine gewisse »Form« der Produktivkräfte, der Produktionsverhältnisse und der Klassenzusammensetzung – die überholt sind – verewigen, naturalisieren und enthistorisieren?

*Ihr verwendet häufig das Wort »Konflikt«, was meint ihr damit?*

Federico: In der postfordistischen Epoche hat sich die Dimension des Konflikts verändert: Alles wird in Wert gesetzt, wird produktiv, nicht nur die Arbeit in der Fabrik, sondern das Leben als Ganzes, das Wissen bzw. die Kenntnisse, die Kooperations- und Kommunikationsfähigkeit, die Beziehungen, die Territorien selbst, ihre Naturressourcen, die menschlichen und sozialen Ressourcen. Eine Vielzahl »produktiver Netze« umspannt die gesamte Welt und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hat eine totale, umfassende Dimension erreicht, bis hin zur Kolonisierung des Lebens selbst. Wir leben bereits in-

mitten dieser »Subsumtion« und beginnen die ersten Schritte in dieser Welt zu machen, in der wir neu erlernen müssen, wie wir Widerstand leisten, kämpfen, revolutionäre und radikale Alternativen schaffen. Es ist offensichtlich, dass dieser Wandel, da er auf der Basis der Niederlage der alten Transformationshypothesen heranreifte, genau diese auch obsolet macht.

Wir könnten auch sagen, dass die reale Subsumtion das Ergebnis der Kämpfe und Klassenantagonismen ist, aber einmal abgeschlossen, stellt dies einen Paradigmenwechsel dar. Die alten Formen und Modalitäten den Antagonismus zu entwickeln sind unpassend. Die Klassenverhältnisse und die Klassenzusammensetzung selbst verändern sich. Und es ist nur logisch, dass auch das revolutionäre politische Agieren, ein neues Projekt der radikalen Transformation des Existierenden, sich anhand dieses Pradigmenwechsels reartikulieren muss: ausgerichtet an den epochalen Veränderungen der Organisierung der Arbeit und an der kapitalistischen »Inwertsetzung« aller Bereiche.

Es existiert kein zentraler Produktionsort und keine Zentralität der Arbeiterklasse aus den Fabriken mehr, sondern die netzförmige Ausdehnung der gesellschaftlichen Produktion an jedem Ort, über jede Grenze hinaus und die Zunahme der Vielfalt der Figuren der Produktion.

Im vollen Prozess der »reellen Subsumtion« findet man auch die stärkste Entfaltung der gesellschaftlichen Produktion unter kapitalistischem Kommando: Aber diese Macht ist nicht die Macht des einen, sondern der vielen. Es handelt sich nicht um Vereinheitlichung und Homogenisierung von oben, gemäß einer rigiden, hierarchisch-bürokratisch-formalen Ordnung wie im Taylorismus/Fordismus, sondern um eine »Inwertsetzung« einer unendlichen Vielzahl von und eines Reichtums an Kapazitäten und Ressourcen individueller und kollektiver Art, die sich vernetzten, ein komplexes und hoch differenziertes System von »Verknüpfungen« und Produktionsketten schaffen, die sich global ausdehnen. Die alten Identitäten wie »Klasse« oder »Volk« (im Sinne von Bevölkerung) waren auch in ihrer antagonistischen und radikalen Variante darstellbar und definiert: sie haben die Entstehung und Entwicklung des Nationalstaats begleitet, bis hin zur Affirmation des fordistischen Modells und des

Wohlfahrtsstaates. Aber nun lösen sie sich auf, weniger durch die »Globalisierung«, als viel mehr durch die Mutation des Produktionsmodells.

Davon ist die Globalisierung vor allem gekennzeichnet. Wir sehen uns einem dynamischen und offenem System gegenüber, in dem die geopolitischen Veränderungen der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, die Veränderung der sozialen Zusammensetzung, der Arbeitskraft und der Produktion selbst, nach einer extrem komplexen und breiten Fähigkeit zur politischen Analyse und zum politischen Handeln verlangen. Ein politisches Handeln, das im Stande ist, in der Zivilgesellschaft immer weiter fortgeschrittene, hegemoniale und allgemein geteilte Positionen zu erobern; Beziehungen und Verhältnisse von unten rekonstruiert, überall Embryonen einer »solidarischen Zivilgesellschaft« gegen den Neoliberalismus erschaffen kann; die in den komplexen Netzwerken der weltweiten Ökonomie an den Schnittstellen zwischen dem Lokalen und Globalen »Orte« des Widerstands, des Antagonismus, des Ungehorsams, des Widerspruchs und zugleich konkrete Projekte und Alternativen der Transformation des Bestehenden affirmieren kann.

Der Konflikt geht für uns heute – antagonistisch und »dialektisch« gesehen – nicht so sehr vom Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit aus, sondern viel mehr vom Bruch dieses Verhältnisses: von der Nicht-Arbeit und vom Nicht-Kapital. Tatsächlich hat die »Nicht-Arbeit« nicht bloß negative Charakteristik – die der Verweigerung gegenüber der konstituierten Ordnung und der Ausbeutung –, sie kann auch »positive« Konnotationen annehmen, wie etwa das gemeinsame kooperativer Tätigkeiten, die nicht am Markt orientiert sind, sondern auf dem Gebrauchswert und der Entwicklung der gesellschaftlichen Kooperation beruhen.

*Welche Rolle spielt dabei die Kommunikationsfähigkeit?*

Federico: Nach dem zapatistischen Marsch nach Mexiko Stadt haben wir aufmerksam die enge Beziehung zwischen Konflikt und Übereinstimmung analysiert. Der Konflikt ist eine Notwendigkeit, aber die Übereinstimmung ist ein Bedürfnis und sich mit Sprache und Ausdruck zu beschäftigen ist eine absolut

notwendige Angelegenheit. Wir haben den Sinn der Einführung einer »neuen Sprache«, neuer Ausdrucksweisen, von Seiten der ZapatistInnen häufig unterschätzt. Wir hatten die enge Beziehung, die zwischen der Notwendigkeit des Konfliktes und dem Bedürfnis nach Übereinstimmung besteht, nicht wahrgenommen. Bis wir einige Millionen Menschen gesehen haben, die sich um die Comandantes drängten und die EZLN zu etwas ungeheuer Starkem in ganz Mexiko gemacht haben. Die ständige Suche nach der »Sprache«, verstanden auch als Handeln, die Suche nach dem Konflikt, der Übereinstimmung/Zustimmung hervor bringen kann, hängt mit dem Herrschaftsmechanismus zusammen, dem wir in dieser Ära unterworfen sind. Eine nicht nur materielle, sondern auch kognitive Beherrschung, ein Kommando auf Meinungen, Gefühle, Informationen. Um die Multitude zu bewegen, um eine Vorwegnahme einer anderen Gesellschaft herzustellen, braucht es nicht nur »Bewusstsein«, sondern auch »Enthüllung«. Um das Kommando über Meinung, produziert mittels der Herstellung von Meinung, Überzeugung, Informationen, Nachrichten, Eindrücken, zu kontrastieren, muss man genau davon andere erzeugen.

Ohne dies ist der Konflikt immer ineffizient, ein Kampf ohne Waffen, unnützlich, verzweifelt. Ganz banal ausgedrückt: Wenn wir nach einer Aktion, nach einem Kampf, einem Weg, weniger sind als vorher, dann denken wir besser darüber nach. Wenn die ZapatistInnen die geblieben wären, die sie beim ersten Aufstand von 1994 waren, dann hätten sie inne gehalten. Es ist kein Zufall, dass die jüngste Erfahrung des Marsches »der neue Aufstand« genannt wird. Es ist klar, dass der bewaffnete Aufstand vom ersten Januar 1994 nie eine militärische Lösung vorsah. Und vielleicht gibt es die Zapatisten gerade deshalb noch und vielleicht sind sie gerade deshalb stärker als vorher. Es ist aber ebenso Fakt, dass sie, um existieren zu können, um sprechen zu können, sich zunächst bewaffnet erheben, die eigenen Gemeinden verteidigen und sich auf eine Auseinandersetzung vorbereiten mussten. Es hätte niemals eine Rede von verummumten Indianern im Parlament gegeben ohne den Aufstand. Wer reden will, muss auch rebellieren.

## Forza Italia? Forza Mafia!

Eine Partei als Unternehmen, virtuelle Partei oder Partei der »IVA-Einheiten«<sup>1</sup>. Das sind nur ein paar Etiketten für die von Silvio Berlusconi gegründete politische Bewegung, die seit acht Jahren die meistgewählte Partei Italiens ist. Der Einbruch von Forza Italia in die politische Landschaft hat nicht nur die Kriterien der politischen Analyse über den Haufen geworfen und die »Eroberung« der politischen Macht durch die Linke auf unabsehbare Zeit verschoben. Er hat auch viele politische Beobachter aus dem Gleichgewicht gebracht, die, statt dieses neue und erstaunliche politische Phänomen wissenschaftlich zu untersuchen, sich häufig mit Polemiken begnügen.

Niemand, auch nicht bei den »Fortschrittlichen«, hat bisher eine ernstzunehmende Untersuchung von Forza Italia gemacht, die die Gründe und die Art und Weise der Entstehung sowie die Kommunikationsstrategien und die Organisationsstrukturen, die den Überraschungssieg bei den Parlamentswahlen 1994 ermöglichten, nachzeichnet. Auch die organisatorischen und politischen Schwierigkeiten, die den Sturz der ersten Regierung Berlusconi und ihre Wahlniederlage 1996 bestimmten, wurden nie dargestellt.

Als Konsequenz dieser Niederlagen überarbeitete Forza Italia die Struktur und die Organisation der Partei. Dadurch konnte Forza Italia sich wieder aufzuraffen und nach einer Reihe siegreicher Wahlen (Europawahl 1999, Kommunalwahl 2000 und Parlamentswahl 2001) an die Regierung zurückzukehren. Sie belehrte jene eines Besseren, die sie als politische Sternschnuppe sehen wollten. Forza Italia präsentierte sich als neue politische Kraft, ohne Modalitäten einer Leitung und politischen

1 Jene, die Mehrwertsteuer (IVA) abführen, also Freiberufler, Selbstständige und Unternehmer.

Struktur, wie sie die traditionellen »ideologisierten« Parteien charakterisieren. Diese Neuartigkeit, die Forza Italia zur ersten »post-ideologischen« Partei machte, wurde zumindest am Anfang durch die Menschen, Strukturen und die besondere Firmenkultur diverser Unternehmensgruppen des Fininvest-Konzerns ermöglicht. Der Konzern war vor allem im Dienstleistungsbereich tätig und zeichnete sich durch eine schlanke und aggressive Organisation mit einer hohen Anpassungsfähigkeit und schneller Entscheidungsfähigkeit aus, die typisch für postindustrielle Unternehmen ist.

Die gerichtliche Demontage der Parteien der Mitte hätte es der Linken erlaubt, die politische Macht zu erobern, das ließ sich an den Ergebnissen der Kommunalwahlen 1993 ablesen. Von dieser Aussicht alarmiert, begann Berlusconi ab Juli 1993 über ein Eingreifen in die Politik nachzudenken, im Rückblick gibt es gute Indizien für seinen genauen Plan »in den Ring zu steigen«.

Im Juli 1993 gab Berlusconi Umfragen über die politische Lage in Auftrag, wonach die Mehrheit der Italiener, die einer neuen Art von Politik – vertreten durch kompetente Männer der Zivilgesellschaft – zugeneigt war, sich politisch nicht nach links orientierte und sein Image schätzte. Die Kampagne zur Einführung des Slogans »Forza Italia« beginnt bereits 1993 mit dem Bild eines Kindes und dem Spruch »Fozza Italia«<sup>2</sup> auf Bussen in Hunderten italienischen Städten. Viele verwechselten dies mit einer simplen Werbung. Doch jede durchdachte Marketingstrategie ist langfristig angelegt.

Berlusconi kündigt in einer Reihe von Interviews die Möglichkeit an – zunächst nur die Möglichkeit –, dass er selbst »in den Ring steige«. Er macht sofort den Feind und die von ihm ausgehende Bedrohung aus: den Kommunismus. Die politische Bewegung, noch keine Partei, mit dem aufschlussreichen Namen »Forza Italia« ist, so der Cavaliere, den »Sprechchören, die die Fußballnationalmannschaft begleiten, entlehnt, und ruft deshalb die Einheit jenseits der Fraktionen, kollektive Begeisterung und das Vertrauen auf den Sieg hervor.« Innerhalb weniger

2 »Forza Italia«, wie von einem Kleinkind ausgesprochen.

Wochen entstehen Tausende Clubs und auf einem auf die Person Berlusconis zugeschnittenen nationalen Kongress wird er zum Präsidenten der neu entstandenen Bewegung nominiert und mit absoluter Macht ausgestattet.

Die charakteristischen Eigenschaften der Partei Fininvest werden im Herbst 1993 deutlich: »Es handelt sich um ein unternehmerisches Projekt, in dem nichts vernachlässigt wurde, vom Allgemeinen bis ins Detail«, versichert Berlusconi. Hinter seiner politischen Identität und dem populistischen Banner einer modernistischen Rechten verbirgt sich der aktualisierte destabilisierende »Plan zur Wiedergeburt«, den die Loge P2 Mitte der siebziger Jahre ausgearbeitet hatte. Es sind die gleichen Voraussetzungen, analoge Gedanken, der selbe Ansatz.

Im März 1981 wurden die Listen der Freimaurerloge P2 entdeckt. Aus ihnen geht hervor, dass Silvio Berlusconi seit dem 26. Januar 1978 zu der Loge gehörte, mit dem Mitgliedsausweis Nr. 1816. Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zur P2 wird zeigen: »Einige Finanzakteure (Genghini, Fabbri, Berlusconi) finden Unterstützung und Finanzierung jenseits jeder Kreditwürdigkeit.«

So wie die Loge P2 entsteht auch die Partei Berlusconis nicht in Folge soziopolitischer Prozesse: Beide »Vereine« konstituieren sich als Initiative mächtiger Männer, die beabsichtigen, aus ihnen ein Machtinstrument zu machen. Bevor sie eingetragene Mitglieder zählen, stehen bereits Führungspersonen und ein politisches »Programm« zur Verfügung, dank derer sie »qualifizierte« Anhänger suchen – so wie Sekten es tun. Ebenso wie die Loge P2 entstanden war, um gewaltige finanzielle Logeninteressen durch die direkte Kontrolle der politischen Macht zu wahren, entstand auch »Forza Italia« um die politisch-finanzielle Macht der Unternehmensgruppe Fininvest und ihrer Gründer zu erhalten (eine Macht, die nach dem Zusammenbruch des Regimes der DC und PSI keine Interessensvertretung mehr besaß).

Der »Plan zur Wiedergeburt«, den die P2 entwickelte, entstand unter dem Banner eines äußerst virulenten Antikommunismus, auch wenn die PCI unter Berlinguer inzwischen de facto eine sozialdemokratische und westorientierte Partei war. Auch

die Partei Berlusconi entsteht unter der Flagge des Antikommunismus, obwohl die PCI nicht einmal mehr existiert, einzig aus der Angst, dass die Linke an die Regierung kommen könne. Berlusconi fürchtet, dass ein Wahlerfolg der »Progressisten« den wirtschaftlichen Interessen, die die Fininvest direkt und indirekt vertritt, schaden könne und dass die politische Rückendeckung, die sie bis 1993 erhalten hatte, zusammenbreche.

Nach Auflösung des Parlaments werden für März 1994 Neuwahlen angesetzt. Im Januar gibt Berlusconi ein Interview im Fernsehen, in dem er erklärt, die Entscheidung sei gefallen: Er werde an den Wahlen teilnehmen. Die wenigen Schlüsselbegriffe sind sehr deutlich: Die »Bedrohung«, die die PDS darstelle; dass die Menschen »gerufen« hätten, woraufhin Berlusconi »in den Ring gestiegen« sei; das »Versprechen« eines neuen italienischen »Wunders«, mit Verweis auf die »wunderbare« wirtschaftliche Entwicklung nach dem Krieg; die Betonung der Erfahrung Berlusconi, seiner Kompetenz und seines Erfolgs als großer Unternehmer. Dann das »doppelte Bündnis«, der geschickte Schachzug, die Kräfte der italienischen Rechten, MSI-AN und Lega Nord, zu bündeln und die zwischen ihnen bestehenden programmatischen und ideologischen Inkompatibilitäten zu überbrücken. Seine absolute Macht und der vage Charakter seiner Bewegung erlaubten Berlusconi, zwei Kräfte zu einen, ohne sie zu einer expliziten Vereinbarung zu zwingen. Zwei Kräfte unter einer stark personifizierten Führung.

Die Wahlkampagne wurde bis ins kleinste von der Berlusconi gehörenden Consultingfirma Publitalia geplant, auffällig war der massive Einsatz von Umfragen und Fernsehspots. Der Wahlerfolg war überraschend, die Unternehmen der Fininvest waren also in der Lage, auch ein »politisches Produkt« erfolgreich zu verkaufen.

Dieser Umstand ist sehr wichtig, denn er signalisiert das endgültige Ausscheiden der politischen Kräfte mit hierarchischen Strukturen, also der Kräfte, denen es unmöglich war, sich innerhalb einer Wahlkampagne von wenigen Monaten zu reformieren und zu agieren. Mit anderen Worten: In einer stark individualisierten Gesellschaft, dominiert von Mittelschichten und geprägt von einer tiefen Legitimationskrise des traditionellen Parteien-

systems, seines Stils und seiner Werte, kommt die neue siegreiche politische Formel zur Geltung.

Diese Formel sieht so aus: »Ein Führer, ein »Apparat« (Berater, Experten und moderne Technologie) und eine »leichte politische Organisation« basierend auf Clubs.« Die gleiche »unternehmensartige« Struktur dieser Clubs und der Kongresse wurde sofort als »familiär« und »übereinstimmend« mit den Vorlieben eines großen Teils der Mittelschicht empfunden. Unbeliebt zwar bei den Intellektuellen, gefielen Struktur und politischer Stil der neuen Bewegung und ihr »Versprechen« eines Wunders, vor allem im Sinne der Schaffung neuer Arbeitsplätze, den Kräften der italienischen Wirtschaft und der Lumpenbourgeoisie, die kulturell mit dem Privatfernsehen aufgewachsen war. Das Versprechen wurde unterstrichen »durch den beruflichen Erfolg Berlusconi, der ein großes Wirtschaftsimperium »aus dem Nichts« aufgebaut hatte«. Seine immerzu freundliche Haltung und dieses Lächeln, was bis zur Parodie zur Schau gestellt wurde, spielten eine viel wichtigere Rolle, als es ein zynischer und skeptischer Intellektueller gewöhnlich annimmt.

Während die Ergebnisse von 1994 damit erklärt werden könnten, dass nur das Vakuum, das die fünf Parteien (DC, PSI, PSDI, PLI, PRI) hinterließen, gefüllt wurde, belegen die Siege – also das erfolgreiche »Produktmanagement« in den folgenden Jahren –, dass die glitzernde Hülle der Forza Italia einiges für manche Konsumenten schmackhaftes enthält. Weshalb man aber nicht auf die Entrüstung über die andauernde Verletzung der Grundregeln einer liberalen Demokratie durch Berlusconi verzichten kann, wie es viele tun, die Italien nur im Übergang von einer Politik, deren Kommunikationsweise in der Nachkriegszeit verblieben war, zu einer Strategie auf mit neusten Kenntnissen und Erfahrungen sehen.

Die politische und organisatorische Leitung der Partei war weniger einfach. Bald sahen sich die Clubs in einer Randposition und viele Gewählte fühlten sich von der Figur des Anführers erdrückt. Die kurze gescheiterte Regierungszeit brachte Berlusconi dazu sich stärker mit der Organisation der Bewegung zu beschäftigen. Er hatte sie »leicht« und meinungsgeprägt gewollt, mit wenig Personal organisiert und gestützt auf das Vertrau-

ensverhältnis, das ihn mit den von ihm ernannten Leitungen verband; eine Partei der Auserwählten, nicht eine traditionelle Partei »der beigetretenen« Mitglieder, die die Partei auf lokaler Ebene, zumindest formal vertreten und leiten sollten.

Die Struktur der Basis war absichtlich schwach, fast nicht vorhanden – doch die Rückschläge bei den Kommunalwahlen und bei den Parlamentswahlen 1996 drängten Berlusconi, die »leichte« Partei robuster zu machen. Dies wurde dem ehemaligen Exponenten der DC, Claudio Scajola, dem zukünftigen Innenminister (auch während des G8 in Genua), übertragen. Die Partei wurde umfassend nach traditionelleren Modellen umgemodelt und man gab ihr eine Verwurzelung vor Ort, mehr interne Demokratie und eine Struktur, die die Führung von oben mit Partizipation und von unten kombinierte. Das Modell hat sich als erfolgreich erwiesen und auch wenn Forza Italia noch heute als die Partei Berlusconis angesehen wird, hat sich intern eine politische und leitende Klasse entwickelt, wenn auch mit »wiederverwerteten« Männern anderer Parteien. Diese Klasse hat sich von dem Wirtschaftsunternehmen gelöst und vertritt ein politisches Projekt, das eine weitgehende organisatorische und finanzielle Eigenständigkeit erreicht hat.

Forza Italia musste sich zur Sicherung des Erfolges auf der Grundlage der »verworfenen« Parteimodelle neu formieren. Sich durchzusetzen ist nicht zuletzt dank der Inszenierung politischer Ereignisse als Spektakel und der Anwendung von Marketingkonzepten im politischen Wettbewerb, die die Bedeutung der Politik mindert und die Wähler zu Konsumenten zu reduzieren scheint, gelungen.

Der Blick muss erweitert werden auf die allgemeine Werteskala und die bis jetzt – auch bei der Linken – angewandten Techniken, mit denen um Zustimmung geworben wird. Mit dem Wahlsieg vom Mai 2001 übernimmt die Koalition um Berlusconi (der sogenannte »Pool«) die Regierung. Im Parlament erobert sie mit 45,4% der Stimmen 367 Sitze (der »Olivenbaum«, ein Zusammenschluss von Mitte- und Linksparteien, erhält 44,3% und 248 Sitze). Im Senat stellt sie mit 42,5% 177 Senatoren (Olivenbaum 38,7% – 128). Der Erfolg von Forza Italia kann kaum mehr als der Glückstreffer einer Kunstpartei betrachtet

werden, sondern als unternehmerische Marketingstrategie zur Eroberung eines Marktes. Zum »Kauf« dieses Produktes sind die Wähler durch »Werberhetorik« und die Vertrauenswürdigkeit eines fähigen »Verkäufers« animiert worden. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass es kein Produkt gibt, was Millionen von Menschen bezaubern könnte, ohne irgendeinen Vorzug zu haben.

Doch nach mehr als einem Jahr setzt sich die Realität unabwendbar durch und zertrümmert den Schein: die sozialen Spannungen wachsen, der Autoritarismus nimmt zu und der Hass auf den Rechtsstaat wird immer deutlicher. Das blutige Debüt dieser Exekutive ließ sofort die hinterlistigsten Absichten durchscheinen. Die Arroganz der ersten Erklärungen, die Drohungen gegen die Opposition und die extrem harte Repression gegen die DemonstrantInnen beim G8 in Genua riefen die Periode der »Strategie der Spannung« ins Gedächtnis.

Alle bisher getroffenen Maßnahmen nützen nur den wohlhabenden Schichten und garantieren jenen von ihnen Straffreiheit, die mit der Justiz Schwierigkeiten hatten. Die unglaubliche Konzentration von Medienmacht um die Interessen eines Einzelnen wird in irrsinniger Weise gerechtfertigt und sogar gesteigert. Trotz allem setzt der Cavaliere beharrlich seine erprobte Strategie fort, die auf besessener Wiederholung illusorischer Konzepte und Gemeinplätze sowie dem Einhämmern von Versprechungen beruht.

Hier nur einige der skandalösen Entscheidungen der Regierung Berlusconi:

- Abschaffung der Erbschaftssteuer: Interessiert nur die reichste Schicht des Landes (existierte bereits für Vermögen unter 500.000 Euro). Auf diese Weise wird vor allem Seine Eminenz ihr atemberaubendes Vermögen (ca. 17 Milliarden Euro) an Kinder, Geschwister, Patenkinder und Freunde überschreiben können, ohne einen Cent Steuern zu bezahlen.
- Gesetz über internationale Rechtshilfeersuchen: Ein Ersuchen ist eine Anfrage, die ein Richter an einen Richter bei einem anderen Gerichtshof stellt. Dies ist notwendig zur Zusammenstellung bestimmter Prozessakten, für die der anfra-



gende Richter territorial nicht zuständig ist, zur Erhebung von Beweismitteln oder um Fragen zu laufenden Verhandlungen zu klären. Um einige bekannte Mächtige aus den Krallen der unerträglichen Justiz zu befreien, wurde ad hoc ein Gesetz zusammengestrickt, das Rechtshilfeersuchen und den freien Verlauf von Ermittlungen behindert.

- Änderung des Art. 18 (Kündigungsschutz): Um jemanden auch ohne berechtigten Grund entlassen zu können.
- Neues Einwanderungsgesetz.
- Steuererleichterung bei der Rückführung von unerlaubt ins Ausland transferiertem Kapital.
- EU-Haftbefehl: Die 32 für den Erlass eines EU-weiten Haftbefehls vorgesehenen Straftatbestände finden die Zustimmung aller EU-Staaten außer Berlusconi Italien, dem beim Gedanken an einen EU-Haftbefehl für Steuerkriminalität schaudert.
- Art. 71 der Finanzreform 2001: Wer den Staat durch illegales Bauen auf Staatsland betrogen hat, darf nun das Land kaufen und ist damit automatisch vom Vorwurf der illegalen Bautätigkeit befreit. Unter der vorherigen Regierung war ein 14-prozentiger Rückgang der illegalen Bauten zu verzeichnen, eine Tendenz, die von der Mitte-Rechts-Regierung wieder umgekehrt wurde: 2001 sind 28.276 Gebäude illegal errichtet worden.
- XIII. Schlussbestimmung der Verfassung: Abschaffung der Regel, die den männlichen Nachkommen des ehemaligen Königshauses Savoyen die Einreise und den Aufenthalt verbietet. Die ehemalige Königsfamilie könnte die Erstattung des beschlagnahmten Vermögens fordern, ohne auch nur die Erbschaftssteuer zu zahlen, die von Regierung abgeschafft wurde.
- Interessenkonflikt: Ein gelinde gesprochen unglaubliches Gesetz, maßgeschneidert auf eine einzige Person. Der bloße Eigentümer zahlreicher Unternehmen ist – im Unterschied zu ihrem Verwalter – nicht von den höchsten Regierungsämtern ausgeschlossen.
- Evaluation der Effizienz und der Produktivität der Justizbeamten: Der Minister Roberto Castelli hat beschlossen, die

Bewertung der Produktivität der Justizbeamten einer Kommission anzuvertrauen. Die Justizbeamten, kontrolliert von diesen unwiderlegbaren Experten, werden proportional zu ihrer Produktivität Gehaltserhöhungen bekommen.

- Straffreiheit für Bilanzfälschungen: Nicht an der Börse vertretene Gesellschaften können von nun an frei die Bilanzen fälschen. Die Regierung hat mit dem Erlass einer der drei handlungsweisenden Dekrete des Gesetzes 366/2001 de facto den Straftatbestand der Bilanzfälschung abgeschafft. Die Staatsanwaltschaft in Mailand hat das Ende von mehr als 100 Prozessen allein in dieser Stadt angekündigt, darunter auch Fälle, die gerade verhandelt werden. Die Straftat wird nun mit minimalen Ordnungsstrafe geahndet und verjährt nach viereinhalb Jahren, womit faktisch eine völlige Straffreiheit beschlossen wurde, da es unmöglich ist, in so kurzer Zeit eine endgültige Verurteilung zu erreichen. Für die an der Börse vertretenen Gesellschaften hingegen wird die Verjährungsfrist von fünfzehn auf siebeneinhalb Jahre gesenkt.

Eine eingehendere Analyse der Gesetzesinitiativen, der Vorhaben und des Verhaltens der Regierung Berlusconi in Sachen Justiz und ähnlichem würde einen breiteren Raum erfordern. Mehr noch als einzelne Aspekte muss die Bedeutung dieser Initiativen für die Institutionen und die Demokratie selbst erfasst werden. Die ersten Maßnahmen bezüglich Bilanzfälschung; Rechtshilfeersuchen u.a. waren besonders schockierend, weil sie von Kriterien und Zielen bestimmt schienen, die vor allem mit Einzelinteressen korrespondierten, ein Rettungsanker für einige herausragende Angeklagte, die natürlich alle zu den höchsten Ebenen der Regierungsorganisation gehörten.

Einen ganz ähnlichen Eindruck vermittelt der Punkt EU-Haftbefehl. Auch die Gesetzgebung zur Rückführung von Kapital aus dem Ausland enthält einen substantiellen Straferlass und eine formale Garantie der zumindest partiellen Straffreiheit. Das Gesetz zur Geschäftslegalisierung bietet neben den üblichen Erleichterungen für Unternehmer einen einzigartigen Straferlass für Umweltsünden und sogar eine Art Straferlass für die Verletzung von Sicherheits- und Hygienevorschriften.

Auch den Vorhaben, die aus Erklärungen und Parlamentsdebatten hervorgehen, muss Aufmerksamkeit geschenkt werden. Da geht es um das Disziplinarsystem der Justizbeamten, die Androhung der Unterordnung der Staatsanwaltschaft unter die Exekutive, die Stärkung der Immunität der Parlamentarier; die Weisungsbefugnis der Regierungsmehrheit bei der Frage nach Ausführung eines Strafverfahrens und der gesamten Aktivität der Justiz. Und schließlich hat das Gesetzesvorhaben zur »Befangenheit« in Italien zahlreiche Proteste herausgefordert. Dieses Gesetz würde Berlusconi und Previti, die wegen undurchsichtiger Finanztransaktionen im Mondadori-Prozess angeklagt sind, erlauben, die Richter abzulehnen und den Prozess aus Mailand fort zu verlegen.

Wenn wir all diese überdeutlichen Tatsachen zusammennehmen, erkennt man den Entwurf eines anderen und sehr viel weniger demokratischen System, als es jetzt selbst aus der flüchtigen Lektüre der geltenden Verfassung abzuleiten ist.

Der Wille, das öffentliche Leben durch die Entscheidungen eines Mannes zu beeinflussen, der im Namen der Möglichkeit Forderungen zu erfüllen, Zustimmung fordert und die Vermittlungsfunktion der Parteien ausschaltet, lässt sich angemessen als »Regime« bezeichnen. Das ist nicht einfach ein Relikt des unzureichend aufgearbeiteten faschistischen Regimes. Die Allgegenwärtigkeit der Medien erzeugt eine ganz andere Situation: Sie formen einen »homo videns« und können immer wieder erfolgreich »Meinung machen«, wobei sie die historische Rolle des Parlaments in diesem Bereich aushebeln; sie ermöglichen die Formation von »Personenparteien« und lassen die plebiszitären Impulse der Massen verwildern.

*Übersetzung: Elke Beyer*

**Marco Guarella**

## Die Lega Nord

Die Lega Nord ist keine folkloristische Erscheinung, wie die Kommentatoren sie lange abtun wollten. Sie ist ein kulturelles und soziales und politisches Phänomen und nur solches auch zu verstehen.

Ist die Forderung der Lega Nord nach einer Abtrennung des reichen, italienischen Nordens vom armen Süden Schnee von gestern? Vielleicht. Unterdessen genügt es, sich ein wenig in die Bilderwelten Norditaliens zu begeben, um zu verstehen, dass eine Sezession längst stattgefunden hat. Ein nicht geringer Teil der Menschen denkt, träumt und protestiert dort inzwischen anders als im Rest des Landes. Unbemerkt ist ein neuer Mensch herangewachsen und die Sezession steht in seinem Kopf an erster Stelle. Es ist eine mentale Ablösung von der Politik, vom Staat, von der Res Publica und dem Staatsgebiet. Diesem neuen »padanischen Volk« hat die Lega Mythologien gegeben und Berlusconi gab ihm Megafone.

Wenn wir einen Ausflug durch die Vorstellungswelten, Traditionen und Symbole des Nordens (die Flüsse, die Kirchtürme, die Brücken) unternehmen, finden wir den Ursprung des Erfolgs der Lega wieder. Dort ist im Stillen die neue Gestalt des »Entwurzelten« entstanden, eines Menschen, der sich nicht mehr innerhalb der Kultur des Dorfes und noch nicht in der einer globalisierten Gesellschaft befindet, der keine rationalen Antworten fordert, sondern Symbole, um sich in seiner Umgebung zu recht zu finden (und endlich wiederzuerkennen). An dieser verschwommenen Forderung nach Identität setzt die Bewegung Bossis an, um ihr jenseits des Politischen einen vor allem imaginären, mythischen, metaphorischen und symbolischen Raum zu geben.

Das aus dem Widerstand gegen den Faschismus gewachsene Parteiensystem, wie wir es während eines halben Jahrhunderts

parlamentarischer Demokratie kannten, existiert nicht mehr. Von der Verhaftung des PSI-Vertreter Mario Chiesa (17.2.1992) und des Skandals von Tangentopoli<sup>1</sup> bis zur Zustimmung zum Wahlgesetz, gemäß dem drei Viertel der Parlamentssitze nach dem Mehrheitswahlrecht vergeben werden, dauerte es nur 30 Monate. Am 15.12.1992 sandte die Mailänder Staatsanwaltschaft im Zuge der Ermittlungen »Mani pulite« (»Saubere Hände«) die ersten »Hinweise bezüglich laufender Ermittlungen« (eine Besonderheit des italienischen Justizsystems) an Bettino Craxi, der daraufhin vom Vorsitz der PSI zurücktrat. Es folgte der Antrag der Staatsanwaltschaft Palermo auf Eröffnung eines Verfahrens wegen der Zugehörigkeit zu einer »kriminellen Vereinigung« und zu »mafiosen Strukturen« gegen Giulio Andreotti (27.3.1993).<sup>2</sup> Mit dem Referendum vom April 1993 wurde das Mehrheitswahlrecht für drei Viertel der Sitze im Senat eingeführt. Bei den Kommunalwahlen im Juni und November 1993 wurden die Bürgermeister nach dem neuen Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen direkt gewählt.

Die Erschütterungen, die durch den Skandal von Tangentopoli und die Ermittlungen über Verbindungen zwischen Mafia und Politik auf höchster Ebene ausgelöst wurden, haben dem so genannten »partitokratischen Regime« (Wortspiel, sinngemäß: die Parteienherrschaft) den entscheidenden Stoß versetzt. Die Politik war nicht mehr wie früher in der Lage Ermittlungen zu behindern.

Ausgehend von diesen Umwälzungen hält sich Bossi in seinem Pamphlet mit dem Titel »Die Revolution« (1993, S. 1-2) für berechtigt zu behaupten: »Die Lega Nord hat viele Wahlschlachten gewonnen, den Richtern den Weg geebnet und eine erste Trockenlegung des Sumpfes der Nomenklatur ermöglicht. ... Die Lega steht vor einer schwierigen Aufgabe: darüber zu wachen, dass die Demokratie respektiert wird, und ohne Zaudern

den Weg zur Wiedergeburt des Föderalismus zu weisen. Dieses Unternehmen ist vergleichbar mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg, in diesem Italien, das bis an die Wurzeln verdorben ist von einem perversen System, das nichts verschont hat.«

Die Entfaltung der Lega konnte nur in einem Teil des Staatsgebietes vollständig erfolgen, da südlich der »Gotenlinie«<sup>3</sup> die Saat der Lega, durch die eindeutige ethnische Prägung ihrer Politik, nicht auf die gleichen günstigen Bedingungen traf, wie im Norden. Die Ursprünge des überwältigenden Erfolges der Lega sind aber auch im Ende der Ost-West-Bipolarität zu suchen. Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem darauf folgenden Wandel der PCI zur PDS konnte die DC nicht mehr auf ihre klassische Funktion als antikommunistischer »Damm« verweisen. So musste diese katholisch-gemäßigte politische Organisation die Grundlinien ihres politischen Handelns neu definieren.

Auch waren große Teile der Wählerschaft soziokulturell nicht mehr so stark ideologisch an bestimmte Parteien gebunden, wie in der Vergangenheit und hinsichtlich ihrer politischen Präferenzen ungebundener. Im Norden haben viele eine neue Form der Zugehörigkeit in der Lega gefunden.

Es ist kein Zufall, dass der Aufstieg der Lega mit den Europawahlen 1989 beginnt. In diesem Zusammenhang ist betont worden, dass die Lega eine Folge – und nicht die Ursache – der allgemeinen Krise traditioneller Formen politischer Repräsentation sei. Allerdings vereinfacht diese These den Kontext, der zur Entstehung und gewaltigen Entwicklung der Lega führte, zu sehr. Man darf nicht vergessen, dass die Anhänger der Lega in den achtziger Jahren Basisarbeit leisteten, obwohl sie nur wenige waren, kaum Mittel zur Verfügung hatten und semi-klandestin arbeiteten. So gelang es ihnen sich in einem begrenzten Gebiet festzusetzen und sich dann immer mehr auszudehnen. Das plötzliche Wachstum der Lega ist auch dieser Vorarbeit geschuldet. Gleichzeitig reiften in den Achtzigern günstige Bedingungen für das Auftreten eines neuen politischen Akteurs im Norden heran: die Legitimationskrise der traditionellen Partei-

1 Korruptionsskandal, der die traditionell regierenden Parteien und ihre Amtsträger erfasste.

2 Craxi (PSI) und Andreotti (DC) bestimmten über Jahrzehnte die italienische Politik und waren in verschiedenen Ämtern an zahlreichen Regierungen beteiligt.

3 Bezieht sich auf die von Deutschland im II. Weltkrieg besetzten Gebiete von der Poebene aufwärts.

en; das wachsende wirtschaftliche und soziale Ungleichgewicht zwischen Norden und Süden; die immer lauter werdende Forderung der Kleinunternehmen nach Mitsprache; die Tendenz zur wirtschaftlichen Globalisierung, ein Phänomen, durch das sich die Rolle der Nationalstaaten verändert und die regionalen Wirtschaftsräume an Bedeutung gewinnen.

In diesem Szenario entstanden verschiedene neue politische Formationen, doch nur die Lega hatte anhaltenden und dauerhaften Erfolg und wurde Anfang der neunziger Jahre zur meistgewählten Partei Norditaliens. Die Lega ist ein fähiger »politischer Unternehmer«, der sich in die zwischen Parteien und Bürgern entstandene Leere gedrängt, und so die endgültige Krise des Systems provoziert hat. Sie hat klare, populäre Identifikationssymbole geschaffen, die Sprache politischer Kommunikation verwandelt und realen Bedürfnissen, die bis dahin politisch nicht vertreten waren, Ausdruck verliehen. Die Lega hat die Merkmale eines ethnischen Nationalismus und des Neopopulismus aufgegriffen und verschmolzen.

Die Geschichte der Lega kann in vier Phasen eingeteilt werden:

1979-1987: In der Ursprungsphase entstehen im Veneto, vor dem Hintergrund der Vertrauenskrise, die die traditionell der DC verbundene venetische Region erfasst hat, Ligen mit Autonomieforderungen ethno-regionalistischer Prägung, ebenso in der Lombardei. Diese Bewegungen erreichen bescheidene Ergebnisse, es stehen ihnen nur geringe Mittel zu Verfügung und sie sind nur lokal wahrnehmbar. Dennoch sind sie von Bedeutung, weil sie eine territoriale und ethnisch-kulturelle Definition von »Volk« erarbeiten.

1987-1990: Die Lega Lombarda von Umberto Bossi wächst stark und die Idee der Region verliert ihre, ausschließlich ethnischen Konnotationen, um die Bedeutung von Interessengemeinschaft anzunehmen – die Lombardei als Volk von Produzenten im Gegensatz zum zentralistischen Unterstützungsstaat, der von Südtalienern dominiert sei.

1990-1992: Die Lega Nord entsteht, der Anti-Institutionalismus und der Antagonismus zum politischen System werden betont. Die Lega Nord wird im Dezember 1989 als Bündnis

verschiedener regionaler Ligen (Lombardei, Veneto, Piemont, Ligurien, Emilia-Romagna, Toscana) gegründet. In dieser Phase erhält sie außergewöhnlich starke Zustimmung (vor allem in der Lombardei und im Veneto) und zieht entschieden die Aufmerksamkeit der Massenmedien auf sich. Die Identitätsmerkmale der Lega-Anhängerschaft werden definiert, immer mittels eines Gegensatzes zwischen einem »wir« und einem »Feind« (die zentrale Macht in Rom, die große Hauptstadt, die Südtaliener, die Einwanderer). Zu der allgemeinen Herausforderung des politischen Systems tritt der föderalistische Plan, Italien in drei große Regionen aufzuteilen. Insgesamt betrachtet steigert die Lega Nord 1992 die Wählerstimmen der verschiedenen Lega-Grüppchen von 1987 um das Siebenfache und erhält 85 Sitze im Parlament – im Vergleich zu den zuvor von der Lega Lombarda eroberten zwei Sitzen eine enorme Steigerung. Der Versuch, sich auf die zentralen und südlichen Provinzen auszudehnen, misslingt jedoch.

Seit 1992: In dieser Phase der »Lega an der Regierung« wird eine organisatorische Konsolidierung und eine Neudefinition der Ziele vorangetrieben. Nun denkt die Lega in nationalen Dimensionen und sieht sich an der Spitze des Übergangs zu einer neuen Republik. Die Bewegung Bossis hat sich erfolgreich zum Vermittler der sozialen Spannungen zwischen den, von Kleinunternehmern geprägten Gegenden am Fuß der Berge, und den großen städtischen und industriellen Ballungsgebieten Norditaliens gemacht. Außerdem hat sie den Interessenkonflikt zwischen dem Norden und Süden Italiens, bis hin zur Identifikation der »Sache der Lega« mit der »Sache des Nordens«, ausgenutzt.

In den Jahren 1993 und 1994 versucht die Lega, durch die Eroberung vieler Kommunalverwaltungen in den Städten und Provinzen des Nordens das Erbe der Regierungsparteien anzutreten. Bei den Parlamentswahlen 1994 verzeichnet sie im Bündnis mit Forza Italia ein außerordentlich gutes Ergebnis, und erhält 117 Abgeordnete und fünf Ministerien in der Mitte-Rechts-Regierung Silvio Berlusconi. Der Erfolg von 1994 bedeutet jedoch auch einen Schlusspunkt des Vormarsches der Lega. Viele der tatsächlichen und potentiellen Vereinbarungen werden vom Bündnispartner Forza Italia torpediert, so dass der

fast unmittelbare Bruch mit Berlusconi und das Verlassen der Regierung notwendig erscheinen, um die Identität der Partei zu retten. Von 1995 an beginnt eine Phase der »neuen Lega-Welle«, in der das ursprüngliche populistische und separatistische Modell wieder aufgegriffen wird: Die Lega lehnt den Föderalismus nun ab und fordert die Unabhängigkeit Padaniens (des vorgeblich zu erschaffenden neuen Staates rund um die Poebene). Bei den Parlamentswahlen 1996, wo sie allein gegen das Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Bündnis antritt, verbucht sie 10,1% der Stimmen und bestätigt ihre Vorherrschaft in den Vorgebirgsregionen, auch wenn sie durch das Wahlsystem nur eine schwache parlamentarische Vertretung erhält. Es folgt die Periode großer ritualisierter Massenveranstaltungen und symbolischer Akte zur Konsolidierung der neuen secessionistischen Strategie.

An erster Stelle der sozialen und wirtschaftlichen Gründe, die mit der Unterstützung der Lega zusammenhängen, steht der Protest gegen Steuern und der Schutz der Interessen der Kleinunternehmen. Weitere Themen sind der Bruch zwischen Norden und Süden (eine Verdrehung der Problematik des Südens, verknüpft mit der Vorstellung, dass der Norden vom Süden kolonisiert worden sei und nicht etwa umgekehrt) sowie die Einwanderung aus den Nicht-EU-Staaten. So erfolgen auch Aktionen, die sich gegen Zuwanderung und Ansiedlung richten. Grundlage ist ein »Differenz-Rassismus«, der in der Bestätigung der eigenen Identität durch die Hervorhebung der Unterschiede zu anderen besteht. Wenn man die Sprache und die Organisationsstruktur betrachtet, erkennt man einen direkten, übergreifenden, manchmal vulgären politischen Kommunikationsstil, der jedoch grundlegend für die Identitätsbestimmung der Lega ist. Seit ihren ersten Anfängen als Liga Veneta und Lega Lombardia, hat die Lega-Bewegung ein Ensemble von symbolischen Konstrukten entwickelt, die in dem begrenzten soziopolitischen Bezugsrahmen sofort wiedererkennbar waren«.

Die »Missionstätigkeit« der Lega begann mit großen, auf Mauern geschriebenen Slogans, der Korrektur von Orts- und Straßenschildern in regionalem Dialekt, handgeschriebenen Flugblättern, spontanen Aktionen auf Plätzen und Gratis-Pamphleten. Die Art der Propaganda, die die Lega, in den Jahren,

in denen sie noch nicht im Scheinwerferlicht der politischen Bühne stand, lässt sich wohl kaum wiederholen.

Angesichts der erreichten Resultate liegt hier jedoch ein weiterer Grund für das Interesse an der Rekonstruktion der Vorgänge, die die grundlegenden Kommunikationsstrategien für das politische Angebot der Lega geprägt haben.

Die Herangehensweise der Lega an politische Themen hat vier Eckpunkte: Soziale Intoleranz, wirtschaftliche Interessen, Populismus, Anti-Zentralismus.

Der erste Strang – der die Flexibilität des gesamten Ensembles größtenteils »erklärt« –, verdeutlicht die spezifische Relevanz der Wahl von Themen, bei denen sich leichter Vorurteile gegenüber bestimmten sozialen Subjekten wieder finden lassen. Das bedeutet, dass Fragestellungen zum Thema »Rassismus-Einwanderung«, die eng an die Identifizierung eines »Anderen« geknüpft sind, zu Wahlkampfzeiten im politischen Kommunikationsumfeld der Lega besonders sichtbar waren. Eine Sichtbarkeit, die auch die wirtschaftliche Dimension (den zweiten Strang) einnimmt, die der These, die Unterstützung der Lega sei ausschließlich ein Phänomen »wirtschaftlichen Protestes«, Gewicht verleiht. Diese These wird auch durch die zahlreichen Initiativen der Lega gegen Steuern gestützt. Die anderen beiden Stränge fassen die allgemeine »ideologische« Sichtweise der Lega zusammen. Beim dritten Strang tritt die eigentliche populistische Herangehensweise der Lega an die Politik – die in selbstreferentieller Weise positiv bewertet wird – hervor, insbesondere die dabei vorausgesetzte »Nähe zu den wirklichen Bedürfnissen der Leute«.

Was die Organisationform anbelangt, ist die Lega Nord eine Massenpartei mit einer immer deutlicher hervortretenden Ausrichtung auf eine charismatische Persönlichkeit, als die ihr Führer Umberto Bossi gehalten wird, also das typische Modell der populistischen Parteien.

Wenn man die ersten zehn Jahre der Lega untersucht, kann man sie als postindustrielles Phänomen interpretieren, das die Krise der traditionellen politischen Bindungen enthüllt und bisher nicht adäquat vertretene Partikularinteressen bestärkt. Jahrelang hatten Beobachter und Institutionen Schwierigkeiten, die



Bedeutung und die Neuheit des Phänomens der Lega zu erkennen (wenig Aufmerksamkeit der Massenmedien während der gesamten achtziger Jahre, Abwertung der Stimmen für die Liga als Proteststimmen, die wieder aufgesogen werden würden usw.). Doch die Haltung der Massenmedien zur Lega hat sich stark gewandelt. Die, bis mindestens 1990 andauernde Phase, in der Spott und ein folkloristisches Bild der Anhänger der Lega überwogen und Bossi – im besten Falle – als »vulgärer Provinzler« aus der Lombardei beschrieben wurde, ist lange vorbei. Heute vergeht kein Tag, an dem die Massenmedien nicht allen Initiativen der Lega und den »Faxen« ihrer Politiker Aufmerksamkeit widmen würden. Besonders im Fernsehen häufen sich die Auftritte der Vertreter der Lega als wahre »TV-Stars«.

Und derselbe Bossi, dem niemand mehr ein naturgegebenes Führungstalent abzusprechen wagt, wird heute als außergewöhnliches »politisches Wesen« dargestellt, das mögliche Entwicklungen lange im Voraus wittern kann. In gewissen Fällen kann man von regelrechten Unterstützungsaktionen für die Lega sprechen, wie zum Beispiel bei dem Vorhaben der Regierung, den Fernsehsender RAI 3 (der einzige, bei dem die Linke noch zu Wort kommt) komplett zu regionalisieren.

Der Wunsch, immer im Scheinwerferlicht zu stehen, hat sich gelegentlich zu einem zweischneidigen Schwert für die Vertreter der Lega entwickelt. Bisweilen haben sie einen gewissen Überschuss an Selbstvertrauen gezeigt, die Tiger der Massenmedien zu reiten. Obwohl sich die Kommunikationsfähigkeit Bossis als eine seiner besten Waffen erweist, führt der bewusste und gezielte Einsatz von Zweideutigkeit zu einer Doppelmoral, die in das politische Handeln der Lega mittlerweile integriert ist. Für ihre Führungspersönlichkeiten ist es bereits Routine, eine Erklärung abzugeben, um sie sofort zu widerrufen, oder wiederholt den Standpunkt zu einer bestimmten Sache – oder die eigene politische Linie – zu wechseln und dies als Provokation und/oder als Scherz zu entschuldigen. Gekrönt wird dies durch den Gebrauch von Vokabeln »aus dem Volk« – wie Bossi das häufig zu bezeichnen liebt – der die Sprache der Lega von der anderer politischer Kräfte unterscheidet. Es besteht jedoch der Verdacht, dass der Gebrauch von »Kraftworten« und einer zoti-

gen Redeweise, dazu dienen könnte, die häufigen unvermittelten Richtungswechsel, durch eine Kommunikation nach dem Prinzip des »Stop and Go« zu kaschieren.

Für Forza Italia ist das Gewicht der Lega von entscheidender Bedeutung – sowohl wegen der politischen Ausrichtung der Parteiführung und der Verankerung im Norden, als auch wegen der Stabilität der Mehrheit insgesamt. Für die Lega jedoch, bedeutet die Wahlschlappe bei den letzten Kommunalwahlen (Mai 2002), bei denen sie nur 4% der Stimmen bekam, dass eine Positionsveränderung und Distanzierung von der Ausrichtung der Forza Italia auf dem Markt der Meinungen nötig erscheint.

So entdeckt Umberto Bossi plötzlich, nach dem Erstarken einer breiten Protestbewegung, seine globalisierungskritische Seite. »Die Lega ist gegen die Globalisierung, wenn sie als Monopol gedacht ist. Wenn wenige Menschen sich alles aneignen, ist das nicht richtig, und auch die Regierung kann dem nicht zustimmen.« Seit einiger Zeit beginnt Bossi eine vorsichtige politische Umorientierung der Lega, die darauf zielt, Stimmen bei den Teilen der Bevölkerung, vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter einzusammeln, die der ultra-marktorientierten Linie von Forza Italia mit Skepsis gegenüberstehen. Roberto Maroni, Minister der Lega für Soziales, erklärte bei seinem Amtsantritt den Gewerkschaften den Krieg, doch heute richtet sich der Krieg nur gegen die CGIL. Bei den Renten verhalten sich Maroni und Bossi vorsichtig, trotz der beschleunigten Reformen kam keine eigenständige Initiative zustande, wie es der Wirtschaftsminister Giulio Tremonti gerne sähe. Die Absprachen mit den Gewerkschaften zum zeitlichen Rahmen und zur Vorgehensweise werden respektiert. Und vor allem geschieht nichts, was die Gewerkschaftsverbände CISL und UIL verärgern könnte.

Selbst zum Änderungsvorschlag zum Artikel 18 des Arbeitsrechtes (Kündigungsschutzgesetz) scheint die Lega mit der CGIL mehr oder weniger einer Meinung zu sein. Und es gibt viele Linke, die die Suche nach Alternativen zur Pflicht der Wiedereinstellung nicht skandalös finden: von der Zahlung einer umfangreichen Abfindung bis hin zu Schiedskommissionen. Eine Idee, die sowohl Giuliano Amato als auch der CISL und der UIL gefällt. Doch Bossi legt sich zum Artikel 18 nicht

fest. Und angesichts der Anschuldigungen, den Staat zu sehr zu stärken und die Privilegien eines immer kleineren Kreises von Beschäftigten (fast alle Neueingestellten haben inzwischen flexible Verträge) zu verteidigen, geht der Chef der Lega zum Gegenangriff über: »Von wegen staatsfixiert. Wir stehen auf Seite des Volkes.« Eigentlich ist die Lega jedoch der Anlaufpunkt für Handwerker, Selbstständige, Kleinstunternehmer, und Besitzer sowie Angestellte derjenigen Betriebe, die von der Liberalisierung zumindest im kleinen Rahmen profitieren, und bei denen die Anwendung des Arbeitsrechtes nicht einmal vorgesehen ist.

Hinter dem »Linksschwenk« Bossis steht eine klare politische Strategie. Bossi zielt auf Sin.Pa, die padanische Gewerkschaft *Sindacato Padano* unter der Leitung von Rosi Mauro.<sup>4</sup> In der Vergangenheit hat die Sin.Pa Schlachten á la »die padanische Geldbörse« geschlagen, für die Abschaffung bestimmter Steuern. Heute vertritt die Sin.Pa eine traditionellere politische Linie, ihr gelang die Ausdehnung über alte Hochburgen wie Bergamo und Varese hinaus und sie stellt Betriebsräte in traditionell von der CGIL dominierten Gebieten wie Reggio Emilia. Doch sie muss mit dem CGIL-Vorsitzenden Cofferati auf seinem Territorium und mit seinen Argumenten konkurrieren.

Auf den Schreibtischen von Bossi und Maroni liegt eine Studie, wonach die Zahl der abhängig Beschäftigten, die potentiell von der Rentenreform erfasst würden und im Norden wohnen, zweieinhalb Millionen beträgt. Hier will die Lega, die das Sozialministerium führt, Stimmen gewinnen und nicht verlieren. Auch, weil auf diesem Gebiet ihr natürlicher Verbündeter, die AN, keine gefährliche Konkurrenz darstellt: Ihre Stärke liegt in Mittelitalien und im Süden sowie beim öffentlichen Dienst, Bossis Stärke hingegen im Norden. Die in der Privatwirtschaft bei den großen Unternehmen abhängig Beschäftigten sollen erobert werden. Angefangen mit den Fünfzigjährigen, die von Berlusconi und Tremonti verängstigt wurden.

4 »Padanisch« bezieht sich auf das imaginäre Padanien, eine »Nation«, die laut Lega im Norden Italien situiert ist. Sie liegt geographisch um die Poebene (*Pianura Padana*) herum, wovon der Name abgeleitet wurde.

Neben dieser sich abzeichnenden langfristigen Strategie setzt die Lega weiterhin auf medial wirkungsvolle rassistische Initiativen. So forderte im August 2002 Federico Bricolo, Vize-Vorsitzender der Lega-Fraktion in der Abgeordnetenversammlung, alle Moscheen und islamischen Zentren zu schließen und Einreisevisa für Muslime so weit wie möglich zu reduzieren.

Letztlich beinhaltet die Politik der Lega nur dem Anschein nach die Ablehnung der italienischen Nation. Im Endeffekt ist sie nichts anderes als die neueste Variante des Projektes »die Italiener zu schaffen«, das von den herrschenden Schichten im neunzehnten Jahrhundert formuliert und nacheinander vom Faschismus und den Parteien der Republik umgesetzt wurde. Die Lega lädt alle Italiener (aus dem Norden und dem Süden) ein, sich einer Gemeinschaft zugehörig zu fühlen, die auf den »Werten des Marktes«, der Produktion und der wirtschaftlichen Entwicklung beruht.

*Übersetzung: Elke Beyer*

## **Besetztes Soziales Zentrum »La Strada« (Rom) und Francesco Raparelli**

### **Von der MSI zu AN**

#### **Der Weg der Mussolini-Erben in die Regierung**

Am 20. Dezember 1946 gründete eine von ehemals hochrangigen Faschisten unterstützte Gruppe junger Frontkämpfer der Repubblica sociale italiana die Movimento sociale italiano (MSI, Italienische soziale Bewegung). Nach mehreren vergeblichen Organisationsversuchen in den ersten Nachkriegsmonaten gelingt den Faschisten nun ein Zusammenschluss. Die MSI ist bald die Anlaufstelle für das gesamte Umfeld der Nostalgiker. Sie erklärt sich immer deutlicher zum Erben des Faschismus in seiner letzten Version, der Repubblica sociale italiana. Ihr Bezug auf die norditalienische Republik von Salò von ist eine klare politische und ideelle Entscheidung: die Wiederaufnahme der sozialen, antikapitalistischen und antibürgerlichen Grundsätze des 1944 auf dem 1. Kongress des Partito fascista repubblicano erarbeiteten Programms. Es enthält die Quintessenz der nationalrevolutionären, »Bewegungsfaschismus« genannten Strömung. Sie stand der eher moderaten und konservativen von Bürgertum und Klerus dominierten Strömung gegenüber, dem »Regimefaschismus«. Diese beiden Richtungen finden sich auch innerhalb der MSI, die »Sozialisierer«, also die jungen Kämpfer der Repubblica sociale gegenüber den »Korporativisten«, die den Zerfall des Regimes nach dem 25. Juli 1943 akzeptierten, im Süden geblieben waren und den Duce bei seinem letzten Abenteuer im Stich gelassen hatten.

In gewisser Hinsicht stellt sich der Gegensatz innerhalb der Partei also als geographische Teilung dar – mit den eher nationalrevolutionären Komponenten im Norden und den meisten Anhängern des traditionellen Mussolini-Faschismus im Süden. Die internen Auseinandersetzungen kreisen im Grunde darum, welches die authentische Vision des Faschismus ist. In dieser

Phase steht die MSI vor der Schwierigkeit, in dem aus der Asche des Faschismus entstandenen System akzeptiert zu werden und aktiv am politischen Leben teilzunehmen. Nach 1945 hatten ehemalige Faschisten Aufsehen erregende und demonstrative Aktionen (manchmal terroristischen Charakters) durchgeführt, so den Anschlag auf ein Kino das Roberto Rossellinis Film »Rom – Offene Stadt« zeigte, oder die Störung von Radiosendungen durch das Einspielen der faschistischen Hymne »Giovinezza«. Diese Aktionen waren das Werk isolierter Gruppen. Wesentlich besser strukturiert war die Geheimorganisation der Fasci di azione rivoluzionaria (Far, Bünde revolutionärer Aktion). Anfangs gibt es viele Überschneidungen zwischen der MSI und der Geheimorganisation, da etliche Mitglieder der terroristischen Gruppen militante Parteigänger sind, doch in der Folgezeit herrscht bei der MSI die legalistische Ausrichtung vor. Sowieso musste eine ausdrücklich neofaschistische Partei entweder den Weg der Illegalität gehen oder sich anpassen und die Regeln des neuen Regimes akzeptieren. Ihr Überleben hing davon ab, sich so legalistisch wie möglich zu präsentieren.

1947 tritt die MSI sowohl zu den Kommunalwahlen in Caserta (21. September 1947) an, wo sie ein Mandat für die Provinz gewinnt, als auch in Rom (12. Oktober 1947), wo sie vier Prozent der Stimmen bekommt – ein Ergebnis, das sie als sicheres Sammelbecken aller Nostalgiker ausweist. Bei den Wahlen zum Parlament 1948 erringt die MSI die ersten Abgeordnetenmandate. Etwa anderthalb Jahre nach der Gründung stellt die MSI in allen Wahlkreisen Listen auf. Während die Partei im Süden ihre Wahlkampagne ungestört durchführen kann, ist dies im Norden durch die Reaktionen der antifaschistischen Kräfte fast unmöglich. Die Ergebnisse bestätigen diese geographische Bruchlinie, mehr als zwei Drittel der MSI-Stimmen kommen aus dem Süden, auch die sechs Abgeordneten. Dies bringt eine Neugewichtung der Strömungen innerhalb der Partei mit sich und ändert ihre politische Orientierung. Die ursprünglich führende Gruppierung mit dem jungen Giorgio Almirante an der Spitze vertrat einen Faschismus der Nationalisierung, offen zur Linken hin, für einen »nationalen Sozialismus«. Der Zustrom von ehemaligen Mitgliedern und Führungskadern des Partito

nazionale fascista und das fast ausschließlich auf den Süden begrenzte Wachstum der Parteiorganisation führten 1950 zu einem Wechsel an der Spitze. Der neue Vorsitzende, Augusto de Marsanich, ehemaliger Minister der faschistischen Regierung und ein Vertreter der Moderaten, verkörperte idealtypisch die Kontinuität mit dem vergangenen Regime. Mit diesem Führungswechsel gibt die MSI die offen systemfeindlichen Ansätze auf und beginnt die Strategie der »Einfügung« ins System, die sie über zwei Jahrzehnte hinweg bis in die siebziger Jahre verfolgt. Die Gegnerschaft zum System weicht dem Angebot die Partei der Mehrheit, die Democrazia Cristiana (DC, Christliche Demokratie) zu unterstützen, der sich die MSI als eine »nationale« Kraft zur Verteidigung gemeinsamer Interessen anbietet: Für die christliche Zivilisation und den Kampf gegen den Kommunismus.

Diese gemäßigte Politik wird deutlich durch das Wahlbündnis mit den Monarchisten, die US-freundliche Haltung und die Zustimmung zur NATO im Parlament – ganz entgegen der früheren Haltung. Eine Vereinbarung mit der DC über eine gemeinsame Kandidatur bei den Kommunalwahlen in Rom 1952 platzt erst im letzten Moment. Bei den Kommunalwahlen 1951 kann die MSI Stimmengewinne erzielen und bekommt 1952 im Süden 11,8% der Stimmen kann durch Gemeinschaftslisten mit den Monarchisten auch die Kontrolle über einige Großstädte wie Neapel und Bari erhalten. Dieser Erfolg erstickt die Auflösungsandrohung durch Innenminister Mario Scelba. Die MSI konsolidiert sich und wird zu einer Massenpartei mit Organisationen für Jugendliche, Studierende, Gewerkschafter, Veteranen, usw. Danach verdreifacht sich bei den Wahlen 1953 ihr Stimmenanteil im Norden fast (von 2% auf 5,8%). Ab Mitte der fünfziger Jahre verfolgt die MSI ausnahmslos ihre Strategie der Systemintegration. Der Regisseur ist der neue Vorsitzende Arturo Michelini, der die Partei bis zu seinem Tod 1969 leitet. Ende der fünfziger Jahre gelangt die MSI bis an die Schwelle der Regierung, erst stützt sie zusammen mit den Liberalen und den Monarchisten einige christdemokratische Regierungen und 1960 mit ihren entscheidenden Stimmen die christdemokratische Regierung Tambroni.

Das war der Höhepunkt der Systemintegrationspolitik, zeigte aber auch ihre Grenzen. Die Aussicht auf eine »klerikal-faschistische« Regierung führte zu zahlreichen Protestbekundungen, deren Epizentrum Genua war, wo damals ein MSI-Kongress stattfand. Die Reaktion der Linken, die in blutigen Straßenkämpfen mit mehreren Toten in Genua, Reggio Emilia und in Rom gipfelte, trieb die MSI zurück in die Marginalität.

Diese Niederlage stärkte einerseits die innere Opposition der MSI und begünstigte andererseits die Entwicklung extremer rechter Organisationen außerhalb der Partei. Ausgangspunkt dieser neuen Organisationen war der Verlust der Glaubwürdigkeit der MSI, die in eine Politik der Kompromisse mit der herrschenden Christdemokratie verwickelt und daher unfähig und/oder nicht bereit zu einem revolutionären Kampf gegen das System war. Diese Einschätzung traf sich mit der Analyse, der zufolge die kommunistische Bedrohung lebendiger sei als je zuvor. Um der »heimtückischen Aggression« des Kommunismus entgegenzutreten, war es nötig, die »gesunden Körperschaften« der Nation zu identifizieren und sich für den unvermeidlichen entscheidenden Zusammenstoß zu rüsten.

Ende der sechziger Jahre sinkt der Stimmanteil der MSI bis auf 4,5% im Jahr 1968 wodurch sich ihr Einfluss auf die DC verringert und sie verliert ihre Vormachtstellung bei der extremen Rechten. Dort bilden sich Gruppen und Bewegungen von den Putschisten »Fronte nazionale« und »Rosa dei venti« bis zu den radikalen, später terroristischen Zusammenhängen »Avanguardia nazionale« und »Ordine nuovo«. Sie sind ein Ventil der Forderungen eines Teils des von den sozialen Spannungen erschreckten Bürgertums nach Ordnung, traditionellen Werten und »physischem Schutz« vor der Linken. Erstmals ist die MSI nicht mehr natürlicher Vertreter dieser Forderungen.

1969 kehrt Almirante an die Spitze der MSI zurück. Anfang der siebziger Jahre erringt sie wieder große Erfolge bei lokalen Wahlen und erreicht 1972 8,7%. Interne Auseinandersetzungen und ein Rechtsruck der DC »gegen die MSI« lässt den Stimmanteil 1976 auf 2% rutschen. Pino Rauti, ehemals bei Ordine Nuovo, sagt Almirante den Kampf um die Führung der Partei an. Die politischen Vorschläge Rautis – eine Mixtur aus traditionel-

len Elementen des Bewegungsfaschismus und der Neuen Rechten – bestehen darin, dass die Partei jeden Bezug zur »Rechten« aufgeben (denn der Faschismus sei keine konservative Bewegung) und sich auf der Linken einordnen und die kommunistischen Wähler anziehen solle. Der wahre Feind einer spirituellen Vision des Lebens und des Menschen seien die »Pseudo-Werte« der westlichen amerikanisierten Zivilisation – Agnostizismus, Materialismus, Hedonismus, Egoismus, Konsumgier. Einem falschen Egalitarismus und der massenhaften Homogenisierung werden ein Gefühl von Zugehörigkeit und eine Betonung der Unterschiede entgegengestellt, aber jede fremdenfeindliche oder rassistische Linie zurückgewiesen. Rauti hat viele Anhänger, kann sich jedoch beim XI. Kongress der MSI (14.-16. Januar 1977 in Rom) nicht durchsetzen und Almirante wird erneut zum Vorsitzenden gewählt.

In den achtziger Jahren verändert sich die MSI inhaltlich nicht und behält sowohl die traditionellen nostalgischen Referenzen als auch die Alternativvorschläge der Gruppe um Rauti bei. Die Veränderungen ereignen sich außerhalb. Erstens wandelt sich der allgemeine Umgang mit dem historischen Faschismus, die militante und widerständige Herangehensweise weicht einer eher historisierenden Interpretation. Das belebt zwar keine nostalgischen, profaschistischen Gefühle, auch nicht innerhalb der MSI, aber das neue Klima wird mit Befriedigung aufgenommen. Die zweite Veränderung ist das rasche Verschwinden politischer Gewalt. Fanden 1979 noch 2.039 Gewaltakte und Attentate statt, waren es 1982 nur 173.

Durch die Historisierung des Faschismus und die Abkühlung der politischen Auseinandersetzung kann die MSI aus ihrem Ghetto ausbrechen. Paradoxe Weise bringt diese günstige Konstellation – die sich auch in den Wahlergebnissen von 1983 zeigt, 6,8%, ein Zuwachs von 1,5% – die Partei in Schwierigkeiten, da sie ideologisch und kulturell nicht für die neue Phase gerüstet ist. Vor allem gibt es keine Integrations- und Legitimationsstrategie für die Integration in das System: Die eigene Identität – der Faschismus – wird nicht verleugnet und die Positionen Rautis (die durch den Parteiaustritt jener, die später die Neue Rechte in Italien bilden werden, geschwächt wurden) liegen sowieso au-



berhalb des liberaldemokratischen Systems. Die MSI muss sich schließlich entscheiden, ob sie einen Teil ihrer ideellen und kulturellen Identität ablegen und das System akzeptieren oder die Zielsetzung einer anderen, korporativistischen oder kommunistischen Regierungsform beibehalten will. Die Partei bleibt in diesem Dilemma gefangen, das durch den Stimmenverlust 1987 (5,9%, ein Minus von 0,9%) und den fast gleichzeitigen Verlust ihrer historischen Führung und die darauf folgenden erneuten inneren Auseinandersetzungen verschärft wird. Die interne Debatte dreht sich um die Rolle der Partei im System. Da aber die Treue zum Faschismus und die Opposition gegen das Regime unverändert sind, bleibt die volle Legitimation der MSI auf halber Strecke stecken. Der junge Vorsitzende Gianfranco Fini, den Almirante 1987 eingesetzt hatte, wird auf dem Kongress der MSI im Januar 1990 durch Pino Rauti, den letzten der älteren Führungsgeneration, ersetzt.

Die Politik Rautis führt zu merklichen Verstimmungen bei der Wählerschaft der MSI, es kommt zu Stimmverlusten und einem Ergebnis von nur noch 4% bei den Kommunalwahlen 1990. Nach weiteren Stimmeinbußen bei den Wahlen in Sizilien 1991 wird Rauti durch seinen Vorgänger Fini abgelöst. Fini stellt das Werben um enttäuschte Kommunisten ein, mäßigt die antiamerikanischen und antikapitalistischen Töne, stellt die MSI wieder als eine konservative und nationale Kraft der Rechten dar und sucht Kontakt zu gemäßigten und katholischen Kreisen.

Fini erneuert das historische Projekt der »Einfügung ins System«, gibt aber nichts von der ursprünglichen Identität preis und orientiert sich wieder an der politischen Linie des »Regimefaschismus«. Die Treue zu den Ursprüngen ist für den Versuch der »Einfügung« funktional, weil sie Aktivisten und Wählerschaft ihre Identität garantiert und keine internen Konflikte provoziert. Die Erklärungen der Treue zum Faschismus entsetzen die anderen politischen Akteure auch nicht mehr so sehr, da durch die Beruhigung der politischen Auseinandersetzung und den relativen sozialen Frieden die Existenz einer nostalgischen Gruppierung ohne Einfluss eher akzeptiert wird. Auch die Feier der MSI zum 70. Jahrestag des Marsches auf Rom am 20. Oktober 1992 samt großer Demonstration, faschistischen Gesängen und dem

römischen Gruß löst keine besondere Empörung aus. Das neue Mehrheitswahlssystem und die Aussicht, in einer vereinfachten politischen Konstellation überflüssig zu werden, zwingen die MSI zur Suche nach einem Ausweg. Zunächst versucht sie sich als privilegierter Gesprächspartner des ehemaligen Präsidenten der Republik, Cossiga, zu akkreditieren. Gleichzeitig schlägt sie mit der neu aufgelegten Idee einer präsidentialen Republik die Gründung eines breiteren politischen Lagers mit dem Namen Alleanza nazionale (AN, Nationales Bündnis) vor.

Das Unternehmen startet im Sommer 1993 und ist eine Variante des bereits in den Siebzigern von Almirante erfolglos verfolgten Projektes der Bündelung verschiedener Kräfte im Umfeld der MSI. Das Gründungspapier der AN enthält nichts wirklich Neues. Es schlägt wieder ein präsidentiales Modell mit Kandidatenauswahl durch ein Referendum vor, betont das Nationalgefühl, akzeptiert die Marktwirtschaft, aber mit solidarischen Korrektiven, und sieht einen starken und unnachgiebigen Staat vor. Dieses Unternehmen wird von der Rauti-Strömung scharf bekämpft und hätte bloß auf dem Papier bestanden, wenn nicht durch den Zusammenbruch des Parteiensystems, angefangen bei DC und PSI, ganze Blöcke der Wählerschaft neue Bindungen gesucht hätten.

Die nächste Phase des Wiederaufstiegs der MSI resultiert aus den Aufsehen erregenden Ergebnissen der Lokalwahlen im November 1993, bei denen die Partei 19 Bürgermeisterämter gewinnt und in zahlreichen anderen Städten, darunter Neapel und Rom, in die Stichwahl kommt. Bereits bei den Teilwahlen im Juni war es der MSI gelungen, 14 Bürgermeister in Städten mit mehr als 15.000 Einwohnern zu stellen. Doch was die MSI landesweit ins Rampenlicht rückt, sind die Entscheidungen über das Bürgermeisteramt in Rom und Neapel, bei denen die Kandidaten der MSI, Gianfranco Fini in Rom und die Enkelin des Duce Alessandra Mussolini in Neapel, zwar geschlagen werden, aber 46,9% bzw. 44,4% der Stimmen bekommen.

Dank dieses Erfolges ist die MSI eine nicht mehr zu vernachlässigende Größe für die Koalitionsbildung. Dennoch bleibt bei allen Parteien einschließlich der Lega Nord ein tiefes Misstrauen gegenüber der MSI. Dies wird erst durch den Auftritt eines

neuen politischen Akteurs überwunden: Die Bewegung Silvio Berlusconi löst die Blockade und gibt der Partei Finis eine Legitimation. So wird die MSI zum potentiellen Partner für ein Wahlbündnis und das wird mit den Listen für eine »gute Regierung«, die in Mittelitalien und im Süden von Forza Italia und AN (der Name, unter dem die MSI nun zu Wahlen antritt) aufgestellt werden, in die Tat umgesetzt. Vor den Wahlen im März 1994 schlägt die MSI aus den Kommunalwahlerfolgen im November Kapital: Die AN wird enthusiastisch als neue Partei der Zukunft vorgestellt und die klassischen Identifikationsmerkmale der Partei zurückhaltend formuliert. Fini, gestärkt durch seinen großen persönlichen Erfolg, hat freie Hand bei der Leitung der Partei und übernimmt die direkte Führung der AN. Außerdem gelingt es Fini, dank seines exzellenten Auftretens im Fernsehen, wo er ein Bild von Abgeklärtheit, Vernunft, gesundem Menschenverstand und Eleganz vermittelt, im Hinblick auf die Vergangenheit, das Bild einer Zäsur abzugeben. Die Zweideutigkeit im Umgang mit dem faschistischen Erbe und das Verwirrspiel um das Kürzel, das AN als Partei darstellt, die die MSI (lebendiger denn je) ersetzt habe, erlauben es dem Vorsitzenden, sich mit Erneuerungen zu brüsten, die jedoch nur oberflächlich sind. So erreicht die MSI bei den Wahlen am 27.-28. März 1994 mit 13,5% einen höheren Stimmanteil als je zuvor. Ein Wahltriumph, der zur Besetzung von fünf Ministerien der Regierung Berlusconi führt.

Mit dem Sturz der ersten Regierung Berlusconi verliert die MSI vorübergehend die Ministerien. Doch in der tiefen Parteikrise führt das offiziell beschlossene Ende der MSI auf dem Kongress von Fiuggi im Januar 1995 und der Übergang zur konstituierenden Phase der AN dazu, dass diese politische Gruppierung zu den aussichtsreichsten Sammelbecken rechter Stimmen, auch der gemäßigten und rechtskonservativen, zählt.

Die AN durchschreitet 1996-2001 in den Jahren der Opposition zur Mitte-Links-Regierung bis zum erneuten Erfolg bei den Wahlen eine Phase der Reifung, der Bestätigung, der Öffnung gegenüber gemäßigten Elementen und der Ausarbeitung einer Regierungspolitik. Die Resultate werden auch bei Kommunal- und Regionalwahlen sichtbar, bis hin zur Eroberung wichtiger

Regionen wie etwa dem Latium. Ein diversifiziertes und radikales Terrain ästhetischer und medialer Zuverlässigkeit, wo AN auf eine populistische, zum Teil sogar wohlfahrtsstaatliche Sozialpolitik pocht, manchmal auch in Opposition zur Leitung Finis. Auf der anderen Seite steht als nationale Perspektive die beschleunigte Anwendung neoliberaler Rezepte.

In der Opposition entwickeln Fini und die AN Beständigkeit und Verlässlichkeit, auch im Vergleich zu den Schwächen des Verbündeten Berlusconi. Berlusconi spielt zwar eine Schlüsselrolle bei der Produktion von Kommunikation und von Wahlmythen und sorgt für die Verflechtung mit dem neuen Industriellenverband, der der linken Mitte nahe steht. Doch die AN sichert die Verbindung zu den Ordnungskräften, insbesondere zu den Carabinieri, und erregt Aufmerksamkeit und Zustimmung mit ihrer Position zur Inneren Sicherheit und ihrer Fremdenfeindlichkeit. Etwas später, vor allem in der neuen Regierungsperiode und mit dem Gesetz von Bossi und Fini zur Frage der Einwanderung, findet sie mit der Lega Nord eine breite Übereinstimmung. Dadurch, und durch ihren Einsatz für eine populistische Regionalpolitik, reift die AN und sie schafft es Wählerschichten zu mobilisieren, die sich von den traditionellen Parteien der Linken, vor allem der Sozialdemokratie, im Stich gelassen fühlen.

Eine Wählerschicht die nicht nur gemäßigter ist, sondern in traditionell von Arbeitern und der Linken geprägten sozialen Milieus verwurzelt ist und nach einem neuen Zusammenhalt sucht. Den findet sie in einer Art von »Solidarität«, die von Individualismus, Rassismus und Modernisierungsideologie gekennzeichnet ist.

Die Gefährlichkeit der AN-Politik zeigt sich deutlich im Bereich der repressiven Sicherheitspolitik und dem Verhältnis zu den Repressionskräften (wie es auch an Finis Linie in Genua deutlich wurde), ebenso an ihrer rassistischen Ausländerpolitik. Mit dem Wahlerfolg von 2001, stabilen 11% für die AN, spielt die Partei mit Fini als Vizepremier und wichtigen Ministerien wie z.B. Telekommunikation (Gasparri) noch immer eine wichtige Rolle.

*Übersetzung: Elke Beyer*

## Interview mit Roberto Bui

Roberto Bui ist einer von fünf Autoren des Schriftstellerkollektivs »Wu Ming« aus Bologna. Wu Ming (chinesisch: »Ohne Namen«) entstand 1999 aus der No-Copyright-Bewegung und setzte das Luther Blissett Projekt (LBP) und mit ihr die Praxis des kollektiven Schreibens fort. Das kollektive Schreiben stellt gegen den Geniekult der individuellen Urheberschaft, die den Autor als originellen Erfinder seiner Geschichte reproduziert, das Schreiben als ursprünglich kollektive Praxis, als Produkt gesellschaftlicher Kooperation. Gegen das intellektuelle Privateigentum zielt das No-Copyright-Konzept auf die ununterbrochene Reproduktion von Texten für alle nicht-kommerziellen Nutzungen.

Unter dem Pseudonym Luther Blissett erschienen 1999 »Nemici dello Stato« (Staatsfeinde) und »Q«. *Nemici dello Stato* analysiert die rechtlichen Repressionen gegenüber den italienischen Massenbewegungen der siebziger Jahre, das zwiespältige Verhältnis von Staat und Mafia in den achtziger und die Korruption der Politik in den neunziger Jahren. *Q*, ein historischer Roman, behandelt die Revolten des 16. Jahrhunderts gegen Katholizismus und Protestantismus in Deutschland und Nord-Europa, von den Bauernkriegen und Thomas Münzer bis zum Friedensvertrag von Augsburg. Er erzählt die Geschichte einer Konfrontation zwischen dem Chronisten der Ereignisse, der, Europa durchwandernd, unter wechselnden Identitäten an den Umbrüchen und Revolten seiner Zeit teilnimmt und dem im Dienste der Inquisition stehenden Spitzel *Q*, der gegen die Erhebungen arbeitet und sie zum Scheitern bringt.<sup>1</sup>

1 Das Buch wurde in Italien zum Bestseller und liegt mittlerweile auch in spanischer, französischer, holländischer und deutscher Übersetzung vor. Erstmals unter dem Namen Wu Ming erschien im Frühling 2001

*In welchem Zusammenhang stehen das Luther Blissett Project und die Tute Bianche?*

Die Tute Bianche wurden in ihrer politischen Praxis und in ihren Experimenten mit den Medien und Mythen in den fünf Jahren vor der Explosion der Bewegung stark beeinflusst. In Italien hat es hierzu drei parallele Entwicklungslinien gegeben: Die erste ist das Luther Blissett Project, das von 1994 bis 1999 existierte. Luther Blissett ging aus bestimmten Erfahrungen, wie der Besetzung der Literatur-Fakultät von Bologna 1990 hervor, aus der sich auch das Kollektiv »Ala dura e creativa« (harter und kreativer Flügel) gebildet hatte.

Die zweite Linie betrifft die Entwicklung der Centri Sociali, die in der »Carta di Milano« eine Art Konstitution formuliert haben, mit der sich die sozialen Zentren vom Ghetto und einer bloßen Verweigerungshaltung der achtziger und der beginnenden neunziger Jahre lösen konnten. Damals wurden Thematiken eingebracht, die vom Zapatismus inspiriert waren: Beispielsweise die Bildung von freien Zusammenschlüssen, als ein Prozess von unten, der mehr von Autonomie als von der Übernahme der staatlichen Macht spricht und der mit der Vorstellung einer konfrontativen Kampfansage, diesem Westernfilm zwischen uns und den Polizisten, abschließt, und die Zivilgesellschaft außerhalb dieser imaginierten Konfrontation berücksichtigt.

An Stelle eines mit Vorurteilen beladenen, antiinstitutionellen Diskurses, diesem »Wir sprechen nicht mit dem bürgerlichen Staat«, entwickelte sich eine weitaus subtilere Infiltrierung lokaler Institutionen, eine Art Dialog, der sich keineswegs unterordnete, mit dem aber eine neue Qualität antagonistischer Praxis erreicht wurde. Dieser Prozess ist von vielen Seiten kritisiert worden, aber er hat ein politisches Feld, das mindestens 50.000 Leute umfasst, aus der Indianer-Reserve gelockt und aus einer Kultur befreit, die zum Verlieren verurteilt war. Denn die-

in Italien »Asce di guerra« (Streitaxte), ein historischer Roman über die italienische Widerstandsgeschichte und ihre mysteriösen Folgen in der Befreiungsguerilla Indochinas der 50er Jahre. Von Wu Ming 5 (dem fünften Autor des Kollektivs, Riccardo Pedrini) ist der Roman »Havana Glam« im Winter 2002 erschienen. Im März 2003 ist das Erscheinen des nächsten kollektiven Romans »54« geplant.

se Strömung war nur noch auf Verweigerung aus, ganz »Feuer und Flamme« und dazu hochgradig autistisch. Dieses »mit dem spreche ich nicht und mit dem anderen schon gar nicht«, hatte zur Folge, dass man einfach mit niemanden mehr reden konnte. Statt dessen hatte nun eine Phase begonnen, in der ganz viele Leute anfangen, ohne Vorurteile miteinander zu kommunizieren.

Die Tute Bianche haben sich innerhalb dieses neuen Kontextes entwickelt. Bestimmte Erfahrungen, wie die von LBP, die anfangs noch avangardistisch waren, wurden von immer mehr Leuten geteilt. Und ich spreche hier vor allem vom Umgang mit den Medien. Es geht darum nicht mehr nur zu sagen »die Journalisten lügen«, sondern zu versuchen, diese Lügen durch ein Angebot von alternativen Mythen zu steuern, durch die Verwendung bestimmter Wörter Sinneinstellungen zu produzieren, die dann von der Presse übernommen werden.

Wie das geht, wurde z.B. vor Genua offensichtlich, als alle Kommentatoren auf einmal von der »Vielfalt« (moltitudine) sprachen, die als Begriff von Toni Negri aus der »Ethica« von Spinoza aufgegriffen wurde. Plötzlich konnten alle auf wunderbare Weise verstehen, was Vielfalt bedeutete, ohne jemals Negri oder Spinoza gelesen zu haben: Dass es den Block, die Masse nicht mehr gibt, sondern nur mehr eine Vielfalt, in der die existierenden Unterschiede wahrgenommen und nicht in der Masse annulliert werden, das wurde selbst von den rückständigsten Journalisten verstanden. Unsere Medienarbeit wurde von einer originellen Demo-Praxis begleitet, die den Unterschied zwischen Gewalt und Nicht-Gewalt aufhob und deren Techniken heute jeder kennt: Der Körperschutz, die Schutzschilder, die Schildkrötenformation usw... das alles war auch eine Art Spott oder umwertende Praxis, wie sie uns vom Luther Blisset Project vorgemacht worden war.

Obwohl die beiden ersten Entwicklungslinien der Autonomia entstammen, hätten sie ohne den Einfluss des Zapatismus nicht miteinander kommunizieren können. Der Zapatismus hat gezeigt, dass man konkret agieren kann und sich nicht nur damit beschäftigen sollte, seine Radikalität nach außen zu kehren, sondern dass es wichtig ist, kommunikativ wirksam zu werden.

Die Besetzung von San Christobal in der Nacht zum 1. Januar 1994 war ein unglaublicher Coup de Théâtre. Die Zapatisten erklärten ihr Vorgehen als Reaktion auf den finsternen Freihandelsvertrag NAFTA von dem bis zu diesem Punkt noch niemand etwas gehört hatte, bevor diese indigenen Semi-Analphabeten das zur Sprache brachten. Das hat viele Kräfte mobilisiert, weil sofort klar wurde, dass es sich bei der EZLN nicht um eine klassische Dritte-Welt-Guerilla handelte. Die Eroberung des Regierungspalastes war ihnen schießegal, vielmehr wurde eine Verbindung zum Rest der Welt hergestellt. Jeder sollte auf seine Art und in seinem Teil der Welt agieren, von den gleichen Parolen ausgehend: »Für Würde«, »Gegen Neoliberalismus«, »Für Autonomie« usw. Mitte der Neunziger gab es in Mexiko und Spanien dann zwei interkontinentale Treffen, bei denen sehr unterschiedliche Subjekte zusammenkamen. Darunter befanden sich auch Leute, die dann die Carta di Milano schrieben und Teil des Luther Blissett Projects waren.

Die zapatistische Nutzung der Mythen war dem sehr ähnlich, was Luther Blissett sich vorstellte. Man wollte Mythen produzieren, die sich nicht als Kristalline verfestigen, verselbständigen und entfremdet werden, sondern von den Gemeinschaften, die sie verwenden, ständig manipulierbar bleiben: Sich zur Maya-Gemeinschaft bekennen, ohne sich auf eine identitätspolitische »Erbschaft« zu beziehen, was keinen Sinn machen würde. Die vielfältige und ironische Verwendung der Maya-Mythen, wie es Marcos z.B. in seinen Fabeln macht, ist sehr kommunikativ und wirksam, und vielleicht die beste Gegeninformation für diesen Teil der Welt. Und dann die Person Marcos selbst: Er ist kein Leader, sondern der Subcomandante, weil alle Comandantes Indios sind, und er selbst ist nun einmal weiß. Außerdem ist er der Subcomandante, weil Zapata der einzige Leader ist.

Was auch hier wieder auf Blissett verweist: In der Imagination der untergeordneten Klassen in Mexiko lebt Zapata noch immer. Auch wenn er mittlerweile 110 Jahre alt wäre, er reitet noch immer! Es gibt viele sprachliche Ausdrücke, die vermitteln, dass er nicht tot ist und dass er eines Tages zurückkehren wird, auch wenn rein rational jeder weiß, dass er nicht mehr am Leben ist. Als der Aufstand mit der Besetzung in San Chri-

stobals begann, konnten die Indigenas mit diesem Mythos in der Öffentlichkeit einen Durchbruch erzielen. Sie haben gesagt: Alles ist möglich, mit den Mitteln, über die du verfügst. Das war die dritte Entwicklungslinie. In den Tute Bianche laufen diese drei Prozesse zusammen. Wenn man über die Centri Sociali im Nordosten Italiens sprach, wurden sie tatsächlich als »metropolitane zapatistische Gemeinschaften« bezeichnet.

*Kann man sagen, dass Genua einen Höhepunkt in dieser Entwicklung markiert?*

Genua markiert einen Höhe- und Wendepunkt, vielleicht aber auch einen Stillstand. Es handelte sich um eine Katastrophe im physischen Sinn. Der Physiker René Thom, der die Theorie der Katastrophen begründet hat, benutzt den Begriff »Katastrophe«, um eine Topologie zu beschreiben, die von einer plötzlichen Unterbrechung geprägt wird. Genua war in diesem Sinn eine Katastrophe und der 11. September war eine andere. Wir befinden uns heute in einem solchen, gänzlich veränderten Raum, den wir erst noch durchmessen müssen.

*Wie hat Wu Ming auf diese beiden Katastrophen reagiert?*

Sofort nach Genua haben wir etwas geschrieben, um verständlich zu machen, dass das eine Katastrophe in diesem und nicht im klassischen Sinne gewesen ist, denn in Genua gab es auch sehr positive Signale: Dass 300.000 Leute am Samstag den 21. Juli unseren Arsch gerettet haben, war unvorstellbar. Wir hatten die Moltitudine gerufen. So als ob wir eine Wunschelrute benutzt hätten, um die Vielfalt mit einem vibrierenden Stab zu suchen. Plötzlich schlug der Stab derart heftig aus, dass wir uns den Arm dabei brachen. Die Vielfalt stellte sich so schnell her, dass sie die Gleichgewichte durcheinander brachte und eine Krise auslöste, mit hysterischen Reaktionen seitens des Staates und massiven Erschütterungen. Trotzdem ist es positiv, dass die Vielfalt gekommen ist.

*In welchem Sinn ist die Vielfalt plötzlich gekommen?*

In den vorausgegangenen Wochen hatten wir immer gedacht, es würden vielleicht 100.000 Leute kommen und das war die

höchste Zahl, die wir uns vorstellen konnten. Noch am Freitagabend (20.7.2001) hatten der Präsident der italienischen Republik, Ciampi und Regierungschef Berlusconi in Fernsehansprachen dazu aufgerufen, nicht nach Genua zu kommen, um die Arbeit der Sicherheitskräfte nicht zu behindern. Die Arbeit der Sicherheitskräfte bestand darin, Leute umzubringen: und sie haben Carlo Giuliani ermordet. Die DS (Demokratische Linke), die nach tausend Diskussionen und Polemiken anreisen wollte und die Busse für Genua schon angemietet hatte, sagte nach dem Tod Carlo Giulianis am Freitag ihre Teilnahme ab. Die Leute reagierten auf zweifache Weise: Einerseits waren sie äußerst zornig, angesichts der Infragestellung des Demonstrationsrechts. Gerade jetzt, nachdem eine Person zu Tode gekommen war, sollten sie nicht gegen diesen Staatsmord demonstrieren dürfen? Andererseits fühlten sich zahlreiche Mitglieder der DS-Basis von ihren Parteidirigenten beschissen. Sie kamen als Einzelpersonen.

Diese doppelte Reaktion hat zur unermesslichen Vielfalt beigetragen. Es gab wirklich alles: Katholiken und Satanisten, Laienschwestern und die Leute aus den Centri sociali, Anarchos und Arbeiter aus den Gewerkschaften, die DS-Basis und japanische Zen-Mönche. Das war die Verwirklichung eines kollektiven Intellekts! Alle diese Leute wussten, dass, wenn sie nicht nach Genua gekommen wären, ein Massaker stattgefunden hätte. Die Stadt wäre zu einem gigantischen Labyrinth aus stählernen Fangnetzen geworden und dann hätte die Jagd auf jeden Einzelnen begonnen. Schon am Freitag waren sehr viele Leute da: 40.000. Aber 40.000 sind nicht 300.000! Ich glaube, das war das positivste Signal von Genua: die Nacht von Freitag auf Samstag, als Sonderzüge und Autos und alle möglichen Verkehrsmittel nach Genua kamen.

*Welche Auswirkungen hatte die Genua-Katastrophe auf die Strategie der Tute Bianche?*

In diesem neuen Raum, der in Genua als Diskontinuität geschaffen wurde, müssen wir erst noch lernen, uns zu bewegen. Wir wissen aber, dass wir nicht vom Nullpunkt anfangen, sondern von diesen 300.000 Leuten. Wir verstehen Genua auch als

»Diskontinuität« und »Katastrophe«, weil die Tute Bianche erfahren mussten, dass ihre sehr effektive Strategie der Jahre 1998 bis hin zu Genua in diesem neuen Szenario nicht mehr ausreichte, um die Leute wirksam zu schützen.

Sie mussten sich mit jeder möglichen Praxis verteidigen: Von der Barrikade bis zum Steinewerfen oder der Aufteilung in kleine Gruppen. In der Via Tolemaide ist wirklich alles Mögliche geschehen, so als ob 20 Demonstrationzüge aufeinander getroffen wären, in der jede Gruppe komplett verschiedene Verteidigungsmaßnahmen ausübte. Man hatte eine gemeinsame Praxis gefunden, aber wenn diese in die Krise gerät, wendet sich plötzlich jeder an sein persönliches Vermögen und an seine Art, auf der Straße zu demonstrieren. Womit wirklich niemand gerechnet hatte, war ein Angriff der Carabinieri noch während des autorisierten Teiles der Demo, der die Pläne der Tute Bianche komplett erschütterte.

*Wie interpretiert Wu Ming den Wandel der Tute Bianche, die sich nach der Erfahrung von Genua gemeinsam mit anderen Strömungen in Disobbedienti (Die Ungehorsamen) umbenannt haben?*

Als das Wort Ungehorsam noch mit zivil assoziiert war, drückte es die Idee der *cittadinanza* (Bürgerschaft) aus, und zwar genau im Moment, in dem man entscheidet, die Grenze der Legalität zu überschreiten. Das Ganze hatte durchaus eine biopolitische Bedeutung, die sich mit dem Ausdruck Empire gut verbinden ließ. Der Soziale Ungehorsam ist als eine Art Tuschenspielertrick entstanden, um sich in der Nach-Genua Zeit zurecht zu finden. Es war als ob man eine Diskontinuität markierte, ohne dabei zu wissen, was danach passieren würde. Ich selbst finde es fragwürdig, dass diese Definition nach wie vor aufrechterhalten wird, und dass sie als Name eines noch virtuellen politischen Subjektes – im Areal des Ungehorsamen – fixiert wird. Dieser Prozess hat parallel zur Zersetzung des Ausdrucks Empire stattgefunden. Jener wird von den Kommentatoren immer nur falsch als Synonym für Imperialismus, als Metapher für den Nationalstaat der USA, als Metonymie für den Westen usw. benutzt.



Und außerdem, wer soll eigentlich ungehorsam sein? Antwort: die Multitude. Auch dieses Wort ist mittlerweile verbraucht. Es wurde von vielen Seiten herangezogen, um jede erdenkliche Art von Versammlung, Gemeinschaft und leider auch Masse zu unterstützen, obwohl die Multitude doch theoretisch eher das Gegenteil der Masse ist. Persönlich kann ich das Wort nicht mehr aussprechen, ohne dabei lachen zu müssen. Niemand hat bis jetzt die Multitude erklären können, maximal hat man es geschafft, sie noch halb-bewusst anzurufen, wie in Genua. Die Multitude ist ganz sicher nicht die des »Laboratoriums Carlini«, wo zwischen Notmaßnahmen, Platzregen, Überfüllung und letztlich der Lust, einfach abzuhaufen, nichts wirklich erarbeitet worden ist.

Im Französischen gibt es den Ausdruck *Langue du bois*, Holzsprache. Diese bezeichnet die offizielle stalinistische Sprache der PCF (aber auch der PCI) mit ihren immer inhaltsloseren Begriffen. Sie deutete nur noch rituell einen unscharfen Sozialismus und eine Arbeiterklasse an, deren Physiognomie nicht mehr vorstellbar war. Auch die *Autonomia* hatte ihre *Langue du bois*, mit ihren antagonistischen Subjektivitäten, mit der Wiederzusammenfügung des metropolitanischen Proletariats, mit der realen Subsumption und der geradezu obsessiven Wiederholung bestimmter Slogans und Bilder. In den letzten zehn Jahren haben wir diese Sprache verbrannt, weil sie von der Erfahrung entfernte. Es wäre absurd sie mit einer nicht weniger entfremdenden Sprache zu ersetzen. Aber genau das ist passiert.

*In welchem Sinne wurden hier von der aktuellen Bewegung in Italien ähnliche Fehler begangen ?*

Die organisiertesten Teile der Bewegung haben sich in zwei entscheidenden Fehlern verfangen. Zunächst in einem partiellen Triumphalismus, einer tragischen, siegessicheren Kurzsichtigkeit, die dazu führte, in der Verstärkung und der Reproduktion der eigenen Rolle und der eigenen Bewegung innerhalb der größeren Bewegung einen konsequenten Erfolg zu sehen.

Das birgt die Gefahr, eine avantgardistische Logik des 20. Jahrhunderts zu wiederholen, die längst obsolet ist. Wie Subcommandante Marcos sagte: »Mit so einer fortgeschrittenen Avant-

garde, die niemand mehr erreichen kann, wüssten wir nichts anzufangen«.

Um den symbolischen Kampf gewinnen zu können, ist es aber auch notwendig, sich vom zweiten Fehler zu befreien, nämlich vom Gefühl der Niederlage, einer uralten Krankheit der Linken. In den besten Fällen entwickelte diese einen – im übrigen sehr christlichen – Geist des mündlichen Zeugnisses, ein »Dabei sein ist alles«, ein Prinzip, wonach die Teilnahme wichtiger ist als der Sieg. Im schlimmsten, zum Glück aber seltenen Fall führt dieses Gefühl zu einem dogmatischen und geschwätzigem Hyper-Radikalismus. Auf der strategischen Ebene fördert dies eine missgünstige Inaktivität, auf der taktischen Ebene Beschimpfungen jeglicher Art. Der einzige Inhalt dieser Leute ist die Verdammung jeder politischen Kampagne oder Aktion als »inadäquat« oder »reformistisch«, vor allem jeder sprachlichen und kommunikativen Innovation.

*Mit welchen Themen sollte sich die italienische Bewegung stärker auseinandersetzen?*

Obwohl sie hart geprüft wurde hat die »Bewegung der Bewegungen« in Italien und anderen Teilen der Welt die Tollheiten von 2001 in Göteborg und Genua überlebt. Sie konnte neu starten, trotz des Versuchs, sie militärisch wegzufegen. Auch nach dem 11. September, dem ideologischen Truppenanschluss des fünften Reichs, ist es nicht gelungen, die Partizipation Hunderttausender Menschen aufzuhalten. Ganz im Gegenteil haben diese im »enduring war« einen weiteren Grund gefunden, Widerstand zu leisten, auf die Strassen zu gehen und sich zu organisieren. Tausende Flüchtlinge der »ex-historischen« Linken bilden die Grenzen dieser neuen Bewegung und verlangen nach Teilnahme und Diskussionen, nach Ideen, Gesten und Wörtern, die ihnen die Würde der Opposition wiedergeben könnte: das Prinzip Hoffnung, um sich die Aufhebung des gegenwärtigen Standes der Dinge vorstellen zu können.

Ein erstes Problem ist damit sichtbar geworden, das Problem des Imaginären. Besser gesagt: Das Problem der Beziehung zwischen dem Imaginären und dem Imaginierbaren, dieser Bewegung, zwischen der Vorstellung von sich selbst und der anderen,

möglichen Welt, die man andeuten will. Damit eine andere Welt möglich ist, muss es auch möglich sein, sich diese vorzustellen und den vielen anderen vorstellbar zu machen. Man sollte darüber nachdenken, welche die soziale, technische und politische Zusammensetzung der Multitude ist, die wir immer nur benennen, und welche Mythen der Kämpfe sie mit sich bringt und reproduziert.

Wir glauben, dass die Multitude eine Suche nach neuen, begründenden Mythen ausdrückt. Radikal neu! Mit der Betonung beider Termini: eine notwendige Radikalität und die Neuerung als solche. Ohne eine Vorstellung, auf die man sich beziehen kann, eine offene und unendlich redefinierbare Erzählung, an der man frei teilnehmen und die man frei benutzen kann, wird die Bewegung sich nur damit abmühen, ihre neue, experimentelle und noch unbekanntere Erfahrung zu fixieren.

Dabei bietet Italien zahlreiche mythische Stoffe an, z.B. die »italienischen Anomalie«. Man hat viel über die Unregierbarkeit Italiens geredet. Was bedeutet es aber unregierbar zu sein? Unserer Meinung nach bedeutet es, dass wir nie so tief sinken werden wie die Vereinigten Staaten. Das ist wirklich eine regierbare Gesellschaft. In Italien beten viele Leute, dass der Wind noch stärker blasen möge. Es gibt ein permanentes Ungleichgewicht zwischen repräsentiertem und reellem Staat, jetzt noch mehr als jemals zuvor.

Dann definiert man Italien seit langem als »europäisches Südamerika«. Man vergisst dabei, dass Südamerika nicht nur ein Kontinent mit gewalttätigen Widersprüchen, sondern auch der unendlichen Mythopoiesis der Linken ist. Dort arbeitet der Widerstand im Untergrund weiter und tritt immer wieder mit neuen Formen an die Oberfläche, vom Zapatismus, zur Mobilisierung für den kleinen Elián, bis hin zum argentinischen »Cacerolazo«. So ist es auch in Italien. Hier finden wir ein Sediment des Mythos wieder, der ein Hebel sein wird, um die heutige Blockade auszuhebeln.

Wenn man unterwegs ist, merkt man, wie die GenossInnen anderer Länder beeindruckt nach Italien blicken. Das neu entstandene New-York-Social-Forum ist sprachlos, wenn man von den italienischen Sozial-Foren erzählt, die uns hingegen als un-

glaublich langweilig erscheinen. Die Mobilisierung gegen die Abschiebelager für illegalisierte MigrantInnen läuft in ganz Europa, aber niemand hat es bisher geschafft, ein Lager komplett zu demontieren, wie es in Bologna geschehen ist. In keinem anderen Land gibt es die selbstverwalteten Centri Sociali in einer Form, wie wir sie kennen, und mit einer solchen Resonanz, die wir als selbstverständlich annehmen.

Ich könnte, mehr oder weniger zufällig, viele weitere Beispiele aus der Geschichte der letzten fünfzig Jahre zitieren: In Italien hat '68 fast zehn Jahre gedauert. Hier gab es die größte Kommunistische Partei des Westens, und das hatte – positiv wie negativ – eine große Bedeutung. Hier haben sich die innovativsten Richtungen des »häretischen« Marxismus entwickelt, die mit dem Fall-out des Hegemonie-Begriffs Gramscis den Wortschatz der Politik teilweise reformulieren konnten. Um diese ruhelosen Strömungen aufzuhalten, ist Italien zum »Laboratorium der Repression« und der »Prävention« geworden. Es muss noch hingefügt werden, dass Italien tatsächlich das Argentinien Europas ist: Ein Staat, wo das extra-legale Kapital die politische Macht erobert hat, wo die Institutionen einen Kampf auf Gegenseitigkeit betreiben (Exekutive gegen Gerichtswesen), wo die Legitimitätskrise auf internationaler Ebene mit der irreversiblen Krise der politischen Repräsentation der Opposition auf interner Ebene korrespondiert. Ein Land, wo eine Massenbewegung auf den Strassen stark engagiert und zumindest symbolisch eine neue konstitutive Macht darstellt.

Dario Azzellini

## Wir bestehen darauf, dass soziale Themen mehr Platz bekommen ...

Interview mit Piero Bernocchi<sup>1</sup>

*Kannst Du die Entstehung und Geschichte der Cobas kurz zusammenfassen?*

Cobas bedeutet »comitati di base«, Basiskomitees. Ursprünglich stand das »s« für Schule, dort entstanden Ende 1986 die Cobas. Zwei Grundideen waren damals schon prägend: Den politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und gewerkschaftlichen Kampf verbinden und eine Struktur schaffen, die keine Berufsgewerkschafter besitzt, sondern ihre Abwesenheit theoretisch begründet. Das geschah inmitten einer großen Bewegung der Beschäftigten der Schulen, die von Anfang 1987 bis Ende 1988 dauerte. In dieser Zeit bildeten sich in ganz Italien Basiskomitees. Diese sind natürlich nach der Bewegung meist zerfallen. Daraus sind aber die organisierten Cobas entstanden.

In den folgenden Jahren sind auch in anderen Sektoren Basiskomitees entstanden. Viele davon teilen aber unsere allgemeinen politischen Ideen nicht, auch wenn sie sehr harte Arbeitskämpfe führen. Die uns nahestehenden organisierten sich in der Nationalen Cobas-Koordination und 1999 haben wir dann gemeinsam die Cobas-Konföderation gegründet. Das sind die Cobas mit der ursprünglichen Cobas-Idee. Dabei geht es nicht um das Label, sondern um die politische Dimension, die mit Genua noch mal richtig manifest geworden ist. D.h. wir delegieren den allgemeinen Kampf an niemanden und nehmen keine Trennung

<sup>1</sup> Piero Bernocchi ist Sprecher der Cobas-Schule und Mitglied des nationalen Leitungsrates der Cobas-Konföderation.

zwischen sektoralen und allgemeinen Kämpfen vor.

*Es gibt aber auch andere Cobas ...*

Ja, vier Jahre nach uns entstanden in der Industrie die Slai-Cobas (Industriearbeitergewerkschaft-Cobas). Aus einer Spaltung sind dann die Sin-Cobas (Nationale Industriegewerkschaft-Cobas) entstanden. Die Sin-Cobas sind mit dem trotzkistischen Flügel innerhalb von Rifondazione Comunista verbunden. Die Slai-Cobas hingegen sind nach der Spaltung zerfallen. Aktuell existiert keine nationale Struktur mehr, sondern nur etwa sieben verschiedene lokale Strukturen, die eigene Wege gehen. Darüber hinaus gibt es die Cub-RdB (Einheitliche Basiskonföderation-Basisvertretung), die aus einer klassischen Gewerkschaftstradition stammen und auch so strukturiert sind, d.h. mit hauptberuflichen Funktionären. Sie nehmen auch die klassische Trennung von Arbeitspolitik und restlicher Politik vor. Die inhaltliche Positionierung in der Arbeitspolitik ist aber eine radikale, sodass Cobas und Cub-Rdb gemeinsam zu den Streiks 2002 mobilisiert haben. Die Rdb organisieren im öffentlichen Dienst (vorwiegend Ministerien, Finanzämter, Feuerwehr) und haben sich Anfang der neunziger mit der Cub zusammen geschlossen, die sich in der Lombardei von der Fim, der Metallarbeitergewerkschaft der CISL, abgespalten hat. Die Mitgliederzahlen der Cub-Rdb sind höher als bei den Cobas, doch sind die Bereiche der Organisation nicht so zentral.

Die Cobas sind vor allem in Schulen und im Gesundheitswesen stark und verfügen darüber hinaus über die Bereiche restlicher öffentlicher Dienst und Privatwirtschaft, wo bisher auch die »prekäre Beschäftigung« angesiedelt ist. Die bedeutendsten Branchen in der Privatwirtschaft sind Transport, Energie und Telekommunikation. Die Cobas haben etwa 15.000 Mitglieder, wobei in vielen Bereichen keine formale Mitgliedschaft existiert. Bei den Sin-Cobas sind es etwa 6000. Die Mobilisierungsfähigkeit zu Streiks und Demonstrationen ist jedoch viel größer. Wir sind auch politisch sehr sichtbar und im Statut stehen klare antikapitalistische Positionen, so auch dass wir »dafür kämpfen die Gesellschaftsform zu überwinden, die auf Vermarktung und Profit gründet«. Wer sich bei uns einschreibt teilt viele unserer politischen Vorstellungen. Viele stimmen mit unseren kon-

kreten Forderungen und Arbeitskämpfen überein, werden aber vielleicht nicht Mitglied, weil sie unser allgemeines politisches Auftreten nicht teilen.

*Zu welchen allgemeinpolitischen Themen sind die Cobas aktiv?*

Wir machen seit 1991 eine kontinuierliche Antikriegsarbeit, vor allem gemeinsam mit der Cub-Rdb. Wir haben gemeinsam einen Generalstreik gegen den Golfkrieg organisiert an dem sich etwa 250.000 Personen beteiligten. Angesichts des Klimas, das damals herrschte, und der feindseligen Haltung, die die regulären Gewerkschaften einnahmen, ein beachtlicher Erfolg. Zum Jugoslawienkrieg haben wir als gewerkschaftliche Basisorganisation einen eintätigen Generalstreik und weitere Arbeitsniederlegungen von einigen Stunden sowie vier große Antikriegsdemonstrationen hinbekommen. Ebenso zum Afghanistankrieg. Das zweite zentrale Thema sind für uns die Migranten, die wir vor allem als Arbeiter, als Parias der abhängigen Beschäftigung, sehen. Es geht uns nicht nur darum eine zivile, moralische und menschliche Unterstützung zu leisten. Dass Migranten unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten müssen, verschlechtert ja auch die Bedingungen aller anderen Arbeiter. D.h. das Bündnis mit den Migranten nützt allen und ist keine Gefälligkeit oder Almosen. Darüber hinaus sind wir als Cobas in vielen lokalen Kämpfen aktiv, z.B. gegen das Megaprojekt der Brücke nach Sizilien oder gegen genetisch veränderte Lebensmittel. International arbeiten wir in Solidaritätskampagnen für Palästina, Kolumbien, Argentinien ...

*Wie sah der Weg nach Genua für euch aus?*

Der erste Schritt war für uns Porto Alegre, wo wir eine erste Vorstellung davon bekommen haben, welche Art von Bewegung sich in Europa bilden könnte: Eine hybride Bewegung mit mindestens drei Gesichtern. Ein Teil, der gegen alle Aspekte der kapitalistischen Herrschaft vorgeht, ein Flügel, den wir »anti-neoliberal« nennen könnten, der dem Kapitalismus nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber steht, sondern gegen die extremsten Auswüchse vorgeht und der Vorstellung folgt, dass dies

eine Humanisierung oder Demokratisierung des Kapitalismus bedeutet, und als dritten Bestandteil haben wir sektorale Kämpfe, die sich auf bestimmte Kampagnen konzentrieren, diese können aber angesichts des Kontextes eine antikapitalistische Haltung einnehmen, wie z.B. im Falle der Bewegungen gegen die Privatisierung von Wasser, genmanipulierte Lebensmittel, Verschuldung... Jenseits dessen, dass es eine Hegemonie nicht grundlegend antikapitalistischer Kräfte geben mag, und einige zwischen Unterstützung des Neoliberalismus und dem Kampf gegen ihn hin und her pendeln, entsteht dort ein globales Netzwerk, in dem man Präsenz zeigen muss, um eine Radikalisierung von innen voran zu treiben.

Vor der Regierungsübernahme Berlusconis war die Beteiligung an der Vorbereitung eher beschränkt, danach wurde der ganze Prozess unheimlich beschleunigt. Einerseits, weil viele Kräfte sich daran beteiligten, die Monate vorher noch mit der Mitte-Links-Regierung arbeiteten und andererseits, weil es eine große Beteiligung des Bereiches des »Ehrenamts« gab, also der NGO's und anderer, die meist staatlich finanziert waren und durch Berlusconi in eine Krise gerieten.

Doch die Bewegung von Genua war wichtig und im starken Wachstum begriffen, daher wäre es falsch gewesen einfach die Beteiligung pazifistischer und moderater Kräfte zu konstatieren und passiv zu bleiben. Im Vorfeld des G8 haben wir zwei Schwerpunkte gesetzt. Zum einen die Radikalität des gesellschaftlichen Konflikts zu betonen, nicht nur den Konflikt Kapital-Arbeit, sondern auch was öffentliche Einrichtungen, Dienstleistungen, Renten, Prekarität, Flexibilität usw. betrifft. Punkte, die vorher wenig Bedeutung bei der Mobilisierung hatten. Der zweite Punkt war die Warnung bezüglich dessen, was in Genua geschehen würde. Der Großteil der Bewegung dachte an Genua, ohne zu bedenken, dass das Mitte-Links-Klima nicht mehr vorhanden war. Nicht nur wegen der rechten Regierung, bereits im März hatte es in Neapel unter der Mitte-Links-Regierung schlimme Übergriffe gegen eine Demonstration zum dortigen Gipfel gegeben. Es war die internationale Weisung erfolgt, die Haltung gegenüber dieser Bewegung zu ändern, die zu Beginn noch so folkloristisch und begrenzt wirkte, der es aber mittlerweile gelungen war sich lokal

zu verankern und auszuweiten. Neapel war Genua im Kleinen, die Generalprobe, bei der den Instinkten einiger Hundert Ordnungskräfte freien Lauf gelassen wurde.

Wir waren der Meinung, dass man sich nicht auf einen beschränkten Konflikt, der in einem gewissen Rahmen bleibt, nicht verlassen könnte und wollten deshalb weder die Aufteilung in verschiedene Blöcke auf der Straße noch den Ablauf der Demo dem Zufall überlassen. Es ist uns nicht gelungen diese Haltung zu vermitteln. Obwohl es letztlich wahrscheinlich genauso gelaufen wäre, denn die organisierten Teile der Bewegung haben ihre Leute im großen und ganzen heil nach Hause gebracht, während – bis auf die Ermordung von Carlo – die meisten Übergriffe relativ unorganisierte Demoteile getroffen haben. Weil wir die Härte der Polizei erwartet hatten und relativ gut organisiert waren, haben wir aber keine größeren Schäden davon getragen, auch wenn der Black Block vor allem aus unserem Aufzug heraus agiert hat. Da sie aber nie direkt die Polizei angegriffen haben, spielten sich die Auseinandersetzungen nicht bei uns ab.

*Wie war eure Position danach?*

Wir haben darauf bestanden das Konfliktniveau aufrecht zu erhalten, dass es eine Pflicht ist, wieder auf die Straße zu gehen. Der 11. September hat aber die Lage unheimlich verkompliziert. Es war logisch, dass auch die streitbare Einheit im Genova Social Forum (GSF) nicht mehr halten würde. Wir hatten uns immer gegen einen einzigen Sprecher gewandt, der die Einheit aller vortäuschen sollte. Während das in Genua ja noch eine Funktion haben konnte, ist das Ganze gleich danach organisatorisch und inhaltlich in die Krise geraten. Wir haben dafür gekämpft die Unterschiede offen zu legen und zu diskutieren. Das war nicht leicht, es gab welche, die das GSF erhalten und die Debatte aus Angst vor einer Spaltung der Bewegung einschränken wollten. Das betraf vor allem Rifondazione, die ja in ihrer Partei auch verschiedene Seelen vereinen, und darauf drängten, das GSF fortzusetzen und das Italia Social Forum ins Leben zu rufen, und natürlich auch den Sprecher Agnoletto, der ja de facto eine Art »Generalsekretär« war, und wie Rifondazione dieser Bewegung eigene organisatorische Strukturen geben wollte. Dabei

lebte und lebt sie von Netzwerken und Basisstrukturen. Das Modell eigener Strukturen, mit Vertretern und Sprechern, hat nach einigen Monaten nicht mehr funktioniert, da einige Teile der Bewegung es in Frage gestellt haben. Sowohl jene, die aus der Ecke der DS kamen und denen die Hegemonie von Rifondazione schwer im Magen lag, wie auch die Lilliput und die katholischen Organisationen, die den zunehmend radikaleren antikapitalistischen Inhalten nicht zustimmten. Es entstanden dann die lokalen Social Foren, die das Problem aber nicht lösen konnten. Dort fanden sich auf lokaler Ebene die gleichen Blöcke wieder wie im GSF, aber mit weniger Vermittlungsfähigkeit. Letztlich hat es keine organisatorische Lösung gegeben. Aber das ist nicht der Kern des Problems gewesen. Die Schwierigkeiten traten auf, als der gesellschaftliche Konflikt in Italien explodierte, beschleunigt von der CGIL, die aktiv wurde, um weniger die Arbeiter als sich selbst vor einem Frontalangriff der Regierung zu schützen, der sich gegen die Macht, Stärke und hegemoniale Rolle richtete, die die CGIL unter der Mitte-Links-Regierung genoss. Andere haben sich vorgemacht eine hegemoniale Rolle zu haben, weil die acht Monate Unsichtbarkeit der Opposition sie glauben ließen, wir würden weiterhin das Feld bestimmen.

Wir müssen nun versuchen die Hegemonie der CGIL zu verhindern. Wir sind bereit gemeinsam auf die Straße zu gehen und zu streiken, aber es muss eine gemeinsame inhaltliche Plattform geben. Es macht für uns keinen Sinn den Kündigungsschutzartikel 18 für jene zu verteidigen, für die er zutrifft, er muss vielmehr auf alle ausgedehnt werden. Es macht keinen Sinn gegen die neue Schulpolitik vorgehen zu wollen, aber die Gleichbehandlung privater und öffentlicher Schulen beizubehalten.

Das Spiel ist noch nicht entschieden. Positiv ist, dass 2002 wieder so viele Leute in Genua auf der Straße waren, unser Problem ist wirklich nicht die Mobilisierung. Wenn sich die verschiedenen Bestandteile der Bewegung zusammen getan haben, ist das immer gut gelungen. Zentral ist es nun, einige Teilerfolge zu erzielen, auf den gesellschaftlichen Konflikt deines Landes Einfluss zu nehmen und sich nicht nur auf internationale Mobilisierungen zu beschränken. Andernfalls wirst du zu einer moralischen, ideologischen, fast schon folkloristischen Organisation.

*Am meisten Leute mobilisieren ja Cobas, Rifondazione und Disobbedienti. Wie ist euer Verhältnis zu den Disobbedienti?*

Zunächst muss man mal Tute Bianche und Disobbedienti unterscheiden. Die TB waren Leute aus Mailand, Padua, Rom und Bologna. Wir haben ihren politischen Kurs während der Mitte-Links-Regierung nicht geteilt. Nicht nur ihr Demonstrationsverhalten. Die Vorstellung der Simulation des Konflikts auf der Straße fanden wir ablehnenswert. Sie ist nicht bildend, wie viele sagten, sondern das Gegenteil. Es war ein Weg Gewalt zu kanalisieren, der uns während der Mitte-Links-Regierung von gefährlicher Widersprüchlichkeit schien.

Der Kampf gegen die Mitte-Links-Regierung ließ mit den Jahren nach und viele Strukturen der italienischen Linken, auch Soziale Zentren – nicht nur die, die sich auf die TB bezogen – wurden von einer Art speziellen Zusammenlebens mit der Mitte-Links-Regierung angezogen. Die Mitte-Links-Regierung fischte in diesen Kreisen nach Personal, bot neue entlohnte Modelle im tertiären Sektor an, Verträge usw., und integrierte zunehmend Jugendliche in eine Art kontrollierten tertiären Sektor. Außerdem wurde die Frage der Arbeit von den TB vernachlässigt. Wir haben nie verlangt, dass sie gemeinsam mit uns die Arbeiter organisieren, aber wir haben wiederholt Vorschläge gemacht den Bereich der prekären Beschäftigung zu organisieren, wo wir Schwierigkeiten haben, kamen aber nie zu einer Einigung. Dann gibt es Unterschiede in der Gesamtanalyse, aber die sind eher vage, da die TB keine allgemeine theoretische Ausgangslage besitzen und sich verschiedene Städte in der Analyse unterscheiden. Das abstrakte Theoretisieren des Empire hat das Augenmerk vom täglichen Neoliberalismus der Mitte-Links-Regierung abgelenkt. Das ist das Bild der TB vor Genua.

Heute sieht es anders aus. Die Disobbedienti sind anders. Der Großteil, quantitativ gesehen, sind Jungkommunisten (der Jugendorganisation von Rifondazione). Die Analyse der Disobbedienti ist also komplexer, ihr gemeinsamer Nenner ist der Ungehorsam, der wie ein Gummiband alles umfasst. Wir finden den Begriff infantil. Ein Erwachsener sagt nicht, dass er »ungehorsam« ist, das betrifft Kinder und Jugendliche. Der Begriff setzt ideologisch ein Verhältnis zum Gegner voraus, der



uns nicht passt. Wir reden von Konflikt und der spielt sich unter Erwachsenen ab. Der »Ungehorsam« scheint ein Trick zu sein, um die Gewaltfrage zu vermeiden. Die Apologie der Gewalt war uns immer verhasst, aber wir sagen, dass man Gewalt nicht immer und ewig, hier und überall ablehnen kann. Der Einsatz von Gewalt kann notwendig sein. Die Frage stellt sich in Italien zwar nicht, aber wir werden trotzdem weiterhin die klassische Terminologie benutzen. Und in der ist der zivile Ungehorsam etwas, was mit einer ganz anderen Praxis verbunden ist. Wenn man dann Hausbesetzungen, Straßenblockaden oder das Auseinandernehmen eines Abschiebeknastes »Ungehorsam« nennt, ist das ein rhetorischer Trick.

#### *Und wie sieht es mit Rifondazione aus?*

Unser Verhältnis zu Rifondazione ist schwer zu erklären, immerhin gibt es vier organisierte Strömungen und dort wiederum verschiedene Positionen. Rifondazione ist wie das Abziehbild der Bewegung, in dem Sinne, das es keine Position in der Bewegung gibt, die sich nicht auch in Rifondazione wiederfindet. Sie haben es tatsächlich geschafft sich mit der Bewegung zu identifizieren. Seit sie vor einigen Jahren aus der Mitte-Links-Regierung rausgegangen sind gab es in zahlreichen Punkten eine Verständigung. Das Problem wird dann wieder auftauchen, wenn Rifondazione sich im Hinblick auf Wahlen wieder in einen Kontext der »Einheit der Linken«, auch mit moderaten Kräften, begibt. Ich weiß nicht, ob das geschehen wird, aber es ist denkbar.

#### *Wie sind eure Perspektiven?*

Auf nationaler Ebene gehen wir davon aus, das einige Teilerfolge notwendig sind. In den Schulen ist uns das gelungen, wir haben die Privatisierungsvorhaben abgeblockt und die Regierung musste auch in anderen Fragen zurückweichen. Wir müssen das auch bei der Verteidigung der öffentlichen Strukturen schaffen, möglichst auch ihren gesellschaftlichen Charakter stärken und am besten die sozialen Rechte auf Schule, Gesundheit und Renten ausweiten. Wir müssen gegen die allgemeine Flexibilisierung der Arbeit neue sichere Regeln einführen und die Rechte aller Betroffenen erweitern. Dann ist da die Lohnfrage, die in

den letzten Jahren geopfert wurde. Wir setzten in Italien stark auf diese beiden Themen: Die Verteidigung der öffentlichen Strukturen und der Konflikt Kapital-Arbeit. Wenn der Gegner hier durchkommt, verliert sich der populäre Massencharakter der Bewegung. Hier sind wir auch zu Allianzen bereit, sogar mit der CGIL, die gegen Berlusconi kämpft, aber auch versucht uns zu schlagen.

Darüber hinaus suchen wir die Einheit der Basisgewerkschaften. Wir werden für gemeinsame Branchen- und Generalstreiks mobilisieren und Allianzen suchen.

In der Bewegung ist es uns recht, dass sie von der Thematik her so breit bleibt, aber wir bestehen darauf, dass soziale Themen mehr Platz bekommen. Wir sind an der Entstehung eines europäischen Netzwerke interessiert. Nicht etwa, weil wir Europa privilegieren wollen, sondern weil es eine gewisse Homogenität der Konflikte, Angriffe und Gegebenheiten gibt. In diesem Rahmen ist das Europäische Sozialforum eine sehr wichtige Etappe. Es ist ein Versuch europäische Konflikte und Netzwerke zu diesen ganzen Themen aufzubauen. Und dann geht es um eine Art neue Internationale der Arbeit, der am härtesten vom Kapitalismus betroffenen gesellschaftlichen Sektoren weltweit. Sie sollte alle Konflikte gegen die Waren- und Marktförmigkeit umfassen und wo immer sich Widerstand dagegen richtet, dass etwas zur Ware wird, sei es Wasser, der menschliche Körper, Saatgut usw., müssen wir präsent sein. Diese Konflikte müssen vom Teilbereich ausgehend das Bewusstsein erzeugen, dass der Satz »eine andere Welt ist möglich und nötig« realistisch ist. Und wenn man sich dagegen wehrt, dass etwas zur Ware wird, dann muss man natürlich auch erklären, wie es stattdessen gehandhabt, verteilt und organisiert werden soll. Und dabei kann eine postkapitalistische Gesellschaftsordnung ja schon vorgezeichnet werden. Was das Problem der Probleme ist. Das, was uns während der vergangenen Jahrzehnte gefehlt hat, war ja, angesichts des Horrors und der Abartigkeiten des Kapitalismus sagen zu können, welche andere Gesellschaftsform ohne analoge Fehler und Ungerechtigkeiten funktionieren könne. Das war ja das verheerende am Realsozialismus, dass er den Eindruck erzeugt hat, man bewegt sich am besten gar nicht, da die Alternativen zum

## Vom zivilen zum sozialen Ungehorsam

### Stimmen der »Disobbedienti«\*

*Warum habt ihr in Genua die weißen Overalls abgelegt?*

Francesca Ruocco, 22 Jahre, Bologna: Einer der Entstehungsgründe der Tute Bianche war, den Unsichtbaren eine Stimme zu geben, und das in einem Moment, in dem es in Italien keine Bewegung von unten gab, die Rechte einforderte. In Genua war diese Multitude aber sichtbar, das heißt, die Tute Bianche wären in dem Moment kein Werkzeug mehr gewesen, die den Unsichtbaren eine Stimme gibt, sondern etwa Identitäres, ein Unterschied zu den anderen Demonstranten. Deshalb haben die Tute Bianche in Genua ihre weißen Overalls ausgezogen – um in der Multitude aufzugehen.

Federico Martelloni, 26 Jahre, Bologna: Vor Genua war in den italienischen Zeitungen jeden Tag ein Bild von Angehörigen der Tute Bianche, mit Helm, Schild, Schutz usw. Diese extreme Überrepräsentation der Tute Bianche ergab ein Problem: Die Tute Bianche riskierten, wie eben schon gesagt, von einem Werkzeug zu einer Identität zu werden. Wir riskierten den zivilen Ungehorsam ausgerechnet in einer Phase zu professionalisieren, in der er zur Massenpraxis werden konnte, wofür er ja auch erfunden wurde. Es brauchte keine Professionalisierung, um den Körper einzusetzen, sich zu schützen, einen Helm aufzusetzen oder ein Schild zu halten. Den weißen Overall zu behalten hätte das Risiko mit sich gebracht, sich zu begrenzen, denn es gab eine viel breitere allgemeine Praxis: Im Carlini-

\* Dieses Kapitel basiert auf Interviews, die für ein Video über die »Disobbedienti« (Die Ungehorsamen) geführt wurden. Das Video von Oliver Ressler und Dario Azzellini wird im November 2002 erscheinen. Bezugsadresse bzw. Kontakt: [oliver.ressler@chello.at](mailto:oliver.ressler@chello.at)

Stadion waren 15.000 Leute, die mit zivilem Widerstand in die Rote Zone eindringen wollten. Daher verlasen wir, bevor wir das Stadion verließen, ein letztes Kommuniké der Tute Bianche. Wir wollten die weißen Overalls nicht mehr anziehen, sie waren die Schaumkrone einer Welle gewesen, die uns bereits wieder mitgerissen hatte. Wir haben damals auch für die Zukunft beschlossen, die weißen Overalls auszuziehen und in der Multitude aufzugehen, zumal es eine Multitude war, die eine gemeinsame Praxis hatte. Und das war das wichtigste.

Ulia Conti, 23 Jahre, Mailand: Genua war ein wichtiger Übergang, den weißen Overall auszuziehen ohne eine Praxis aufzugeben, die sich ja sogar noch ausbreitete. Mit der Praxis des Ungehorsam gelang und gelingt es immer mehr Personen, eine enorme Multitude, konfrontativ auf die Straße zu bringen. So entsteht eine partizipativ aufgebaute Übereinstimmung vieler, die das Konfliktniveau aber nicht senkt.

*Aber in Genua scheiterte das Konzept des zivilen Ungehorsam. Warum?*

Federico Martelloni: Der zivile Ungehorsam war politisch und nicht militärisch angelegt. Es war uns bewusst, dass es unmöglich ist, sich militärisch mit einer Macht zu messen, die Tausend mal stärker ist als du. Der politische Mechanismus bestand darin, im Vorfeld öffentlich zu machen, was auf der Straße passieren würde. Das legte auch die Ebene der Auseinandersetzung fest. Körper gegen Körper war dabei einkalkuliert, ebenso, dass du aufgehalten und niedergeknüppelt wirst. Aber was in Genua passiert ist, dass die GenossInnen Angst haben müssen zu sterben, dass die Carabinieri schießen, es Angriffe mit Tausenden von Gasgranaten gibt ... – das war nicht einkalkuliert. Der Staat hat dort beschlossen keine politische, sondern eine ausschließlich militärische Antwort zu geben. Er hat den ersten Zyklus globaler Kämpfe mit einer globalen Kriegserklärung abgeschlossen. Eine Vorwegnahme dessen, was nach dem 11.9. passiert ist. Also die politische Ebene dicht zu machen und sich auf die Ebene des Krieges als Ordnungsinstrument, als einzige Form der Legitimation der brutalen Macht des Imperiums, zu begeben.

*Wie wirkte sich das auf den zivilen Ungehorsam aus?*

Francesco Raparelli, 25 Jahre, Rom: Wenn es einerseits eine Ausweitung der an die globale Bewegung angebotenen Formen zivilen Ungehorsams gab, so fanden sie in Genua ihren Höhepunkt und zugleich erschöpften sie sich. Von da an wird ein neues Vorgehen entwickelt und ausprobiert: der soziale Ungehorsam. Er hat einige Qualitäten, aber auch Grenzen, die klar geworden sind und um die herum eine »consulta«, eine Italienweite Beratung in der Bewegung der Ungehorsamen eingeleitet wird. Wir stehen vor dem Problem, eine Praxis, die eine Straßenaktionsform war, in eine Ansammlung von Praxen zu verwandeln, die in den Konflikten der migrantischen Arbeit und den neuen Formen der Beschäftigung, einen Platz finden. Das umso mehr, weil in Italien die Arbeitskonflikte wieder ausbrechen – die Zentralität der Gewerkschaft, der Konflikt um den Artikel 18<sup>1</sup>, das Kündigungsschutzgesetz. Das ist das Spiel, das der soziale Ungehorsam spielen müsste. Wie kann die Mobilisierung der Massen, die mit den Praxen des zivilen Ungehorsam gelang, in einer breiten, langfristigen und verbreiteten Dynamik der Praxen des sozialen Ungehorsams in den verschiedenen Formen des Konflikts und bei den sozialen Subjekten verankert werden. Nicht als Megakomponente, als Logo oder abgetrennte Organisationsform, sondern als Organisationsformen sozialer Kämpfe.

Ulia Conti: Der Übergang vom zivilen Ungehorsam zum sozialen Ungehorsam folgt aus der Analyse, weder den eigenen Weg aufzugeben, auch nicht den Ungehorsam oder den Konflikt aufzugeben, und aus der Notwendigkeit, einen Ungehorsam zu finden, der über die Straßen hinaus reicht.

*Wer oder was sind die Disobbedienti?*

1 Es handelt sich um die »Reform« des Kündigungsschutzparagraphen, mit der die Regierung den Kündigungsschutz fast gänzlich abschaffen will. Während CISL und UIL sich mit der Regierung geeinigt haben, hat die CGIL verkündet, es gebe keine weiteren Gespräche mit der Regierung und auch keinerlei Verhandlungen über den Artikel 18, die »Reform« müsse vom Tisch.

Gianmarco de Pieri, 28 Jahre, Bologna: Die Disobbedienti sind die Fortsetzung der Tute Bianche, mit viel mehr Frauen und Männern, die diese Erfahrung teilen, in Italien und in Europa. Wir arbeiten gemeinsam mit vielen am Aufbau der Ungehorsamen. Aber die Disobbedienti haben ebenso wenig wie die Tute Bianche ein Programm, dem man sich anschließen könnte oder ein klares politisches Projekt. Sie wollen ein ständiges Fragen sein, ein zapatistisches fragend laufen, bei dem danach gesucht wird, wie man ungehorsam sein kann, wie man überflüssig werden kann als Bewegung. Das wird dann der Fall sein, wenn die Praxis des Ungehorsam und der Konstituierung der Rebellion gegen das Imperium uns übertrifft und weit über uns hinausgeht. Es ist ein Weg, der aus ständigem Fragen, aus zu bildenden Sprechweisen und Mythen, sowie aus von uns gemeinsam zu erfindenden Praxen besteht. Die Männer und Frauen, die den sozialen Ungehorsam annehmen und praktizieren, um ihn täglich neu zu definieren und erfinden.

Das sind die Disobbedienti.

Ulìa Conti: Diese Bewegung entstand aus verschiedenen Erfahrungen, angefangen mit denen aus dem Bereich der Autonomia, den sozialen Zentren, vor allem denen des Nordostens und anderen der »Jungen Kommunisten«, die die Jugendorganisation einer Partei sind, Rifondazione Comunista, die sich von den Kommunistischen Parteien der ganzen Welt unterscheidet. Hinzu kamen Kollektive von Studenten, Prekären und Einzelne, die sich in dieser Bewegung vor allem Dank der Praxis als Protagonisten wieder erkennen konnten.

*Könnt ihr genauer erklären, was der soziale Ungehorsam sein soll?*

Ulìa Conti: Der soziale Ungehorsam ist ein Weg, Übereinstimmung und Konflikt zu verbinden, d.h. weiter auf die Straße zu gehen und Ungehorsam weiter auszuüben, auch direkte Aktionen des Ungehorsam, aber zugleich zu versuchen, diese Aktionen mit verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verbinden. Schließlich erstreckt sich Ausbeutung auf alle Bereiche, nicht nur auf die Schicht oder den Sektor der Jugendlichen, die ungehorsam und rebellisch sind.

Francesca Ruocco: Der Ungehorsam wurde in Genua von allen praktiziert, das ganze Genua Social Forum hat sich diese Aktionsformen zu eigen gemacht, von den Ultrapazifisten bis zum No Global-Network. Der Ungehorsam hat als Kampfform weite Kreise gezogen, weil es gelungen ist, den Diskurs von Konflikt und Übereinstimmung aufrecht zu erhalten und die alte Debatte Gewalt-Gewaltlosigkeit zu überwinden. Selbstverständlich geht es nicht darum, das alle, von der Metallergewerkschaft FIOM bis zu den Studenten, »Ungehorsame« werden. Es ist richtig gegen falsche Regeln Ungehorsam zu leisten. Regeln, die keine Legalität repräsentieren, sondern Barbarei. Es ist also richtig eine neue Legalität und neue Rechte von unten vorzuschlagen. Das ist für uns die zu transportierende Botschaft. Jetzt erklärt sogar die FIOM einige ihrer Aktionen zu Akten des Ungehorsam. Ich denke, wir haben große Fortschritte gemacht, schon der Diskurs in Genua, Rote Zonen überall zu überwinden, auch die, die wir jeden Tag vor uns haben: Grenzen, Abschiebeknäste, Rote Zonen des Wissens...

Gianmarco de Pieri: Den sozialen Ungehorsam als Überwindung des zivilen Ungehorsam konnten wir in Genua sehen, wo Anwälte gegen das Imperium und für die Verteidigung der Bewegung der Bewegungen agiert haben. Das gilt auch für das Krankenhauspersonal, die Männer und Frauen, die in jenen Tagen eine medizinische Notversorgung auf der Straße aufgebaut haben. Das gilt auch für die Journalisten, die sich entschieden die Wahrheit zu erzählen, die sich ihrer Rolle widersetzen und auf die Seite der Bewegungen stellten. Aber das beste Beispiel sozialen Ungehorsams ist die Demontage des Abschiebeknastes hier in Bologna.

Am 25. Januar 2002 haben die italienischen Ungehorsamen den Abschiebeknast in der Via Mattei auseinandergenommen. Dieser Knast dient der Abschiebung der Migranten, die als »illegal« bezeichnet werden, weil sie keine Aufenthaltspapiere besitzen. Die Ungehorsamen haben mit einer neuen politischen Aktionsform dieses »Lager gegen die Menschlichkeit« zerlegt. Alle abmontierbaren Teile wurden entfernt und draußen gestapelt. Die Gitter wurden der Zivilgesellschaft übergeben, die uns vor diesem schändlichen Bau erwartete. In der Region Emilia

Romagna ist dieser Bau eine Art Versuchslabor, es sollen zwei weitere Knäste dieser Art dort entstehen. Deshalb haben wir den Abschiebeknast auseinandergenommen. Es hat fünf Monate gedauert bis alles wieder im ursprünglichen Zustand war und das hat laut Staatsanwaltschaft 500.000 Euro gekostet. Die Aktion in der Via Mattei ist ein Beispiel dafür, wie durch sozialen Ungehorsam radikale Praxis mit Bildung von Übereinstimmung verknüpft werden kann.

Federico Martelloni: Nach Genua haben wir uns überlegt, dass es vielleicht keinen Sinn macht zivilen Ungehorsam nur in der Masse, die bei einer Demonstration die Grenzen der Legalität ausdehnt, zu praktizieren. Die Grenze der Legalität ist vielschichtiger und ausgefranst. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass der Ungehorsam bereits mehr sozial als zivil ist und genau das gefördert werden muss. Also die Ausbreitung der Praxen des sozialen Ungehorsam in sozialen Netzen. Wir haben versucht in dieser Richtung zu arbeiten. So ist z.B. das Verletzen des Copyright eine allgemein anerkannte Form des Ungehorsam und extrem interessant. Außerdem haben wir uns überlegt, was wir als sozialen Ungehorsam machen könnten. Einiges haben wir in Sevilla gelernt, sogar von den offiziellen Gewerkschaften, die sich anstatt am Tage des Generalstreiks acht Stunden von der Arbeit fernzuhalten, beschlossen hatten, 24 Stunden zu streiken und um Mitternacht zu beginnen und die Straßen zu blockieren, denn die Fabrik ist schon in der Gesellschaft und in der Stadt und produziert dort Waren, durch Transport, Kommunikation. Es gibt nicht mehr die großen industriellen Konzentrationen, wo es reicht, die Arme zu verschränken. Die Produktionsketten der Zulieferer müssen blockiert werden, zugleich werden die Kneipen blockiert und die Leute herausgeholt, um Leute zusammenzubringen, die normalerweise nicht zusammenkommen wenn Arbeiter oder Selbstständige bei einem eintägigen Generalstreik auf der Straße sind. Wir überlegen, wie Streiks generalisiert werden können. Beim Generalstreik in Italien haben wir Gebäude blockiert, in denen neue Arbeitsformen waren, wie Callcenter der Telefongesellschaften, wir haben mit Silikon Türen von Zeitarbeitsfirmen dicht gemacht – da ist es z.B. schwer auszumachen, was die Arbeitszeit ist, denn außer

der reinen Arbeitsleistung ist da ja noch die Wartezeit, während derer der Zeitarbeiter der Vermittlungsfirma zur Verfügung steht und darauf wartet irgendwohin geschickt zu werden, um seine Arme und seinen Kopf zu verkaufen. Diese Zweiteilung der Zeit wirft ja auch die Frage nach der Entlohnung der Wartezeit auf... Das Dichtmachen der Zeitarbeitsfirmen war ein Hinweis darauf, welche Rechte fehlen und welcher Missbrauch der neuen Arbeit existiert.

*Welche Probleme seht ihr bei dem Konzept des sozialen Ungehorsam?*

Federico Martelloni: Aus dieser zentralen und allgemein geteilten Praxis ein Logo zu machen, wäre einschränkend, denn wir praktizieren ja auch andere Sachen, die sicher genauso wertvoll sind. Wir sind in den besetzten Zentren und Social Foren, wir lesen und schreiben, wir produzieren, wir organisieren Veranstaltungen und kooperieren mit anderen Subjekten in den Räumen, die wir gewählt und erfunden haben zum wohnen und leben. Die Logo-Funktion, die auf andere, die anders sind als du und mitmachen wollen, eher ausschließend wirkt, ist ein Problem.

Francesca Ruocco: Es ist offensichtlich, dass nicht deine gesamte politische Aktion und alle Kampfformen auf Ungehorsam reduziert werden können. Kampfformen wie Flugblätter, öffentliche Versammlungen usw. Der Ungehorsam wollte Alternativen von unten vorschlagen, also dem aktuellen Status Quo, der uns nicht gefällt, von unten neue Rechte entgegen stellen. Klar, der Ungehorsam ist ein Werkzeug, das bevorzugte, aber nicht das einzige, sonst wäre die Niederlage vorprogrammiert.

So wie bei den weißen Overalls besteht allerdings auch beim Ungehorsam das Risiko, dass er von einem Werkzeug zu einer Identität wird. Es geht nicht darum, dass alle Ungehorsame werden oder wir die »wahre Form des Ungehorsam« in unseren Händen halten. Der Ungehorsam hat verschiedene Formen, aber es bleibt ein Werkzeug. Identität baut auf Inhalten auf: Die Globalisierung der Rechte, MigrantInnen, Arbeit, neue Partizipationsformen von Unten schaffen ... Die Inhalte, die diese Bewegung immer hochgehalten hat.

Francesco Raparelli: Der soziale Ungehorsam kann dort funktionieren, wo er kollektive Praxen erprobt und die neuen Konflikte der Arbeit, der migrantischen Arbeit, der Ausbildung oder der Wiederaneignung von Kultur durchzieht. Und zwar mittels der Praxen, die die Subjekte selbst ausdrücken. So wie beim Generalstreik am 16. April, der generalisiert wurde.

Also die Bedeutung der Blockade der Waren- und Kommunikationsflüsse, wie es in einigen Städten praktiziert wurde, auch mit dem Bezug auf Aktionen in Argentinien. Das ist ein Element der Stärke und positiv. Sich aber nur als sprachliches Einigungselement dessen, was ohnehin geschieht, zu präsentieren, funktioniert nicht. Es muss ein konkretes politisches und praktisches Ausprobieren der sich eröffnenden Prozesse geben. Eine Gesamtheit von Konflikten, die die Fragen der Arbeit, des Einkommens, der Bürgerrechte, der Migrantinnen, der Ausbildung, wieder ins Zentrum rückt.

*Für was stehen die Ungehorsamen?*

Federico Martelloni: Wir sind häufig gefragt worden, ob wir ein Programm haben, als Tute Bianche oder als Ungehorsame. Ich glaube, die Frage ist falsch gestellt. Wir haben von den Zapatisten gelernt, uns als Teil zu sehen, weder als der einzige noch als der beste. Außerdem bin ich weiterhin mit Marx der Meinung, dass der Kommunismus keine Etappe ist sondern ein Prozess. Die Sozialen Zentren sind Erfahrungen sozialen Konflikts aber auch alternativer Produktion, die Social Foren sind eine Erfahrung nicht-repräsentativer Demokratie gewesen, mal gelungen, mal schlecht, mal nur zeitweise gut, aber es sind Embryonen neuer Institutionen oder neuer öffentlicher Orte der Multitude, Orte der Reflexion, der Planung und Entscheidung über die Stadt. Hier entscheiden die sozialen Subjekte selbst wie und ob möglich ist, sauberere Luft zu atmen, eine Stadtplanung zu machen, die es einer größeren Anzahl von Leuten erlaubt besser zu leben, oder wie die Anerkennung der migrantischen Subjektivität initiiert werden kann, anstatt Solidarität nur mit dem üblichen Paternalismus der westlichen Gesellschaften zu pflegen. Wir müssen Teile des Weges zurücklegen und nicht eine neue Gesellschaft entwerfen.

Natürlich ist dieses System nicht reformierbar. Der Zusammenbruch Argentiniens hat gezeigt wie zerstörerisch und tödlich – auch in wirtschaftlicher Hinsicht – die Rezepte des IWF sind. Zahlen über den Hunger in der Welt und das Pro-Kopf-Einkommen zeigen deutlich wie unnützlich die Verteilung der Brotsamen ist, wie sie auch auf dem G8 diskutiert wurde. Um so mehr, wenn das Imperium den Krieg als Ordnungsinstrument benutzt. Der Afghanistankrieg unterschied sich stark von den klassischen Kriegen. Man wusste nicht, wem er erklärt wurde und wann er als gewonnen angesehen werden konnte. Er hat eine permanente Dimension, der man nur mit radikaler Kritik entgegentreten kann.

*Wie wird den die Zukunft der Bewegung und der Disobbedienti aussehen?*

Gianmarco de Pieri: Es ist schwer zu sagen wie die Zukunft der Bewegung der Bewegungen aussieht. Erstens, weil sie das autonom entscheiden wird, zweitens, weil das eine Herausforderung auf der Höhe der Zeit ist, die Einzelne sicher nicht meistern können. Drittens, weil nicht alles von uns abhängt, wir sind nur ein Akteur auf dem Spielfeld. Und wir sind sicher nicht der Stärkste und auch nicht der Beste. Ich glaube aber, dass es zwei Aspekte gibt, die sehr wichtig sind. Erstens, wenn man sich die Welt anschaut, gibt es von Seiten der rechten Regierungen der Nationalstaaten eine Wende hin zu einem Antiglobalisierungskurs. Einerseits eine Rückkehr zur nationalen Ebene und zu rigiden Polizei- und Kontrollmaßnahmen und andererseits zu einem Warfarestaat, also einem Nationalstaat, der direkt an den permanenten globalen Krieg gekoppelt ist. Wir müssen uns als Bewegung der Bewegungen als New Global zu sehen, global in Grundlage und Ursprung, in Kultur, Willen und Wünschen. Also eine globale Bewegung und globale Kämpfe, die wir führen werden. Global gegen diese Globalisierung. Für eine Globalisierung der Rechte, der Wünsche, der Träume. Gegen diese Globalisierung, die ihre Grundlage im permanenten globalen Krieg hat und die eine Rückkehr der Nationalstaaten mit Polizei-, Kontroll- und Warfarefunktionen fordert. Zweitens stellt sich dieser Bewegung die Frage der Bündnisse. Es ist notwendig,



dass die Rebellen, die Ungehorsamen, die Sprache, den Rahmen und den öffentlichen Raum finden, um mit den Radikaldemokraten zu sprechen – gegen das Imperium. Ein Weg muss gefunden werden, dass Rebellen und Demokraten sich gegen das Imperium des permanenten globalen Kriegs stellen.

Aber diese Herausforderung betrifft vor allem die Demokraten, die schon in anderen Bewegungsphasen, vor allem auf diesem Kontinent, die Rebellen an das verkauft haben, was später zum Imperium wurde. Ich meine damit den fordistischen Kampfzyklus 69-77, der mit dem Ausverkauf der Rebellen an die Staaten durch die Demokraten endete.

Federico Martelloni: Diese No Global oder New Global-Bewegung, ist mir auch egal, wie sie sich nennt, muss weiterhin untereinander und nach außen sprechen. Es ist sehr wertvoll Erfahrungen zusammen zu bringen. Was bedeutet es z.B., den Zapatismus mit der postoperaistischen Denkweise einer fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaft zusammen zu bringen? Es kann die Tute Bianche bedeuten, aber ich hoffe, es bedeutet viel mehr...

Andererseits glaube ich, dass sich die Bewegung auch eines Themas annehmen muss, das bisher gefehlt hat: Arbeit und die Wandlung der Arbeit. Europa und die europäischen Bewegungen müssen sich die Frage einer europäischen sozialen BürgerInnenschaft stellen, die losgelöst ist von der Arbeit, von der Form, wie wir sie ein Jahrhundert lang kannten. Die Forderung nach einem europäischen Existenzgeld und der freie Zusammenschluss von Gemeinschaften, der offen ist für alle, die entschieden haben in Europa ihr eigenes Leben und ihre Zukunft zu situieren, also die Migranten – das sind die zentralen Achsen entlang derer die Diskussion entwickelt werden muss. Das kann bedeuten Generalstreiks zu organisieren, das kann heißen Lager wie die Abschiebeknäste auseinander zu nehmen. Das können auch Projekte und Prozesse der Anerkennung des Anderen sein, gemeinnützige Genossenschaften sein, beginnende gemeinsame Arbeit mit Migranten. Eben weitere Teile des Weges.

Gianmarco de Pieri: Die Tute Bianche bzw. Disobbedienti haben immer viel zum Thema Migranten, ihren Rechten und der ihnen verweigerten Menschenwürde gearbeitet. Denn der erste

Vorläufer des permanenten globalen Krieges ist der Krieg gegen die Migranten gewesen. Gegen Männer und Frauen, die aus ihren Ländern fliehen auf der Suche nach einem besseren Leben, entweder weil sie es sich subjektiv wünschen aus den Ländern wegzugehen um hier ein anderes Leben zu führen, oder weil sie durch Kriege und Armut dazu gezwungen werden. Wir haben zahlreiche Kämpfe mit ihnen gemeinsam geführt, wie z.B. gegen das Gesetz Turco-Napolitano, das die vom Schengener Abkommen vorgesehenen Abschiebeknäste in Italien eingeführt hat, oder gegen das noch schlimmere Bossi-Fini-Gesetz, das von der Berlusconi-Regierung verabschiedet wurde.<sup>2</sup> Wir stehen für den Aufbau eines anderen Europas: Ohne Grenzen, ohne Mauern, offen, sozial und solidarisch.

Ulia Conti: Unser nächstes Ziel ist die Generalisierung der von Arbeitern ausgerufenen Streiks. Sie zu generalisieren, um die Rechte zu generalisieren. Also nicht nur Solidarität mit den Arbeitern ausdrücken, sondern zusätzlich zur Forderung, dass die Rechte der Arbeiter nicht beschnitten werden, als Protagonisten neue Rechte zu fordern, für ein neues Subjekt, das sich herausbildet. Und das ist eben nicht der klassische Arbeiter, sondern viel eher der prekär Beschäftigte, ein junger Mensch, der vielleicht studiert und nur gelegentlich Arbeiter ist, aber vor allem jemand ist, der weder in der Schule noch auf Arbeit Rechte hat und deshalb neue Rechte entsprechend der neuen Bedürfnisse, die wir alle haben, fordert.

Francesco Raparelli: Was die Perspektiven betrifft, da fließen verschiedene Elemente zusammen: Das Wiederaufkommen der Arbeitskonflikte in Italien und in Europa. Damit ist auch die Hypothese eines europäischen Generalstreiks aktuell. Dann die Krise der europäischen Sozialdemokratie, das Ende des moderaten Neoliberalismus und die Notwendigkeit des Bruchs. Ich glaube, dass es innerhalb dieser Dynamik wichtige sein könnte,

2 Mit Bossi-Fini-Gesetz sind die neuen Zuwanderungs- und Ausländergesetze gemeint. Die neue Gesetzgebung verschlechtert das ohnehin bereits prekären Rechts auf Asyl. Italien ist das einzige europäische Land ohne eine spezifische Asylgesetzgebung. Außerdem bedeutet es eine grundsätzliche Verschlechterung aller Einreise-, Aufenthalts- und Zuwanderungsregelungen sowie Arbeitsrechte.

die Erfahrung des globalen Raums von Bewegung wiederzugewinnen und zu stärken, mit den Aspekten der Arbeit, wie sie von den Unsichtbaren<sup>3</sup> vor Jahren ausgearbeitet wurden.

Auf dieser Grundlage könnten in einer neuen mächtigen Phase des Konflikts in der Arbeit Praxen reaktiviert werden, die in der Lage sind Vorstellungswelten aufzubauen, Brüche zu vollziehen, Rechte auszuweiten, die Frage des Existenzgeldes auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist ein Element, und wenn das verbunden wird mit einer europäischen Dimension – ich habe gerade die Erfahrungen des Streiks und Sevilla und Madrid, des Generalstreiks, hinter mir –, dann bekommt es natürlich Gewicht. Der Raum der europäischen Metropolen muss ins Spiel gebracht werden, als Raum der Möglichkeit des europäischen Generalstreiks. Die Frage ist, wie im Postfordismus Sabotage, Desertion und Ungehorsam gegenüber der Ordnung, der Kontrolle der Arbeit und der Kontrolle der Migration und des in Arbeit gesetzten Lebens organisiert werden können. Ich denke, das könnten wichtige Verbindungen sein, die auch bezüglich der Krisenelemente und Denkprozesse globaler Bewegungen einen wichtigen Sprung auslösen könnten. Entsprechend kann man europäische Verbindungen aufbauen. Ich sehe die Möglichkeit, dass sich das machen lässt.

3 »Die Unsichtbaren« wurden die Tute Bianche bei ihren Aktionen genannt, bevor die Praxis ausgefeilter und Italienweit ausgedehnt wurde.

**Dario Azzellini**

## **Genua war eine bedeutende Etappe ...**

### **Interview mit Fausto Bertinotti<sup>1</sup>**

*Rifondazione Comunista hat einen für eine kommunistische Partei eher ungewöhnlichen Weg eingeschlagen, vor allem seit sie die Mitte-Links-Regierung verlassen hat. Kannst Du die Gründe nennen, die von der Regierung weg und mehr zu einer Bewegungspolitik geführt haben?*

Fausto Bertinotti: Eigentlich ist es nicht korrekt zu sagen Rifondazione Comunista habe die Mitte-Links-Regierung verlassen, denn Rifondazione Comunista (PRC) war nie ein integraler Teil der von Romano Prodi geführten Regierung. Die Position der PRC war tatsächlich die einer Unterstützung der parlamentarischen Mitte-Links-Mehrheit von außen, ohne eine Beteiligung an der Regierung und ohne institutionelle Verantwortungen, die aus einer Regierungsbeteiligung resultieren würden. Der Grund dafür war recht einfach: 1996 wurde ein Wahlabkommen zwischen Rifondazione Comunista und dem Mitte-Links-Bündnis geschlossen, es beinhaltete den gegenseitigen Verzicht auf die Aufstellung von Konkurrenz Kandidaten in Wahlkreisen mit nur einem Kandidaten. Es hatte das Ziel den sogenannten »Pol der Freiheit«, also das von Berlusconi dominierte rechte Bündnis, zu schlagen. Das Land kam damals aus zwei Jahren Regierungszeit der rechten Parteien, die einen tiefen Eingriff im Rentensystem versuchten, was zu einer einzigartigen Massenreaktion führte. Auf der Welle schien das Abkommen zum Kandidaturverzicht die sinnvollste Wahltaktik, um die Rechte zu besiegen und zugleich Rifondazione Comunista und die Mitte-Links-Koalition getrennt zu halten. Denn die Positionen der Mitte-Links-

1 Fausto Bertinotti ist der Vorsitzende von Rifondazione Comunista.

Koalition waren sowohl in Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie auch in internationaler Politik, weit von den unseren entfernt. Der Bruch mit Prodi und Mitte-Links erfolgte nicht plötzlich, sondern reifte lange Zeit heran und überstürzte sich dann, weil wir nach zwei Jahren Regierung die Notwendigkeit einer Wende einforderten. Wir haben also nicht an einer maximalistischen Forderung gebrochen (à la wir fordern 100 und sie geben uns 10), sondern an der Frage der Marschrichtung: Geht es in Richtung einer Alternative zu den neoliberalen Politiken oder sollen sie nur verwaltet werden?

Wir haben diese Entscheidung an einigen einfachen Beispielen deutlich gemacht, die grundlegend das Leben von Millionen von Arbeitern und Rentnern betreffen: Der Vorschlag der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die Einführung eines Soziallohns für Arbeitslose und Jugendliche auf der Suche nach der ersten Beschäftigung, die Erhöhung der Mindestrente. Wir haben – nach der Phase der Haushaltssanierung für den Beitritt zur europäischen Währung – ökonomische und soziale Reformen gefordert. Die Mitte-Links-Koalition, gefangen im Käfig der von der neoliberalen Globalisierung diktierten Sachzwänge und Denkweisen, lehnte unsere Vorschläge ab und deshalb kam es zum Bruch. So ist das gelaufen. Wir können sagen, dass der grundlegende Widerspruch mit Mitte-Links die Bewertung der neoliberalen Globalisierung ist. Mitte-Links hat geglaubt die neoliberale Globalisierung sei zu verwalten, indem sie humanisiert wird. Aber das Gegenteil war der Fall und sie wurden ihr unterworfen, dadurch haben sie den Weg für die Rückkehr einer reaktionären und populistischen Rechten frei gemacht.

Mitte-Links hat tatsächlich das Verschwinden aller reformistischen Spielräume in dem vom Neoliberalismus geschaffenen Käfig nicht erkannt. Die Übereinstimmung, die Rifondazione Comunista mit der Protestbewegung gegen den Neoliberalismus sofort gefunden hat, wäre ohne jenen Bruch nicht möglich gewesen. Genau aus diesem Grund halten wir den Bruch für einen wirklich Akt der Neugründung.

*Welches Ergebnis konnte Rifondazione bei den letzten Wahlen*

*erzielen und welche Bedeutung hat es?*

Rifondazione Comunista ist außerhalb der beiden Wahlbündnisse Mitte-Links und Mitte-Rechts die einzige Partei in Italien gewesen, die die Vier-Prozent-Hürde überwinden konnte und eine proportionale Vertretung im Parlament erreichte. Unser Ergebnis bei den Wahlen zu beiden Kammern lag bei 5%. Und das in einer Situation starker Polarisierung zwischen den beiden Bündnissen wo in zynischer Weise Erpressung mit der sogenannten »nützlichen Stimme«<sup>2</sup> betrieben wurde. Außerdem sollte mit zahlreiche Tricks die vom Mehrheitswahlrecht (ein Gesetz, das Mitte-Links und Mitte-Rechts wollten)vorgesehene korrekte proportionale Stimmverteilung verhindert werden. Die Wahlen von 2001 haben also die Existenz eines autonomen Raums der für eine Alternative stehenden Linken außerhalb der Mitte-Links-Kräfte bestätigt. Es ist uns gelungen zwei gleich tödliche Risiken zu vermeiden – das der Unterordnung und das der Marginalisierung; das Risiko, als in das Mitte-Links-Spektrum einzuzufießen und das eigene autonome Projekt einer linken Alternative zu verlieren, oder ohne Einfluss in den Institutionen marginalisiert zu werden und der Gefahr des Sektierertums ausgesetzt zu sein.

Sicher, bei den Wahlen hat die Rechte stark gewonnen und die zerstörerischen Auswirkungen dieses Siegs zeichnen sich immer deutlicher ab. Auch die Ursache des Scheiterns von Mitte-Links wird immer deutlicher, nicht nur in Italien, wo durch die Unterordnung unter die neoliberale Globalisierung der Weg für den Sieg der Rechten geebnet wurde. Das wirkliche Problem von Rifondazione besteht darin, einen Qualitätssprung bei der Erneuerung der politischen Kultur und des politischen Handelns zu schaffen, um sich anderen Subjekten zu öffnen und gemeinsam eine Linke der Alternative aufzubauen. Wir denken aber auch, dass dieses Projekt in Italien heute, ohne Rifondazione Comunista, ihre Wahlstärke und ihre Präsenz im ganzen Land,

2 Viele Politiker und Intellektuelle argumentierten, dass die Entscheidung ohnehin zwischen den zwei Blöcken fallen wird und daher eine »nützliche Stimme« für das Mitte-Links-Bündnis abgegeben werden müsse, statt eine »nutzlose« für Kleinparteien.

nicht greifbar wäre.

*Was sind die zentralen Themen für Rifondazione in den vergangenen Jahren gewesen?*

Wir haben uns im Einklang gefunden mit der sogenannten »Bewegung der Bewegungen«, also mit der Protestbewegung gegen die neoliberale Globalisierung, gerade weil wir uns in den grundlegenden Linien dieser Bewegung wiederfinden: Nein zum Krieg und zu den neoliberalen Politiken. Das sind die Themen, zu denen Rifondazione Comunista in den vergangenen Jahren aktiv geworden ist und versucht hat Beziehungen und Bündnisse mit jenen aufzubauen, die damit übereinstimmen. Der »Fokus« (also Mittelpunkt) des politischen Handelns besteht darin eine Verbindung zwischen gesellschaftlicher Repräsentanz der Politik und möglichen Bündnissen zu halten, eine Verbindung bei der die Frage der gesellschaftlichen Repräsentanz den Vorzug gegenüber den Bündnissen genießt. Im Mittelpunkt des Interesses bei Beziehungen zu anderen Organisationen auf internationaler Ebene steht keine von der politischen Linie getrennte ideologische Identität, die von der eigenen Haltung gegenüber den Prozessen der kapitalistischen Globalisierung getrennt ist. Ganz im Gegenteil: Die Beziehungen bilden sich aufgrund der Fähigkeit, Kritik gegenüber jenen Prozessen auszudrücken. Der aktuelle Widerspruch besteht darin, dass die Rechten angriffslustig und populistisch werden und Mitte-Links den »Status Quo« zu verteidigen wollen scheint. So greifen die Rechten in Italien den Stabilitätspakt an, um einen Handlungsspielraum für Steuersenkungen zu Gunsten des Profits und der Rendite zu haben, und Mitte-Links macht sich zum Beschützer der Verbindlichkeiten des Stabilitätspaktes und vergisst dabei, dass der ja genau eine Politik der Privatisierung und des Angriffs auf soziale Errungenschaften verfolgte, die für die Arbeiter einen schwerwiegenden Verlust an Kaufkraft und Rechten bedeutete. Die Rechten wollen fundamentale Rechte beseitigen, so das auf Wiedereinstellung bei ungerechtfertigter Entlassung in Betrieben mit mehr als 15 Angestellten, und Mitte-Links beschränkt sich darauf, ohne großen Eifer zu sagen, dass die Dinge bleiben sollen wie sie sind. Der Angriff der Rechten greift übrigens einen realen Widerspruch auf, da

die verschiedenen Umstrukturierungen und Auslagerungen die Anzahl kleinerer Unternehmen, wo das Recht ohnehin nicht angewandt wird, hochgetrieben haben.

Für eine Politik der Alternative, die die Erneuerungsbedürfnisse der unteren Schichten aufgreift, müsste man sich den Stabilitätspakt insgesamt noch mal überprüfen. Und zwar für neue öffentliche Eingriffe in die Sozial- und Umweltpolitik und für die Erweiterung der Wiedereinstellungsgarantie auf alle Arbeiter, unabhängig von der Anzahl der Beschäftigten. Zusammenfassend heißt das, man besiegt die Rechte nicht im Namen der Treue zu den Paradigmen der Europäischen Zentralbank, sondern im Namen einer gesellschaftlichen und politischen Alternative zu dem neoliberalen Modell.

*Wie hat sich für Rifondazione der Weg nach Genua dargestellt und was hat sich für sie durch Genua verändert?*

Genua war eine extrem bedeutende Etappe für das Wachstum der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung. Vor allem, weil in Genua der strukturierteste Versuch unternommen wurde die Bewegung zu treffen und ihre Ausweitungsmöglichkeit zu zerschlagen. Eines der großartigen Ergebnisse der Bewegung war es, sich der perversen Spirale Repression-Gewalt zu entziehen, in die man sie drängen wollte, um sie zu isolieren und zu besiegen. Auch das zeigt die Neuartigkeit dieser Bewegung im Vergleich zu der Geschichte und politischen Kultur des 20. Jahrhunderts. Ich denke, dass das, was als »Bewegung der Bewegungen« definiert wurde, die erste Bewegung des neuen Jahrhunderts darstellt. Nicht nur, weil es die Politik einer neuen Generation ist, sondern vor allem wegen der politischen Ansprüche, die diese Bewegung an sich selbst stellt. Der Erfolg der Bewegung ist es, sich weltweit anzusiedeln und auf dieser Ebene die Gegenseite ausgemacht zu haben. Nämlich die supranationalen – künstlichen, technokratischen, undemokratischen – Organe, die zugleich verantwortlich sind für die sogenannten Strukturanpassungspolitiken in den Ländern der südlichen Halbkugel und für die Beschneidung des Sozialstaats und die Prekarisierung der Arbeit in den Ländern des Nordens. Das ist keine »kommunistische Bewegung« und es wäre für uns von

Rifondazione Comunista, die wir integraler und legitimer Bestandteil von ihr sind, völlig verkehrt, wenn wir versuchen würden sie gemäß unserer Ziele zu verbiegen oder ihr gegenüber eine lehrerhafte Haltung einnehmen würden. Zugleich hat diese Bewegung einen anti-neoliberalen Anspruch und ist daher in der Praxis gegen die konkreten Formen der aktuellen Phase der kapitalistischen Revolution, also gegen die neoliberale Globalisierung. Die »Bewegung der Bewegungen« stellt eine lange Welle dar, sie hat also eine weite Perspektive und ist eine völlig neue Möglichkeit für ein Bündnis zwischen Bewegungen und progressiven Wirklichkeiten im Norden und Süden der Welt. Gerade angesichts der neuen Widersprüche, die von der neoliberalen Globalisierung produziert werden, läßt sich ein Terrain der Auseinandersetzung und der Einheit finden.

*Die wichtigsten Kräfte in der italienischen Bewegungsmobilisierung sind Rifondazione, die Cobas und die »Ungehorsamen«. Kannst du euer Verhältnis zu den anderen beiden Strömungen beschreiben und die wichtigsten Kritikpunkte darstellen?*

Die große Kraft der Bewegung entsteht sowohl aus der Radikalität der Kritik an den Mechanismen der neoliberalen Globalisierung als aus dem Pluralismus ihrer Komponenten. Es besteht nicht nur aus radikalen Linken (Rifondazione Comunista, das Spektrum der »Ungehorsamen«, die außerhalb der Dachverbände stehenden Basisgewerkschaften wie COBAS), sondern bündelt in auch wichtige Teile des Basiskatholizismus und der Organisationen, die ehrenamtlich soziale Aktivitäten durchführen, wie z.B. das »Lilliput-Netzwerk«, dann die größte Arbeitergewerkschaft Italiens, die FIOM (Federazione Impiegati e Operai Metallurgici), Basisgruppen und -vereine. Auch dieser Aspekt zeigt einen wichtigen Unterschied zu den Bewegungen des 20. Jahrhunderts. In Genua z.B. hat jede Komponente auf den »thematischen Plätzen«<sup>3</sup> den eigenen Diskurs gestrickt

3 Die verschiedenen Blöcke, bzw. Orte, an denen sich in Genua 2001 und 2002 verschiedene Strömungen sammelten und diskutierten wurden »piazze tematiche« genannt.

und mit der eigenen Sprache gesprochen, die Jugendlichen vom Lilliput-Netzwerk, wie auch die »Ungehorsamen« und die COBAS und alle zusammen haben sich wiedererkannt und dabei die Unterschiedlichkeit der verschiedenen Wege akzeptiert. Die Grundlinien sind wie gesagt die Ablehnung der neoliberalen Politik und des Krieges, darüber hinaus wird von niemandem gefordert auf die eigene politische und kulturelle Identität zu verzichten. Es handelt sich um eine vor allem konkrete und nicht ideologische Herangehensweise, d.h. alle gemeinsam gehen von der Ungerechtigkeit aus, die durch die neoliberale Politik produziert wird, und der Zerstörungskraft des Krieges. Der wichtige Punkt ist, dass von allen verlangt wird, sich selbst und die eigene Sichtweise der Welt an dieser Herangehensweise zu messen. Du Partei, du Gewerkschaft, du Verein oder Gruppe musst nicht auf deinen politisch-kulturellen Ansatz verzichten, auf deine Analyse oder deine Perspektive, du darfst sie nicht voranstellen und auch nicht zur Bedingung machen, du musst vielmehr die Bereitschaft haben einen Weg zu gehen und Sprechweisen und Handlungsformen zu mischen. Das ist die Wahl, die wir als Rifondazione Comunista getroffen haben. Wir sind Teil der Bewegung, zusammen mit vielen anderen, mit verschiedenen Kulturen und Praxen, ohne irgendwelche Ansprüche auf eine Führungsrolle oder eine pädagogische Funktion, und genau durch diese Art Beziehung haben wir mit den verschiedenen Bestandteilen der Bewegung Einklang entwickelt. Es gibt sicherlich ein Hindernis, das untersucht werden muss und alle betrifft, die Bewegung insgesamt, ihre verschiedenen Bestandteile, die Linke der Alternative selbst. Der Neoliberalismus ist in der Krise: Die Rezession klopft an die Türen der wichtigsten Industrieländer, doch anstatt der Alternative Türen zu öffnen, wird diese Krise zur Radikalisierung derselben Politik benutzt. Die Bewegungen riskieren also eine doppelte Hürde: Sie finden sich ohne konkrete Ergebnisse und Wege und sie bekommen Druck von Rechts. Diese Hürde, die im Rahmen des allgemeineren Problems der Wirksamkeit des politischen Handelns steht, muss gründlich analysiert werden. Unsere Aufgabe ist es, den »aufbauenden Teil« der Bewegung zu entwickeln. Also wie kommen wir von der Kritik der Zerstörungen der neoliberalen Politiken



zum Aufbau der »neuen möglichen Welt«? Wie können wir der Initiative Kontinuität und zugleich Ausdruck geben und so ihre Verwurzelung vorantreiben?

*Wie sieht die Perspektive von Rifondazione für die nächsten Jahre aus?*

Uns erwartet die Herausforderung des Aufbaus der Linken der Alternative. Das erfordert einen wirklichen Selbstreformierungsprozess der Partei. Rifondazione Comunista zu Zeiten des größten Glanzes der neoliberalen »einzigsten Denkweise« aufzubauen war schon ein sehr komplexes Projekt. Es schien, als ob die »Regierungsfähigkeit« verlange, sich der Modernisierung der neoliberalen Globalisierung zu unterwerfen. Heute sind gerade mal zehn Jahre vergangen und der Neoliberalismus ist in der Krise und das Mitte-Links-Projekt ist von Clinton bis D'Alema daran gescheitert seine Auswirkungen abzufedern. In der aktuellen Phase zeigen die rechten Regierungen in den USA und Europa ihr härtestes Gesicht und verordnen eine weitere Radikalisierung der selben Politik. Wir befinden uns also in einer Phase, in der die alte neoliberale Ordnung in der Krise ist, aber eine Alternative Schwierigkeiten hat. Wenn sich keine Perspektive eröffnet besteht das Risiko einer umfassenden Regression der demokratischen Kultur und der Sozialpolitik. Es drängt also, den Aufbau des politischen Subjekts der Alternative in Europa auf die Tagesordnung zu setzen, ein Subjekt, das die Vorstellung einer neuen möglichen Welt umfassend interpretiert, auf die tägliche politische Praxis herunterdekliniert und konkret für eine anti-neoliberale Plattform in Europa arbeitet. Auch hier kann uns die Erfahrung der Bewegung hilfreich sein. Es geht nicht darum Organisationsmodelle voranzustellen oder die Ausdrucksweise und die Pluralität der Stimmen zu beschränken. Es geht um stabile Beziehungen zwischen allen politischen, gemeinschaftlichen und Bewegungs-Subjekten, die den Aufbau einer Alternative zur neoliberalen Politik und zum Krieg wollen. Das Wachsen der Bewegung in ihren verzweigten und pluralistischen Formen und der Aufbau der Linken der Alternative, einer neuen linken europäischen politischen Subjektivität, sind also zwei Seiten der gleichen Medaille und unser wichtigstes Engagement.

## Anhang

### Das neue Ausländerrecht unter Berlusconi

Seit Juli 2002 verfügt Italien über ein neues Ausländerrecht und wie zu erwarten ist es sehr viel restriktiver als vorangegangene, eine Verschärfung des Gesetzes »lege 40«, bekannt unter dem Namen »Gesetz Turco-Napolitano« (nach den ehemals verantwortlichen Ministern der Prodi-Regierung). Der von Regierungschef Silvio Berlusconi (Forza Italia) unterzeichnete Gesetzesentwurf basiert auf einem von Gianfranco Fini (AN) und Umberto Bossi (Lega) entwickeltem Vorschlag. Der Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Ausländerrechts wurde im Oktober 2001 vom Kabinett und im Juli 2002 vom Parlament.

Die Neuregelungen betreffen folgende Bereiche:

In dem neuen Gesetzesentwurf wird das Aufenthaltsrecht eng an die Existenz eines Arbeitsvertrages geknüpft, im Falle eines Arbeitsplatzverlustes soll das Aufenthaltsrecht nur weiterhin gewährt werden, wenn innerhalb von sechs Monaten eine neue Anstellung gefunden wurde. In der vorherigen Regelung entsprach die Zeitspanne für die Suche nach einem neuen Beschäftigungsverhältnis der Dauer der Aufenthaltsgenehmigung und in jedem Fall mindestens 12 Monaten. Mit dem neuen Gesetz bekommen Arbeitgeber ein weiteres Instrument in die Hand, um nicht-italienische Beschäftigte unter Druck zu setzen, während die Kopplung des Aufenthaltsrecht mit der ökonomischen Verwertbarkeit des/der Antragstellenden noch deutlicher wird.

Zeitlich befristete Arbeitsverträge dürfen zusammen genommen nicht mehr als zwei Jahre dauern. Allerdings müssen auch zeitlich unbefristete Arbeitsverträge alle zwei Jahre neu abgeschlossen werden. Damit wird migrantischen ArbeitnehmerInnen der Status »flexible Arbeitskräfte« fest zugeordnet.

Bevor ein Arbeitgeber eineN MigrantIn einstellt, muss sicher gestellt werden, dass keinE ItalienerIn für den Arbeitsplatz bereit steht. Dies erfolgt durch die lokalen Arbeitsämter, die während 20 Tagen den Arbeitsplatz über Internet ausschreiben.



Der Erhalt eines Einreisevisums durch Bürgschaft einer Privatperson wird völlig abgeschafft. Die Möglichkeit mit Hilfe eines Bürgen nach Italien einzureisen und im Laufe von zwölf Monaten nach Arbeit zu suchen war in den vergangenen Jahren von sehr vielen Menschen genutzt worden. So war die maximale Anzahl von 15.000 Bürgschaften für das Jahr 2001, wie die vorherige Regierung unter Amato festgelegt hatte, innerhalb weniger Stunden erschöpft, zehntausende Anfragen wurden anschließend abgelehnt.

Die Familienzusammenführung ist erschwert und stark eingeschränkt worden. Die Eltern von Migranten dürfen nur noch nachziehen, wenn sie nachweislich über kein Einkommen verfügen. Die Möglichkeit des Nachzugs behinderter Verwandter dritten Grades entfällt gänzlich. Ausweisungen sind nun unmittelbar wirksam, es erfolgt die sofortige Abschiebung mit Begleitung an die Grenze, nur wenn die Identität nicht festgestellt werden kann, erhalten die Betroffenen die Aufforderung innerhalb von fünf Tagen auszureisen. MigrantInnen ohne gültige Aufenthaltspapiere sollen länger in Abschiebelagern festgehalten werden können. Die bisher maximale Haftzeit wurde von 30 auf 60 Tage erhöht. Einspruch gegen den Ausweisungsbeschluss kann nur noch bei italienischen Konsulaten und Botschaften im Herkunftsland eingelegt werden (hier bleibt abzuwarten, ob diese Regelung tatsächlich wirksam wird, eine ähnliche Regelung wurde in der Vergangenheit vom Verfassungsgericht abgelehnt). Für den Fall der dritten Einreise ohne Papiere wird eine Inhaftierung von sechs bis zwölf Monaten angedroht.

Die neue Gesetzgebung verschlechtert auch das ohnehin prekäre Asylrecht. Italien ist das einzige europäische Land ohne spezifische Asylgesetzgebung, das Recht auf Asyl wird hier vollständig von der Genfer Konvention von 1951 abgeleitet. Dies führt dazu, dass die Wartezeit bis zur Entscheidung über einen Asylantrag in Italien in der Regel etwa ein Jahr beträgt, es eine staatliche Unterstützung jedoch nur während der ersten 45 Tage gibt. Das neue Gesetzespaket sieht nun eine »Vereinfachung« des Asylverfahrens vor, die einer Abschaffung des Asylrechts gleichkommt. Alle Flüchtlinge – auch die illegal eingereisten – sollen sich nach ihrer Einreise auf einer Polizeiwache melden.

Das »vereinfachte Verfahren« sieht anschließend vor, die Asylanträge durch eine lokale Kommission prüfen zu lassen, die aus jeweils einem Vertreter der Polizei, des Regierungspräsidiums (prefettura) und der örtlichen Institutionen (ernannt durch Staat-Länder-Konferenz) besteht. Die Beteiligung sachkompetenter Personen ist nicht vorgesehen. Während der gesamten Zeit »können« die AntragstellerInnen in Aufnahmelagern inhaftiert werden. Nach einer Ablehnung folgt die zwangsweise Inhaftierung, sie kann bis zur Abschiebung bis zu 20 Tage betragen. Auch in diesem Fall kann ein Einspruch nur über diplomatische Vertretungen im Herkunftsland erfolgen – oder durch Entscheidung des Präfekten der Regierung, der allerdings schon an der Entscheidung zum ablehnenden Bescheid beteiligt war.

Im Falle einer Verurteilung eines in Italien wohnhaften Migranten zu einer Haftstrafe von bis zu zwei Jahren kann anstatt einer Inhaftierung die Abschiebung erfolgen. Im Falle einer illegalen Wiedereinreise muss jedoch nicht nur die Haftstrafe vollständig abgesessen werden, sondern auch noch weitere ein bis vier Jahre. Die »Carta di soggiorno«, eine zehn Jahre gültige Aufenthaltsgenehmigung, kann erst nach sechs Jahren Aufenthalt in Italien erlangt werden (bisher fünf Jahre).

Für verschiedene »Delikte« sind neue härtere Haftstrafen vorgesehen. Fluchthelfer und »Schlepper« erwartet eine Haftstrafe von vier bis zwölf Jahren und eine Geldstrafe von bis zu 15.000 Euro für jeden Migranten. Arbeitgebern droht bei Anstellung migrantischer Arbeitskräfte ohne legalen Aufenthalt eine Haftstrafe von drei bis zwölf Monaten und eine Geldstrafe von 2.500 Euro für jeden Migranten. Wer hingegen die Einreise von MigrantInnen zur Sexarbeit begünstigt, wird mit einer Haftstrafe von fünf bis 15 Jahren bestraft.

Obwohl Berlusconi diese neue Gesetzgebung als einen Kompromiss aller Regierungskräfte darstellte, herrscht in der Regierungskoalition keineswegs Einigkeit hinsichtlich der Migrationsprobleme. Während vielen Vertretern der AN um Gianfranco Fini und der Lega um Umberto Bossi die Veränderungen nicht weit genug gehen, vertreten die aus der ehemaligen Christdemokratischen Partei DC hervorgegangenen Regierungsparteien und Flügel der Lega und AN um Maroni und Tremaglia

eine pragmatischere Position, die sich mehr an den Interessen der Wirtschaft als den Stereotypen rassistischer Mobilisierung orientiert.

Immerhin gibt es aber auch juristische Erfolge. So entschied Anfang November 2001 ein Gericht zu Gunsten des 33jährigen in Genua lebenden Marokkaners Rehhal Oudghough und ermöglichte ihm die Aufnahme einer Arbeit als Krankenpfleger. Dieses Präzedenzurteil eröffnet auch vielen anderen MigrantInnen ohne europäische Staatsangehörigkeit die Möglichkeit sich auf öffentliche Stellenausschreibungen von Institutionen zu bewerben. Bis dato war es in Italien für einen aufenthaltsberechtigten Nichteuropäer nicht möglich, Polizist, öffentlicher Angestellter, Lehrer usw. zu werden. Gemäß des Dekrets 487 des Präsidenten der Republik von 1994 wurde festgelegt, dass sich nur italienische oder europäische Bürger für öffentlich ausgeschriebene Anstellungen bewerben dürfen. Daher wurde die erste Bewerbung von Rehhal Oudghough 1999 abgelehnt. Dabei hatte er die Ausbildung zum Krankenpfleger in Italien gemacht. Seine marokkanische Staatsangehörigkeit reichte, um die Bewerbung abzulehnen. Mit Hilfe der antirassistischen Vereinigung »Città aperta« (Offene Stadt) beschritt Rehhal Oudghough den legalen Weg und bekam vor dem ligurischen Regionalgericht recht. Der Artikel 286 der Migrationsgesetzgebung »Turco-Napolitano« verleihe jedem Migranten mit regulärem Aufenthalt die gleichen Rechte wie einem italienischen Bürger. Zudem stehe eine solche Ablehnung im Widerspruch zu der Politik der Privatisierung des öffentlichen Sektors.

*Dario Azzellini*

Italien gehört zwar mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu den vier europäischen Ländern mit mehr als einer Million ausländischen EinwohnerInnen, doch der prozentuale Anteil an der Gesamtbevölkerung ist enorm niedrig. Sind es im europäischen Durchschnitt fünf Prozent, liegt Italien mit gerade mal 2,9% weit darunter. Etwa 1.687.000 Nicht-ItalienerInnen leben nach offiziellen Zahlen dauerhaft in Italien, 1.388 Mio. hatten am 31.12.2000 einen offiziellen Aufenthaltsstatus, weitere 300.000 erhielten ihn erst im Laufe des Jahres – die Hälfte davon erstmalig, die andere Hälfte aufgrund bürokratischer Verzögerungen. Eine Zunahme um etwas mehr als zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Anzahl der ohne Aufenthaltstitel in Italien lebenden MigrantInnen wird auf etwa 300.000 geschätzt.

Eine starke Zunahme ist bei den Kindern im schulpflichtigen Alter festzustellen, was darauf schließen lässt, dass viele MigrantInnen ihre Situation mehr oder weniger stabilisiert haben und nun ihre Kinder nachholen. Zugleich sind aber auch viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu verzeichnen: Im Jahr 2000 waren es 8.307, in den ersten fünf Monaten des Jahres 2001 4.621. Von den 1.388.153 Ende 2000 offiziell registrierten Nicht-ItalienerInnen kommen ein Viertel aus Osteuropa. Ein weiterer bedeutender Teil stammt aus Nordafrika, davon die meisten aus Marokko. Wobei die Zunahme der marokkanischen Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr nur 8,9% betragen hat, während die Zahl der AlbanerInnen im vergangenen Jahr um 22,7% angestiegen ist. Insgesamt – und entgegen aller nach dem 11. September betriebenen anti-islamischen Propaganda – sind nach unabhängigen Schätzungen nur etwas mehr als ein Drittel der MigrantInnen in Italien islamischen Glaubens. (Alle Angaben nach dem Anfang November 2001 von der italienischen Caritas veröffentlichten 11. Einwanderungsbericht »Die Zeit der Integration«)

Nach Angaben der Innenministeriums waren am 31. Dezember 2000 91.040 MigrantInnen auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, das entspricht 10,7% der aus Arbeitsgründen in Italien wohnhaften Nicht-ItalienerInnen. Im Nordosten – der produktivsten Region Italiens – geht eine von sieben Neueinstellungen an eineN MigrantIn. Dies liegt vor allem daran, dass die Arbeit im industriellen Sektor und der Produktion für ItalienerInnen wenig attraktiv ist. Die meisten Migranten, vor allem Migrantinnen, sind im Bereich personenbezogener Dienstleistungen tätig, vor allem als Haushaltshilfen. Hier sind bereits die Hälfte der Beschäftigten MigrantInnen, in Städten wie Rom oder Mailand sogar 75%. Der Prozentsatz liegt wahrscheinlich noch viel höher, da die Statistiken des Innenministeriums die irreguläre Beschäftigung nicht mitzählen.

## Die AutorInnen

**Dario Azzellini**, 34, Sozialforscher, Autor, Filmemacher und Übersetzer. Lebt in Berlin. Hat diverse Bücher und Dokumentarfilme zu Lateinamerika und Italien veröffentlicht. Zuletzt als Mitherausgeber und Autor »Italien – Legalisierung der Flüchtlinge – Militarisierung der Grenzen?« (Assoziation A, Berlin 2002) sowie gemeinsam mit Oliver Ressler den Film »Disobbedienti – Die Ungehorsamen« (D/I/A, 2002). Er hat Nanni Balestrini, Rossana Rossanda, Mario Moretti, Renato Curcio, Marco Revelli, Aldo Bonomi u.a. übersetzt und macht für linke italienische Radios Korrespondenzen aus Deutschland. Mitarbeiter der Zeitschrift »Arranca« und Aktivist der Gruppe FelS.

**Marco Guarella**, 30, Historiker. Lebt in Rom. Lehrt Geschichte und Film an einem Gymnasium, arbeitet hauptberuflich als Journalist und ist Mitarbeiter des Feuilleton der Tageszeitung »L'Unità«. Aktivist der Bewegung der Disobbedienti.

**Stefania Maffei**s, 27, hat in Parma, Italien, Philosophie studiert und lebt seit 1998 in Berlin. Hier arbeitet sie als Forscherin zur deutschen Geschichte und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Durch die Zusammenarbeit mit linken Gruppen in Bologna entstanden ihre Beziehungen zu Wu Ming, deren leidenschaftliche Leserin sie ist.

**Francesco Raparelli**, 25, Absolvent der Philosophie. Lebt in Rom. Arbeitet zur Beziehung zwischen kognitiven und linguistischen Prozessen und der postfordistischen Produktion. Aktivist der »SapienzaPirata«, interdisziplinäres Labor, das in der Studentenbewegung der Sapienza (2001) entstanden ist und versucht hat soziale Konflikte um die Bereiche Wissensproduktion, Bildung und Technologien zu entwickeln. Aktivist der Bewegung der Disobbedienti und Mitarbeiter der Redaktion von »Posse«, der von Toni Negri geleiteten Zeitschrift. Mitarbeit an dem Buch »Diario Palestinese« (Palästinensisches Tagebuch, 2002).